

**Projektbericht:**  
**„Partizipative Stadtplanung“**  
**„Inwieweit werden junge Menschen aktiv**  
**an politischen und**  
**Verwaltungsentscheidungen der Stadt**  
**Weingarten beteiligt?“**

**Studiengang:** Soziale Arbeit und Teilhabe  
**Dozentin:** Prof. Dr. rer. Soc. Monika Schröttle  
**Semester:** 2. Fachsemester/ WiSe 24/25

**Autoren:**

Demir, Vildan; Döring, Viktoria; Iglauer, Katja; Plocher, Marla;  
Schuster, Nina; Tuske, Michelle & Weiher, Jeremias.

**Stand:**

Februar 2025

# Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	II
1. Einleitung .....	1
2. Zielsetzung und Fragestellung .....	4
3. Begriffsbestimmungen .....	5
3.1 Partizipation.....	5
3.1.1 Definition .....	5
3.1.2 Begründung von Partizipation.....	6
3.1.3 Zentrale Partizipationsmodelle.....	7
3.2 Kommunalpolitik.....	9
3.3 Junge Menschen .....	9
4. Forschungsstand .....	11
4.1 Partizipation junger Menschen: Projekte oder institutionalisierte Formate .....	11
4.2 Partizipation in der Stadt Weingarten.....	13
5. Methodenbeschreibung .....	16
5.1 Teilprojekt: Schule .....	17
5.2 Teilprojekt: Studierende .....	17
5.3 Teilprojekt: Jugendgemeinderat .....	26
6. Ergebnisse .....	32
6.1 Teilprojekt Schule.....	32
6.2 Teilprojekt Studierende .....	35
6.3 Teilprojekt Jugendgemeinderat .....	43
7. Diskussionen der Ergebnisse.....	52
7.1 Teilprojekt Schule.....	52
7.2 Teilprojekt Studierende .....	54
7.3 Teilprojekt Jugendgemeinderat .....	56
7.4 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse .....	61
8. Fazit.....	62
Literaturverzeichnis.....	III
Anhänge .....	VIII

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1 Partizipationsstufen nach Schröder (aus Menze 2024: 43). .....	8
Tabelle 2 Transkriptionsregeln mit Beispielen (vgl. Dresing/ Pehl 2018: 20ff.) .....	20
Tabelle 3 Categoriesystem Teilprojekt Studierende .....	25
Tabelle 4 Bezeichnung der Interviewbeteiligten Teilprojekt Jugendgemeinderat.....	27
Tabelle 5 Kategoriensystem Teilprojekt Jugendgemeinderat .....	30
Tabelle 6 Zuordnung der Codierungen zu den Abschnitten der Darstellung im Ergebnisteil.	31

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1 Würfel der Partizipation (nach BMFSFJ/ DBJR 2023: 23). .....	8
Abbildung 2 Allgemeines inhaltsanalytisches Ablaufmodell (ebd.: 62).....	22
Abbildung 3 Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (allgemein) (ebd.: 98). .....	23

# 1. Einleitung

Die öffentliche Beteiligung an der Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung wird seit Jahrzehnten angestrebt und bedarf bis heute noch der Weiterentwicklung. Laut Haumann (2018: 189) legte die '68er' Protestbewegung den Grundstein für den Paradigmenwechsel in der Stadtplanung. In dieser Partizipationsdebatte war der Wert der Selbstbestimmung zentral, der vom Wertewandel westlicher Gesellschaften erstrebenswert galt. „Der Wertewandel tangierte auch Fragen der Stadtplanung, in der Selbstbestimmung [...] zu einem [...] unumstritten wichtigen Leitwert wurde“ (Haumann 2018: 190). Heute ist die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Vorhaben der Stadtplanung ein fester Bestandteil einer „gelebten demokratischen Kultur in den Städten.“ (Deutscher Städtetag 2024: 20). Laut dem Deutschen Städtetag (vgl. ebd.: 4) haben sich in den letzten Jahrzehnten die Beteiligungskultur, sowie die Rahmenbedingungen, in denen die Beteiligung stattfindet, weiterentwickelt. Durch die Globalisierung, den Wertewandel und die Digitalisierung wurden neue Beteiligungsmöglichkeiten sowie neue Beteiligungsformate konstruiert (vgl. ebd.: 4ff.). Dennoch verweist das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen auf die noch vorhandenen Herausforderungen und Stolpersteine, wie beispielsweise den Wirtschafts- und Strukturwandel, den demografischen Wandel oder die Integration und Teilhabe. Dies hat zur Folge, dass das Feld der partizipativen Stadtplanung weiterhin Entwicklungsbedarf aufweist (vgl. BMWSB 2024). Damit die Beteiligung in der Stadtplanung sich stetig verbessern kann, sollten dem Deutschen Städtetag zufolge weiterhin entsprechende Konzepte und Materialien erarbeitet werden (vgl. ebd.: 16).

Städten und Gemeinden bieten partizipative Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Politik neue Chancen. Der Aufbau einer Stadt ist nicht nur ein Großprojekt für Firmen und Investoren, sondern sie dient den darin lebenden Einwohner\*innen. Partizipation stärkt demokratische Prozesse und fördert die soziale Gerechtigkeit, so können Barrieren abgebaut und die Qualität und Akzeptanz für Stadtplanungsprojekte erhöht werden (vgl. BMZ 2024). Durch aktive Einbindung von Bürger\*innen werden Städte lebendiger und zukunftsfähiger. Stuke analysierte zwölf “Smart City”-Modellprojekte, die sich mit kooperativer Stadtentwicklung befassten. Ihre Bedeutung wird besonders in Hinblick auf die wachsende Urbanisierung und die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit erkennbar (vgl. Stuke 2023: 13ff.). Wegen der stetig wachsenden Verstädterung sollten Bürger\*innen Zugangsmöglichkeiten zur Beteiligung an der Stadtentwicklung bekommen. Somit können Städte zu Gunsten der darin lebenden Bewohner\*innen zukunftsfähig und fair gestaltet werden (vgl. ebd.: 13). In Hinblick auf interdisziplinäres Arbeiten schreibt Stuke, “dass nur der Austausch zwischen Akteuren aus verschiedenen Disziplinen eine ganzheitliche und zukunftsfähige Lösung für lebenswerte Städte bereitstellen kann“ (ebd.). Partizipation kann somit als Schlüssel zur neuen Stadtentwicklung betrachtet werden. Sie ermöglicht aus der breiten Masse konkrete relevante Themen der Bürger\*innen zu entschlüsseln und diese gemeinsam auf kommunaler Ebene zu bewältigen.

Für Kinder und Jugendliche ist Partizipation in der UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) als zentrales Recht beschrieben: Die Meinung von Kindern und Jugendlichen soll “angemessen und entsprechend ihres Alters und ihrer Reife berücksichtigt werden” (Art. 12 Abs. 1 UNKRK), insbesondere in Verwaltungsverfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen (vgl. Art. 12 Abs. 2 UNKRK). Das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen wird durch kommunalpolitische Prozesse mitgestaltet. Somit kommen in solchen Prozessen Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche zum Tragen.

Jugendliche haben ein Interesse, solche Beteiligungsrechte wahrzunehmen. In der 19. Shell-Jugendstudie zeigten sich 55% der Befragten (12-25 Jahre) politisch interessiert oder stark interessiert. Im Vergleich zu früheren Befragungen interpretieren die Autor:innen dieses Ergebnis als nachhaltige und dauerhafte Steigerung (vgl. Schneekloth/ Albert 2024: 44f.). Politisches Engagement wird mit 37% von einer bedeutenden Gruppe Jugendlicher als wichtig erachtet (vgl. ebd.: 45). Dabei wirken sich höhere (angestrebte) Bildungsabschlüsse und höheres Alter positiv auf politisches Interesse und Engagement aus. Am größten sind politisches Interesse und Engagement innerhalb der Gruppe der Studierenden. Von ihnen geben 71% an politisch interessiert oder engagiert zu sein (vgl. ebd.: 46).

Das politische Interesse und Engagement steht im Kontrast zu einer in der Praxis marginalen Berücksichtigung Jugendlicher in politischen Entscheidungsprozessen. Winter (2021) argumentiert, junge Menschen seien eine wenig attraktive Zielgruppe für politische Akteure. Junge Menschen bildeten nur einen geringen Anteil der Wahlbevölkerung. Sie seien selten in eigenen Interessensgruppen vertreten. Der Sozialstaat sei weniger auf Bildung als auf sozialstaatliche Absicherung im Falle von Hilfebedürftigkeit ausgerichtet, die durch Krankheit, Behinderung, Erwerbsunfähigkeit oder Alter entstehe (vgl. Winter 2021: 173). Weiterhin haben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bzw. kommunal unter 16 Jahren durch fehlendes Wahlrecht keinen Einfluss auf politische Entscheidungen. An dieser Stelle knüpfen Diskussionen über eine Senkung des Wahlalters an. Im Fall einer politischen Beteiligung junger Menschen sind Reaktionen etablierter politischer Akteur\*innen von Misstrauen oder Zurückhaltung im Diskurs geprägt (vgl. ebd.: 174). Partizipation junger Menschen ist gleichzeitig zunehmend politisch gewollt und angestrebt. Neben Forderungen jugendpolitischer Interessensverbände nach Partizipation bieten beispielsweise die von der Bundesregierung veröffentlichten Qualitätsstandards für die politische Beteiligung einen Maßstab zur Beurteilung bestehender und zukünftiger Projekte (vgl. BMFSFJ/ DBJR 2023). In Baden-Württemberg ist die Beteiligung Jugendlicher vorgeschrieben, wenn kommunalpolitische Entscheidungen ihre Interessen betreffen: “Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. [...]” (§ 41a GemO BW). Kenntnisse über die Gelingensbedingungen von Partizipation können zur Entwicklung und Weiterentwicklung solcher Beteiligungsverfahren beitragen.

Soziale Arbeit kann in Partizipationsprozessen von Jugendlichen und jungen Menschen an Kommunalpolitik und Stadtgestaltung eine vermittelnde Schlüsselrolle einnehmen. Hennig et al. beschreiben einen Bedarf von Stadtplaner\*innen nach interdisziplinärer Kooperation, um Partizipation für Jugendliche zu ermöglichen. Dabei spielen Schulen und Jugendeinrichtungen eine zentrale Rolle, um Jugendliche zu erreichen. Darüber hinaus ist eine Vermittlung in der Kommunikation zwischen Jugendlichen und Stadtverwaltung hilfreich (vgl. Hennig et al. 2024: 224f.). Sozialarbeiter\*innen können in dieser Rolle auf geeignete Konzepte zurückgreifen, beispielsweise auf empowernde Ansätze, anwaltschaftliche Vertretung von Interessen und passende Kommunikationstechniken. Kommunalpolitische Partizipation ist somit auch ein Thema der Sozialen Arbeit.

## 2. Zielsetzung und Fragestellung

Im Hinblick auf die Bedeutung der Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener an Stadtplanung und Kommunalpolitik und die damit verbundenen Herausforderungen untersucht dieses Forschungsprojekt die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen in der Stadt Weingarten. Ziel ist es, zu verstehen, wie die Partizipation junger Menschen im Kontext funktioniert, was zu ihrem Gelingen beiträgt und was dieses verhindert. Falls sich dabei weiterführende Partizipationsmöglichkeiten zeigen, soll das Projekt Anstoß zu deren Umsetzung geben. Um das zu erreichen soll folgende Forschungsfrage in der Untersuchung beantwortet werden:

*„Inwieweit werden junge Menschen aktiv an politischen und Verwaltungsentscheidungen der Stadt Weingarten beteiligt?“*

Das Forschungsprojekt untersucht dabei drei verschiedene Zielgruppen und Formate von Beteiligung:

- Das **Teilprojekt Schule** - durchgeführt von Katja Iglauer und Michelle Tuske – beschäftigt sich mit der Beteiligung von Schüler\*innen an der Gestaltung eines neuen Schulgebäudes. Dazu wurde mit Dritt- und Viertklässler\*innen der Schussentalschule eine Zukunftswerkstatt zu diesem Thema durchgeführt und ausgewertet.
- Das **Teilprojekt Studierende** - durchgeführt von Marla Plocher, Nina Schuster und Vildan Demir – setzt sich mit der Einbindung von Studierenden der ortsansässigen Hochschulen in die Gestaltung der Stadt ein. Dazu wurden Interviews mit zentralen Akteur\*innen der Stadt sowie jetzigen und ehemaligen Studierenden geführt.
- Das **Teilprojekt Jugendgemeinderat** - durchgeführt von Viktoria Döring und Jeremias Weiher - beschäftigt sich mit dem Jugendgemeinderat als politisches Gremium der Weingärtner Jugendlichen. Im Zentrum steht dabei die Sichtweise von Mitgliedern des Jugendparlaments, die anhand von Interviews erfasst wurde.

Der vorliegende Bericht ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werden die zentralen Begriffe der Fragestellung definiert: Partizipation, Kommunalpolitik, junge Menschen. Damit verbunden werden zentrale Konzepte der Partizipation dargestellt (Kapitel 3). Im Hinblick auf den Forschungsstand zeigt sich, dass sich Partizipationsformate für Jugendliche im Allgemeinen in projekthafte und kontinuierliche Formate unterteilen lassen. Außerdem werden verfügbare Erkenntnisse zu Partizipationsansätzen in Weingarten, insbesondere für Studierende und den Jugendgemeinderat dargestellt (Kapitel 4). Die folgenden Kapitel widmen sich der Beschreibung der Forschungsmethoden (Kapitel 5), der Ergebnisse der Auswertungen (Kapitel 6) und deren Interpretation und Einordnung in der Diskussion (Kapitel 7). In diesen Kapiteln werden jeweils die Forschungsprojekte separat dargestellt. Abschließend wird ein gemeinsames Fazit gezogen (Kapitel 8).

## 3. Begriffsbestimmungen

In diesem Kapitel werden die zentralen Begriffe der Fragestellung definiert. Allem voran steht die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Partizipation. Die Definition wird ergänzt um die in der Sozialen Arbeit gebräuchlichen Begründung von Partizipation. Mit den Stufen der Partizipation nach Schröder (1995) und dem Würfel der Partizipation (BMFSFJ/ DBJR 2023) werden zwei Analyseinstrumente für partizipative Prozesse vorgestellt. Dem schließt sich die Definition der Kommunalpolitik als im Projekt untersuchter politischer Ebene an. Zuletzt folgt mit den 'Jungen Menschen' die Beschreibung der Zielgruppe. Hier wird begründet, warum sie in den vorliegenden Untersuchungen neben Jugendlichen um die Gruppe der Studierenden ergänzt wird.

### 3.1 Partizipation

#### 3.1.1 Definition

Unter Partizipation werden in der Politikwissenschaft alle “Tätigkeiten, die Bürger [und Einwohner\*innen; Ergänzung der Verfasser\*innen] freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1992: 692, zitiert nach Bätge et al. 2021: 4).

Partizipation umfasst unterschiedliche Formen der Beteiligung wie Wahlen, Volksbegehren, Demonstrationen und politische Diskussionen. Sie lassen sich unterscheiden nach der gesetzlichen Verankerung:

- Formalisierte Beteiligungsverfahren sind gesetzlich garantiert und in Ablauf und Auswirkung von Ergebnissen klar geregelt. Dazu gehören neben Wahlen und Volks- und Bürgerbegehren und -entscheiden auch gesetzlich vorgesehene Repräsentationsgremien für nicht repräsentierte Bevölkerungsgruppen wie Jugendparlamente (vgl. Bätge et al.: 6f.).
- In informellen Prozessen kann von politischen Gremien ausgehend Gestaltungsmacht an eine bestimmte Bevölkerungsgruppe übertragen werden. Dies kann in vielfältiger Ausgestaltung in Bürgerbefragungen, Planungswerkstätten und anderen stattfinden (vgl. ebd.: 4, 9). Auch Engagement von Bürger\*innen, welches einen gesetzlich nicht festgelegten Einfluss auf politische Entscheidungsträger\*innen bewirken kann, ist eine Form informeller Beteiligung. Hierzu zählen Demonstrationen und Petitionen (vgl. ebd.: 18).

Partizipation stärkt die Legitimität politischer Entscheidungen und das Vertrauen der Bürger\*innen in politische Institutionen (vgl. ebd.: 17ff.). Laut Wiesendahl kann Partizipation in ein instrumentelles und ein normatives Verständnis unterteilt werden. Instrumentelle Partizipation dient der Einflussnahme und Interessenvertretung, während normative Partizipation als gesellschaftliches Ideal und Selbstzweck verstanden wird (vgl. Wiesendahl 2011: 437ff.).

Aus sozialarbeiterischer Sicht trägt Bürger\*innenbeteiligung zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und zur sozialen Integration bei. Diese ermöglicht es Bürger\*innen, ihre sozialen Netzwerke zu erweitern und ihre sozialen Kompetenzen zu stärken. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich Partizipation auf kommunaler Ebene als Mechanismus zur Öffnung zentralisierter und bürokratisierter Strukturen entwickelt, etwa durch Bürger\*innenhaushalte und Bürger\*inneninitiativen. Professionelle Soziale Arbeit zielt darauf ab, Fehlsteuerungen zu vermeiden und die Lebenswelt der Klient\*innen stärker in den Fokus zu rücken, indem Betroffene in die Planung und Umsetzung von Projekten einbezogen werden. Erfolgreiche Partizipation erhöht die Zufriedenheit der Bürger\*innen und stärkt soziale Bindungen, während Herausforderungen oft in der Mobilisierung marginalisierter Gruppen und der Schaffung inklusiver Beteiligungsprozesse bestehen (vgl. Wurtzbacher 2022: 636f.).

In der Politikwissenschaft wird Partizipation primär im Hinblick auf die Formen der Beteiligung und deren Legitimation analysiert. In den Sozialarbeitswissenschaften hingegen liegt der Fokus auf der Gestaltung sozialarbeiterischer Angebote. Anschlussfähigkeit zwischen beiden Schwerpunktsetzungen ergibt sich, wo Soziale Arbeit auf eine Befähigung ihrer Adressat\*innen zu politischem Engagement abzielt. Unter Beachtung dieses differenzierten Partizipationsbegriffs wird hier auf die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen eingegangen.

### **3.1.2 Begründung von Partizipation**

Partizipation im Kontext Sozialer Arbeit lässt sich durch die drei Perspektiven der Demokratietheorien, der Dienstleistungstheorien und der Pädagogik begründen. Im Kontext der politischen Partizipation und deren Unterstützung durch Soziale Arbeit müssen demokratietheoretische und pädagogische Begründungen besonders betont werden.

Aus demokratietheoretischer Sicht gehen die eigenen freiheitsgarantierenden Grundrechte einher mit der Pflicht, Einschränkungen dieser Freiheiten zur Garantie der Rechte für andere auszuhandeln. Für Kinder und Jugendliche ist die Teilnahme an diesen Aushandlungen gesamtgesellschaftlich eingeschränkt. Deshalb ist ihre Beteiligung im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe wichtig. Insbesondere im Empowerment zu politischem Engagement können die Partizipationsrechte wirksam erreicht werden (vgl. Schnurr 2022: 18).

Aus pädagogischer Sicht gelten Mündigkeit, Urteilskraft und Handlungsfähigkeit als zentrale Bildungsziele. Bildung erfolgt dabei als Selbstbildung durch Selbsterfahrung und Auseinandersetzung mit der (Um-)Welt, durch kritische Auseinandersetzung und soziale Einbindung. Bildung soll als ‚Bildung in Teilhabe‘ statt ‚Bildung zur Teilhabe‘ verstanden werden. Legitimiert wird die Beteiligung dabei nicht durch Wissen, Erfahrung oder Alter, sondern durch Betroffenheit (vgl. ebd.: 19)

Beide Begründungsperspektiven legen nahe, Kinder und Jugendliche im Kontext Sozialer Arbeit und im Kontext politischer Partizipation in Gestaltungsprozesse umfassend und aktiv einzubeziehen.

### 3.1.3 Zentrale Partizipationsmodelle

Partizipation wird häufig in Stufen-Modellen eingeordnet, mit denen sich der Grad der Beteiligung eines Partizipationsangebots bewerten lässt. In Tabelle 1 wird mit der Partizipationsleiter nach Schröder (1995) ein solches Stufenmodell vorgestellt. Es wurde für die Bewertung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Vorgängen entwickelt und ist hier ergänzt um Präzisierungen nach Menze (2024: 43).

Formen der Partizipation	Stufen der Beteiligung (vgl. Schröder 1995)	Inhaltliche Ausprägungen
Völlige Autonomie	Selbstverwaltung	Völlige Entscheidungsfreiheit und Selbstorganisation
Zugestandene und/oder unterstützte Autonomie	Selbstbestimmung	Verwirklichung eigener Interessen Jugendlicher unter Mithilfe von erwachsenen Akteur*innen
Formen der Beteiligung	Mitbestimmung	Entscheidungen erfolgen in Abstimmung mit allen Beteiligten (jugendliche und erwachsene Entscheidungsträger*innen), Initiierung sowohl durch beide Akteur*innengruppen
	Mitwirkung	Indirekte Einflussnahme mit Hilfestellung, Jugendliche können an Entscheidungsprozessen teilhaben, die konkrete Planung und Durchführung verbleibt bei erwachsenen Akteur*innen
	Zugewiesen, Informiert	Ausarbeitung der Projekte von erwachsenen Akteur*innen, Jugendliche werden darüber in Kenntnis gesetzt
	Teilhabe	Zeitweiliges Engagement, fast gleichberechtigter Informationsaustausch und gewisses Maß an Einwirkung
Fehlformen der Beteiligung	Alibi-Teilhabe	Jugendliche können über ihre Teilhabe entscheiden, haben aber nur "scheinbar" eine Stimme und keine tatsächliche Entscheidungsgewalt

	Dekoration	Jugendliche wirken in gewisser Weise mit, allerdings ohne Zielbewusstheit
	Fremdbestimmung	Inhalte, Arbeitsformen und anzustrebende Ergebnisse der Jugendlichen sind fremddefiniert

Tabelle 1 Partizipationsstufen nach Schröder (aus Menze 2024: 43).

Zur Bewertung ist anzumerken, dass die Stufen der Beteiligung, ausgenommen der Fehlformen, nicht hierarchisch gewertet werden dürfen. Stattdessen dienen sie vor allem zur Benennung und dem bewussten Umgang mit verschiedenen Formen der Partizipation und sind kontextbezogen begründungsbedürftig (vgl. ebd.: 42f.).

In der von Bundesregierung und Deutschem Bundesjugendring herausgegebenen Broschüre zu Qualitätskriterien für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird der normative Charakter der Stufenmodelle der Beteiligung mit dem Fokus auf Macht kritisiert. Stattdessen sei eine differenziertere Reflexion notwendig, die auch institutionelle Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen berücksichtige (vgl. BMFSFJ/ DBJR 2023: 20). Bundesregierung und DBJR schlagen hierfür die Einbindung des Stufenmodells in das Modell des Partizipationswürfels vor. Mit diesem Reflexions- und Analyseinstrument lassen sich Partizipationsangebote differenzierter untersuchen und bewerten. Der Partizipationswürfel schließt neben den Graden der Autonomie von Jugendlichen, die den Stufen der Partizipation entsprechen, den institutionelle Kontext, die strukturelle Verankerung, die persönlichen Hintergründe und Voraussetzungen der beteiligten Jugendlichen, die bearbeiteten Themen und Inhalte und die verwendeten Methoden in die Reflexion mit ein (vgl. ebd.: 24; siehe auch Abb. 1).

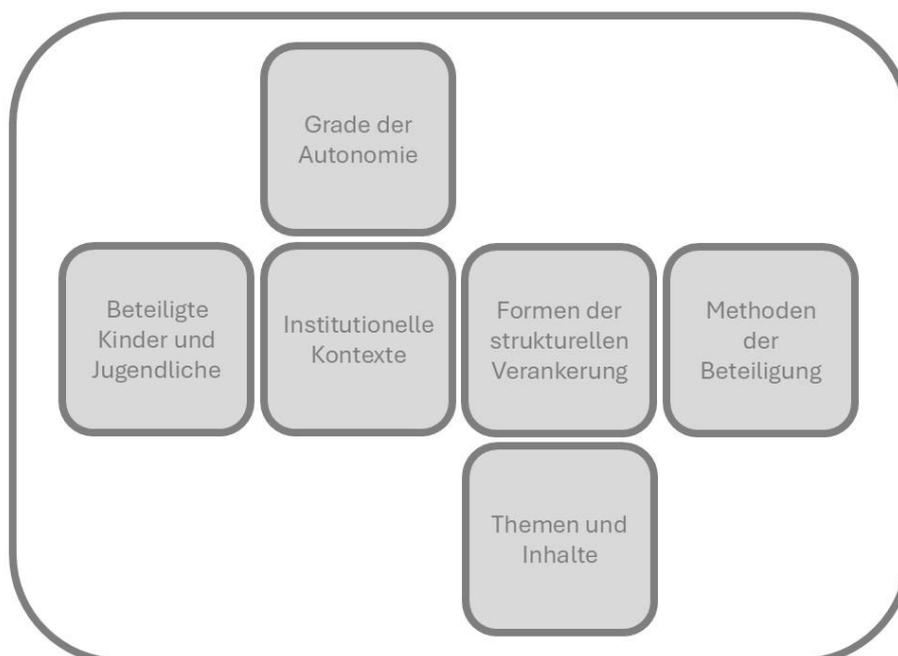


Abbildung 1 Würfel der Partizipation (nach BMFSFJ/ DBJR 2023: 23).

Beide Modelle bieten die Möglichkeit, bestehende oder geplante Angebote hinsichtlich ihrer Partizipationsmöglichkeiten zu reflektieren. Der Partizipationswürfel stellt dabei einen differenziertere, aber auch komplexer zu bewertende Perspektiven dar.

## **3.2 Kommunalpolitik**

Städtische bzw. Kommunalpolitik bezieht sich auf die politischen Prozesse und Entscheidungen, die auf der Ebene von Städten oder Gemeinden getroffen werden, um die lokalen Lebensbedingungen zu gestalten und zu regulieren. Sie umfasst eine Vielzahl von Themen wie Stadtentwicklung und Stadtplanung, soziale Dienstleistungen, Infrastruktur, Umweltpolitik und Bildung. Dabei haben Kommunen nicht die Möglichkeit eigene Gesetze zu verabschieden. Sie führen die Gesetze der höheren politischen Ebenen (Landes- und Bundesgesetze) aus und setzen sie den lokalen Gegebenheiten entsprechend um (vgl. Wehling 2011: 304). Die zentralen Akteure der Kommunalpolitik sind Gemeinderat und Stadtverwaltung: Der Gemeinderat stellt das gewählte politische Organ einer Stadt oder Gemeinde dar, das Entscheidungen über wichtige städtische Themen trifft und die städtischen Finanzen kontrolliert. Die Stadtverwaltung hingegen ist die Exekutive der Kommune, die für die Umsetzung der politischen Entscheidungen des Gemeinderats verantwortlich ist und die Verwaltung der städtischen Aufgaben organisiert. Während der Gemeinderat durch Wahlen legitimiert ist und politische Richtlinien vorgibt, führt die Stadtverwaltung diese aus und sorgt für die praktische Umsetzung (vgl. ebd.: 307). Kommunalpolitik steht unter dem Einfluss vielfältiger lokaler Interessengruppen, darunter politische Parteien und Bürgerinitiativen, aber auch der örtlichen Wirtschaft (vgl. ebd.: 309).

Stadtplanung im engeren Sinne ist ein Sachgebiet der Stadtverwaltung. Sie setzt sich mit der “zukünftigen räumlichen Entwicklung einer Stadt bzw. Gemeinde [auseinander]. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei stets die Herstellung einer geregelten Bodennutzung ein, also die zielgerichtete Nutzung von Grund und Boden in einer Stadt” (Thabe/ Wiegand 2023: 50). Da die räumliche Gestaltung einer Stadt ein wesentlicher Aspekt der Lebenswelt ihrer Einwohner\*innen ist, sind Stadtplaner\*innen wesentliche Akteur\*innen partizipativer Kommunalpolitik. Gerade für junge Menschen gibt es aber darüber hinaus weitere wichtige Politikfelder und damit auch weitere Kooperationspartner für partizipative Prozesse. Deshalb beziehen sich die Untersuchungen dieses Forschungsprojekts auf die übergeordnete städtische oder Kommunalpolitik.

## **3.3 Junge Menschen**

Unter ‚jungen Menschen‘ werden in diesem Projektbericht Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verstanden. Diese Bezeichnungen sind angelehnt an die rechtlichen Definitionen des SGB VIII. Kinder sind hier als alle Menschen unter 14 Jahren, Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren und ‚junge Menschen‘ zwischen 18 und 27 Jahren definiert (vgl. § 7 SGB VIII). Für die politische Partizipation auf kommunaler Ebene ist rechtlich weiterhin entscheidend, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren kein Wahlrecht besitzen und somit von der Repräsentation im Gemeinderat ausgeschlossen sind.

Die Übergänge zwischen den Lebensphasen der Kindheit, Jugend und dem Erwachsenenalter sind allerdings fließend und können nicht so eindeutig voneinander abgegrenzt werden, wie die rechtliche Unterscheidung suggeriert.

Winter spricht stattdessen im Hinblick auf die gesellschaftliche Stellung von einer Lebensphase der Jugend die sich auf die Altersspanne zwischen 12 und 29 Jahren erstrecken kann. Sie ist neben Neuorientierungen und Entwicklung einer eigenen selbstständigen Lebensweise durch eine reduzierte Teilnahme am Erwerbsleben gekennzeichnet. Hinzu kommt die demografisch abnehmende Bedeutung junger Menschen (vgl. Winter 2021: 172f.). Somit sind sie hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten, politischen Berücksichtigungen und Beteiligungsmöglichkeiten in verschiedenen Weisen gegenüber älteren Bevölkerungsgruppen eingeschränkt.

Die Teilprojekte fokussieren sich auf unterschiedliche Gruppen junger Menschen. Das Teilprojekt Schule untersucht Partizipationsmöglichkeiten von Kindern in der dritten und vierten Klasse im Alter zwischen acht und elf Jahren. Das Teilprojekt Jugendgemeinderat betrachtet mit Mitgliedern des Jugendgemeinderats Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Das Teilprojekt Studierende ist auf die Partizipationsmöglichkeiten junger Erwachsener, die in Weingarten an den ortsansässigen Hochschulen eingeschrieben sind, ausgerichtet. Unter den obigen Annahmen haben sie zwar das Recht, an kommunalen Wahlen teilzunehmen, sind aber durch reduzierte Erwerbstätigkeit und kurzfristige Umzüge zu Beginn und Ende des Studiums in der politischen Partizipation beeinträchtigt. Außerdem trifft auch sie das von Winter beschriebene Misstrauen etablierter politischer Akteur\*innen (vgl. Winter 2021: 174). Somit sind Studierende als junge Erwachsene hinsichtlich ihrer politischen Partizipationsmöglichkeiten in den Zielgruppen der jungen Menschen sinnvoll verortet.

## **4. Forschungsstand**

Wie in Kapitel 1 bereits beschrieben, ist politische Partizipation von jungen Menschen durch diese selbst gewünscht, menschenrechtlich verankert und durch politische Institutionen verschiedener Ebenen angestrebt. Im Widerspruch dazu ist die tatsächliche politische Berücksichtigung von Interessen Jugendlichen oft in vieler Hinsicht beschränkt (siehe ebenfalls Kapitel 1). Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel der Stand der Forschung zur Partizipation junger Menschen an kommunalpolitischen Prozessen dargestellt. Dabei werden die Formen projekthafter und kontinuierlicher Partizipationsmöglichkeiten unterschieden und deren Gelingensbedingungen benannt. Außerdem werden wir auf die Planungs- und Partizipationsprojekte der Stadt Weingarten, insbesondere in Kooperation mit Hochschulen und Studierenden, eingehen. Hier liegen bereits Ergebnisse vor, an die eines unserer Teilprojekte anknüpfen wird.

### **4.1 Partizipation junger Menschen: Projekte oder institutionalisierte Formate**

Beteiligungsformen, die Jugendliche ansprechen, zeichnen sich durch Spontaneität, zeitliche Begrenzung und konkrete Themen aus. Beispielsweise werden in Form von Demos, Petitionen und Boykotten konkrete lebensweltliche Fragen artikuliert. Ergebnisse werden kurzfristig sichtbar. Dieser Charakter unterscheidet sich grundlegend von etablierten kontinuierlichen Formen politischer Aktivität in Parteien oder Gremien. In der Praxis sind sowohl begrenzte Projekte als auch dauerhafte Vertretungen wie Jugendparlamente gängige politische Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen (vgl. Winter 2021: 175). In Baden-Württemberg gaben in einer Befragung der Landeszentrale für politische Bildung 2023 207 Kommunen an, gewählte dauerhafte Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche anzubieten, 514 Gemeinden verfolgten projektbezogene Beteiligungsansätze, außerdem gab es weitere 394 nicht näher beschriebene Angebote. In 55% der Gemeinden wurde dabei mehr als ein Beteiligungsformat angeboten, sodass ein Nebeneinander der unterschiedlichen Ansätze möglich ist (vgl. LpB 2024: 9). Projektbezogene Ansätze spielen in Baden-Württemberg also eine deutlich größere Rolle als dauerhafte. Trotzdem machen auch diese einen relevanten Anteil der Partizipationsangebote aus.

Zur Umsetzung projekthafter Partizipationsansätze geben die Ergebnisse des Projekts “Jugend.Stadt.Labor” im Rahmen von “Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)” wichtige Hinweise. Dabei wurden in 8 Städten Initiativen aufgebaut oder gefördert, die sich experimentell in unterschiedlichen Formen für die bauliche, kulturelle und soziale Gestaltung ihres städtischen Lebensumfelds einsetzten. Zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts sind Erkenntnisse über gemeinsame Wertvorstellungen der jungen Engagierten wie Offenheit, um Zugang für Interessierte zu gewährleisten, eine “Kultur des Machens” nach dem Trial & Error-Prinzip, gegenseitiges Vertrauen und Austausch über Erfahrungen (vgl. BBSR 2016: 87).

Die Studie zeigt, dass sich das Raumverständnis junger Menschen stark von in der Stadtplanung üblichen funktionalen Zuweisung unterscheidet. Statt zweckmäßig gegliederten Räumen sei ein ergebnisoffenes Raumkonzept, das Selbstverwirklichung und Verwurzelung ermöglicht, wichtig. Dabei solle zeitlicher Entscheidungsdruck vermieden werden. Der Raum solle außerdem als Kontaktmöglichkeit wahrgenommen werden, die insbesondere heterogenen Gruppen Zugang bietet (vgl. ebd.: 88).

Außerdem werden zentrale Strategien der Förderung von Beteiligungsprojekten und ihrer Kooperation mit Stadtverwaltungen ausformuliert. Hier wird besonders die Notwendigkeit betont, wegen sehr unterschiedlicher Denk- und Vorgehensweisen der beiden Akteur\*innengruppen gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen. Vorgehensweisen seien dabei abhängig von den örtlichen Gegebenheiten. Eine Annäherung bilde jedoch die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit (vgl. ebd.: 94ff.).

Jugendparlamente oder -gemeinderäte als dauerhafte Partizipationsangebote mit gewählten Mitgliedern sind angelehnt an die Gemeinderäte als repräsentative politische Institution erwachsener Bürger\*innen. Sie unterscheiden sich dabei in Aspekten des Alters der Wahlberechtigten, der Dauer einer Amtszeit, der Einbindung in kommunale Verwaltungsstrukturen und in festgelegten Quotierungen. Alter und Dauer einer Amtszeit lassen dabei Annahmen darüber zu, wer tatsächlich als entscheidungsfähig wahrgenommen wird. In der strukturell festgelegten kommunalen Einbindung zeigt sich der Wille zu Austausch und Machtverzicht. Sie kann festgelegte Austauschprozesse, Anfrage-, Rede-, Antrags- und sogar Stimmrechte im Gemeinderat, in seinen Ausschüssen sowie gegenüber einer Stadtverwaltung umfassen (vgl. Lemmermeier 2022: 469). In diesen Aspekten unterschiedlicher Ausgestaltung von Jugendparlamenten wird die unterschiedliche Offenheit des lokalen politischen Systems gegenüber Jugendparlamenten sichtbar. Sie hängt von der Bereitschaft von lokalpolitischen Akteur:innen zu Ressourcenausstattung, offenem Meinungsaustausch und Machtverzicht ab und ist maßgeblich für die Qualität der eröffneten Partizipationsmöglichkeiten verantwortlich (vgl. Müller/Unkauf 2016: 336).

Im Forschungsdiskurs zeigt sich, dass Jugendparlamente in wichtigen Punkten ambivalent oder kritisch betrachtet werden können. So weist Lemmermeier darauf hin, dass durch Wahlprozesse nur eine geringe Anzahl von Jugendlichen erreicht werden kann. Diese entspricht häufig nicht dem Querschnitt der Bevölkerung (vgl. Lemmermeier 2022: 468). Schwieger spitzt diese Ansicht zu: Arme und armutsgefährdete Jugendliche können sich zeitlich nur in geringerem Umfang engagieren als wohlhabendere Jugendliche. Sie sind dadurch in der Teilnahme an einem dauerhaften Engagement stark eingeschränkt (vgl. Schwieger 2023a: 320). Außerdem verlaufen Meinungs- und Entscheidungsprozesse in Jugendparlamenten häufig in engen Leitlinien von scheinbar gegebenen Sachzwängen. Für grundsätzliche gesellschaftliche Fragen und eigene Themen Jugendlicher biete sich in diesem Rahmen nur wenig Gestaltungsspielraum. Somit werde ein beschränktes Verständnis von Mitbestimmung vermittelt (vgl. Schwieger 2023b: 325). Insbesondere biete sich wenig Raum, Fragen hinsichtlich der Lebenslagen armutsbetroffener oder -gefährdeter Jugendlicher zu thematisieren (vgl. Schwieger 2023a: 320ff.).

An anderer Stelle werden hohe Lerneffekte durch die Mitgliedschaft in Jugendparlamenten hervorgehoben. Sie steigern persönliche Kompetenzen hinsichtlich Selbstbewusstseins, Verständnis für politische Zusammenhänge und die Bereitschaft zu Engagement (vgl. Roth/ Stange 2022: 202).

Vor diesem unterschiedlichen Hintergrund werden Jugendparlamente einerseits als wichtiger Lernort und zentral für die Umsetzung von jugendlicher Partizipation im Sinne der UNKRK gesehen (vgl. Roth/ Stange 2022: 207). Andererseits herrscht die Ansicht, es müsse in Kommunen neben Jugendparlamenten weitere Partizipationsangebote an junge Menschen geben (vgl. Müller/ Unkauf 2016: 335; Lemmermeier 2022: 486).

## **4.2 Partizipation in der Stadt Weingarten**

### **Stadtplanung**

Wie in Weingarten Stadtplanung unter Beteiligung von Bürger\*innen durchgeführt wird, stellt die Stadt auf ihrer Webseite dar. So wurden in den letzten Jahren einige Projekte durchgeführt:

Die Sanierung und Erweiterung des Feuerwehrhauses wurde 2012 mit einem Antrag der Freiwilligen Feuerwehr gestartet und im Juni 2023 abgeschlossen. Die Bürger\*innen waren über den gesamten Prozess hinweg involviert, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Feuerwehr und der Gemeinschaft erfüllt werden. Außerdem entsteht auf dem ehemaligen Schuler-Areal auf 3,7 Hektar ein neues urbanes und grünes Quartier (Martinshöfe). Dieses Projekt zielt darauf ab, Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig Grünflächen zu integrieren. Bürgerbeteiligung spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Planung dieses neuen Viertels. Darüber hinaus umfasst das Zukunftsprojekt Bildung und Betreuung die Schulentwicklung und den Neubau der Talschule, das größte Bauprojekt der Stadt Weingarten. Ziel ist es, moderne Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen. Die Bürger\*innen sind eingeladen, ihre Meinungen und Vorschläge in den Planungsprozess einzubringen. Auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses entsteht das neue Quartier 14 Nothelfer. Bürgerinitiativen und Anwohner wurden in die Planung eingebunden, um ein Wohngebiet zu gestalten, das den Bedürfnissen der zukünftigen Bewohner\*innen gerecht wird. Zudem fördert die Stadt die Digitalisierung durch verschiedene Projekte, um die Verwaltung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Dies umfasst die Einführung digitaler Dienstleistungen und Plattformen, um den Bürger\*innen den Zugang zu städtischen Services zu erleichtern. Außerdem wird jedes Frühjahr die „Stadtputzete“ von der Stadt Weingarten organisiert, eine großangelegte Aufräumaktion. Bürger\*innen, Schulen, Vereine und andere Organisationen kommen zusammen, um öffentliche Plätze von Müll zu befreien. Diese Aktion fördert das Gemeinschaftsgefühl und das Umweltbewusstsein in der Stadt (vgl. Stadt Weingarten o. J. a).

## **Partizipation von Studierenden**

Mit Blick auf die Beteiligung von Studierenden als wesentliche Bevölkerungsgruppe der Stadt liegen Projekte partizipativer Ansätze vor. Das ist die Weiterentwicklung des Verleihradsystems am Hochschulcampus in der Region Schussental. Die Studie "Rückenwind für die Mobilitätswende im Schussental" (Stüve et al. 2023: 24) untersucht, wie durch die Einbindung von Studierenden und anderen Beteiligten ein nachhaltigeres und nutzerfreundlicheres Mobilitätssystem geschaffen werden kann.

In der Fallstudie zur Mobilitätswende, die am Hochschulcampus durchgeführt wurde, standen zentrale Fragen im Fokus, um die Effektivität und Relevanz des Fahrradverleihsystems zu bewerten. Eine der wesentlichen Fragen lautete: „Was ist das Ziel des Fahrradverleihs?“. Hierbei ging es darum, zu verstehen, wie das Verleihsystem zur nachhaltigen Mobilität beitragen kann und welche spezifischen Ziele damit verfolgt werden. Eine weitere entscheidende Frage war: „Ergibt das Projekt im Umkreis von Weingarten und Ravensburg Sinn?“. Diese Frage zielte darauf ab, die regionale Bedeutung und den Nutzen des Projekts für die umliegenden Gemeinden zu beleuchten. Um die Akzeptanz und die Praktikabilität des Systems in der Praxis zu testen, wurde zudem ein Probeabonnement für drei Monate angeboten, das es den Teilnehmer\*innen ermöglichte, das Verleihsystem intensiv zu nutzen und ihre Erfahrungen zu teilen. Diese Fallstudie lieferte wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Mobilitätsstrategie in der Region.

Ergänzend dazu liefert die "Umfrage zur Hochschulstadt Weingarten" (Hanselmann et al. o. J.) wertvolle Einblicke in die Mobilitätsbedürfnisse und -präferenzen der lokalen Bevölkerung. Diese beiden Studien verdeutlichen, wie wichtig partizipative Ansätze für eine erfolgreiche und nachhaltige Stadtplanung sind. Insbesondere in Hochschulstädten, wo der Dialog zwischen Stadtverwaltung, Hochschulen und der Bevölkerung eine zentrale Rolle spielt. In der Umfrage wurde gezielt untersucht, wie die Stadt von den Studierenden wahrgenommen wird und welche Bedürfnisse sie haben. Dabei wurden unter anderem Fragen gestellt wie: „Wie präsent war die Stadt Weingarten in der Ersti-Woche?“, „Welche Informationen von der Stadt Weingarten haben dir gefehlt?“, um festzustellen, welche kommunalen Angebote oder Orientierungshilfen vermisst wurden. Die Umfrage ging zudem auf die kulturellen und sozialen Interessen der Studierenden ein. Ein zentrales Ergebnis ist der große Wunsch nach mehr Möglichkeiten, sich zu vernetzen und das Campusleben aktiv zu gestalten. Die Studierenden gaben an, dass sie sich am liebsten bei Festen und kulturellen Veranstaltungen in der Studierendenkneipe Alibi sowie durch die Aktivitäten der verschiedenen Vereine vernetzen würden. Darüber hinaus wünschten sich die Studierenden vermehrt Ermäßigungen für Veranstaltungen, Ausflüge und Angebote der Hochschule. Ein weiterer großer Wunsch ist die Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten, die flexibel genutzt werden können. Viele Studierende betonten auch, dass sie sich insgesamt mehr Wertschätzung für ihr Engagement und ihre Leistungen wünschen, sei es durch Anerkennung in der Hochschule oder durch gezielte Angebote, die den Alltag erleichtern. Neben den sozialen und kulturellen Aspekten wurden auch praktische Bedürfnisse genannt: Freies WLAN auf dem gesamten Campus steht ganz oben auf der Wunschliste. Auch das Thema Nachhaltigkeit liegt den Studierenden sehr am Herzen. Die Umfrage zeigt deutlich, dass die Studierenden aktiv am Campusleben teilhaben und es mitgestalten wollen.

Die genannten Wünsche und Vorschläge bieten der Hochschule eine wertvolle Orientierung, um die Studierenden bestmöglich zu unterstützen und das Hochschulleben noch attraktiver zu gestalten.

### **Partizipation durch den Jugendgemeinderat**

Als Partizipationsangebot für Jugendliche gibt es in Weingarten den Jugendgemeinderat. Er wurde bereits 1985 gegründet und ist der älteste Jugendgemeinderat Deutschlands (vgl. Hermann 2016: 337). Auf der Webseite der Stadt Weingarten wird zudem die Funktion formuliert, die das Gremium in der städtischen Politik einnimmt: “Der Jugendgemeinderat ist das jugendpolitische Gremium der Stadt Weingarten. Als solches will und muss der Jugendgemeinderat Sprachrohr für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein.” (Stadt Weingarten o. J. b). Somit hat das Gremium den Anspruch, Jugendlichen umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten an der kommunalen Politik und Verwaltung zu bieten.

Anhand seiner Geschäftsordnung kann der Jugendgemeinderat mittels der Strukturkriterien nach Lemmermeier – Alter, Dauer der Amtszeit, kommunale Einbindung und festgelegte Quotierungen – beschrieben werden (vgl. Lemmermeier 2022: 469).

Die Dauer einer Amtszeit und das Alter der wählbaren und wahlberechtigten Jugendlichen werden in § 2 der Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats (GO JGR) festgelegt. Das Alter der Wahlberechtigten ist nicht explizit festgelegt, da sich die Wahlberechtigung auf die Klassenstufe bezieht: alle Schüler\*innen der 8. Klassen der explizit aufgeführten Schulen in Weingarten und des Bildungszentrums St. Konrad in Ravensburg sind wahlberechtigt. Wählbar sind alle Schüler\*innen der 8. Klassen, die in Weingarten zur Schule gehen oder wohnen, sowie ergänzend Schüler\*innen aus höheren Klassen. Die Mitgliedschaft endet automatisch mit Erreichen des 18. Lebensjahrs (vgl. § 2 GO JGR). Somit ist in der Regel eine Altersstruktur der Mitglieder zwischen 14 und 18 Jahren zu erwarten. Eine Amtszeit dauert zunächst 3 Jahre und kann um bis zu 2 Jahre verlängert werden (vgl. ebd.).

Die Einbindung in kommunale Verwaltungsstrukturen ist durch Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat (vgl. § 11 GO JGR), Anfragerecht gegenüber der Verwaltung (vgl. § 10 GO JGR) und einem Budget für eigene Projekte (vgl. § 13 GO JGR) strukturell festgelegt. Quotierungen bestehen hinsichtlich der Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Schulen. Dabei fällt jeder Schule mindestens ein Sitz zu, weitere Sitze werden anteilig vergeben (vgl. § 2 GO JGR). Im Vorgespräch mit dem Jugendbeauftragten der Stadt Weingarten wurde ergänzend deutlich, dass er als Sozialarbeiter eine verantwortliche Position für den Jugendgemeinderat übernimmt und maßgeblich an dessen Weiterentwicklung beteiligt ist.

Insgesamt gibt es also Ansätze, das Problem der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen zu überwinden. Sie lassen sich in kontinuierliche und begrenzte projektbezogene Ansätze differenzieren. Auch in Weingarten werden in verschiedenen Bereichen der Stadtplanung und kommunalen Politik bereits partizipative Ansätze verfolgt. An diesem Stand der Forschung und Umsetzung setzen die Forschungsprojekte zur Partizipation junger Menschen an der kommunalen Politik Weingartens an.

## 5. Methodenbeschreibung

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich in der Sozialen Arbeit eine partizipative Forschungsweise etabliert, die wissenschaftliches Forschen mit praxisorientierten Handlungen zur Verbesserung von Lebensumständen verbindet. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit von Individuen und Institutionen zu stärken. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit Aktions- und Handlungsforschung entwickelte sich die partizipative Sozialraumforschung, die auf bestehenden sozialen Gruppen und Interessen aufbaut oder solche im Forschungsprozess schafft, um Unterstützung und Empowerment zu fördern (vgl. May 2008: 207f.). In diesem Zusammenhang wird die Methode der partizipativen Aktionsforschung als Grundlage für das vorliegende Projekt angewendet und nachfolgend erläutert.

Die Wurzeln der Aktionsforschung reichen bis in die 1940er Jahre zurück, als Kurt Lewin den Begriff prägte. Ziel der Aktionsforschung ist es, durch die Verbindung wissenschaftlicher Forschung und praktischer Problemlösung gesellschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Sie basiert auf einem zyklischen Prozess aus Planung, Handlung, Beobachtung und Reflexion, der kontinuierliches Lernen und Fortschritt ermöglicht (vgl. May 2008: 212f.; Unger 2014: 6). Dabei stehen zwei zentrale Ansätze im Fokus: die technische Rationalität, die wissenschaftliche Methoden zur Lösung praktischer Probleme einsetzt, und die reflektive Rationalität, die die kritische Selbstreflexion von Praktiker\*innen fördert, um tiefere Einsichten in die eigene Praxis zu gewinnen (vgl. Unger 2014: 8f.).

Die Aktionsforschung zeichnet sich durch mehrere wesentliche Merkmale aus. Sie fördert die Partizipation der Betroffenen, indem sie diese aktiv in den Forschungsprozess einbezieht. Zudem folgt sie einem zyklischen und iterativen Prozess, der die Phasen Planung, Handeln, Beobachtung und Reflexion durchläuft und somit kontinuierliche Verbesserungen ermöglicht. Ein weiteres zentrales Merkmal ist ihre starke Praxisorientierung, da die gewonnenen Erkenntnisse direkt in die Praxis umgesetzt werden. Darüber hinaus erlaubt die methodische Vielfalt der Aktionsforschung eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Ansätzen, um eine fundierte Analyse komplexer Fragestellungen zu ermöglichen (vgl. Flick/ Hoppe 2021: 18ff.).

Durch ihre partizipative und reflexive Ausrichtung bietet die Aktionsforschung nicht nur praxisnahe Ergebnisse, sondern fördert auch das persönliche und berufliche Wachstum der Beteiligten. Sie ermöglicht eine systematische Reflexion und kontinuierliche Verbesserung, um praktische Probleme effektiv zu lösen.

Im Folgenden werden die Praxis- und Forschungsmethoden der einzelnen Teilprojekte vorgestellt und erläutert.

## **5.1 Teilprojekt: Schule**

Das Teilprojekt Schule beschäftigte sich mit der Analyse und Planung von Partizipationsprozessen an der Schussentalschule in Weingarten. Ziel war es, Mitbestimmungsprozesse für Schüler\*innen im Rahmen geplanter Umbaumaßnahmen zu fördern und partizipative Ansätze in die Schulgestaltung zu integrieren.

Zu diesem Zweck wurden bestehende Baupläne und Qualitätsstandards früherer Projekte analysiert, um Anknüpfungspunkte für partizipative Maßnahmen zu identifizieren. Die ursprüngliche Betrachtung der Talschule in Weingarten zeigte jedoch, dass die Bauarbeiten dort bereits zu weit fortgeschritten waren, um sinnvolle Partizipationsprojekte umzusetzen.

Eine weiterführende Analyse ergab Potenzial an der Schussentalschule. Diese Schule befindet sich aufgrund umfassender Renovierungsarbeiten in einer herausfordernden Situation: Die Schüler\*innen sind aktuell auf zwei unterschiedliche Gebäude verteilt, was sowohl bei den Eltern als auch bei den jungen Menschen zu Unzufriedenheit führt. Dies wurde auch in einem Artikel der Schwäbischen Zeitung thematisiert. Er beschreibt, wie Eltern gegen die geplante Trennung der Primar- und Sekundarstufe des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums auf verschiedene Standorte protestierten. Sie äußerten Bedenken, dass die Trennung negative Auswirkungen auf Bildung, soziale Beziehungen und das Wohlbefinden der Kinder haben könnte. Zudem litten die Schüler\*innen bereits unter den laufenden Renovierungsmaßnahmen, die den Schulalltag durch die räumliche Aufteilung erheblich beeinträchtigten. Der Artikel hob hervor, dass diese organisatorischen Herausforderungen die Inklusion und Zusammenarbeit innerhalb der Schulgemeinschaft erschwerten und betonte die Notwendigkeit eines festen und strukturierten Schulalltags für die erfolgreiche Entwicklung der betroffenen Kinder (vgl. Rebhan 2023). Diese Situation bietet einen Anknüpfungspunkt für ein partizipatives Vorgehen, das die Bedürfnisse der Klassenmitglieder in den Fokus rückt. Hierfür wurde Kontakt zur Schulleitung der Schussentalschule aufgenommen. Gemeinsam wurden anschließend mögliche methodische Ansätze und die Zielsetzungen des Vorhabens definiert. Die Konzeptentwicklung wird im Abschnitt 6.1 ausführlich beschrieben.

## **5.2 Teilprojekt: Studierende**

### **Forschungsdesign**

In der Vergangenheit wurden bereits mehrere Studien durchgeführt, die sich vorrangig mit den sozialen und kulturellen Interessen von Studierenden befasst haben. Diese Untersuchungen zielten insbesondere darauf ab, Freizeitverhalten, kulturelle Vorlieben sowie studentische Lebensstile besser zu verstehen. Unser Forschungsansatz hingegen verfolgt eine andere Stoßrichtung: Im Zentrum steht die Kooperation zwischen Stadt und Studierenden – mit einem besonderen Fokus auf Formen partizipativer Stadtplanung.

Uns interessierte, in welchem Ausmaß Studierende in städtische Entwicklungsprozesse eingebunden sind, wie sie bestehende Beteiligungsmöglichkeiten wahrnehmen und welche Potenziale in einer stärkeren Mitgestaltung durch die studentische Bevölkerung liegen.

Um die zuvor aufgestellte Forschungsfrage zu beantworten, wurden folgende Schritte unternommen: Zunächst wurde die vorhandene Fachliteratur über Instrumente der Auswertung von empirischem Material durchgearbeitet und auf dieser Grundlage wurde ein passendes Erhebungsinstrument gesucht. Nachdem das geeignete Erhebungsinstrument gefunden wurde, erfolgte die Vorbereitung und Durchführung der Erhebung. Die Interviews wurden transkribiert und mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.

Die nachfolgenden Unterkapitel beschreiben das verwendete Erhebungsinstrument, die darauffolgende Vorbereitung und Durchführung, die Stichprobenbeschreibung sowie die Datenaufbereitung.

### **Erhebungsinstrument- Leitfadengestützte Interviews**

Um zu verstehen, wie Studierende in Weingarten in politische und verwaltungsbezogene Prozesse eingebunden sind, wurde eine qualitative Erhebungsmethode gewählt, die individuelle Perspektiven möglichst offen erfasst. Leitfadengestützte Interviews eignen sich besonders dafür, persönliche Erfahrungen, Einschätzungen und Handlungslogiken sichtbar zu machen – insbesondere in komplexen Themenfeldern wie politischer Partizipation (vgl. Niebert/Gropengießer 2014: 121ff.).

Im Teilprojekt „Studierende“ wurden deshalb Interviews mit aktuellen und ehemaligen Studierenden sowie einer zentralen städtischen Akteurin durchgeführt. Der eingesetzte Interviewleitfaden strukturierte das Gespräch entlang zentraler Themen wie Beteiligungsmöglichkeiten, Erfahrungen mit bestehenden Formaten oder wahrgenommenen Barrieren. Gleichzeitig ließ er genug Raum für spontane Impulse, wodurch auch neue und unerwartete Aspekte eingebracht werden konnten.

Diese Methode erwies sich als sinnvoll, da sie es ermöglicht, die subjektiven Sichtweisen junger Menschen in ihrer Tiefe und Vielfalt zu erfassen – ein zentraler Aspekt zur Beantwortung der Forschungsfrage. Zudem trug die Einbindung einer städtischen Perspektive dazu bei, die Ergebnisse im institutionellen Kontext zu verorten und kritisch zu reflektieren.

### **Vorbereitung und Durchführung der Interviews**

Im ersten Schritt wurde systematisch analysiert, welche Personengruppen für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind. Dabei wurden Studierende der RWU sowie die Hochschulbeauftragte der Zielstadt als Zielgruppen identifiziert. Auf dieser Basis wurde ein Leitfaden entwickelt, der sich strukturell an der Forschungsfrage orientierte. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven wurden zwei spezifische Varianten des Leitfadens erstellt: eine für Studierende und eine für die Hochschulbeauftragte.

Zur Wahrung der ethischen und rechtlichen Anforderungen wurde zudem eine Einverständniserklärung formuliert, welche die Teilnahmebedingungen und die Verarbeitung der Daten umfasste. Alle Befragten unterzeichneten diese Erklärung vor Beginn des Interviews.

Die Kontaktaufnahme mit potenziellen Interviewpartner\*innen erfolgte telefonisch und per E-Mail. Ziel war es, Gespräche mit Studierenden und der Hochschulbeauftragten zu organisieren und individuelle Interviewtermine zu vereinbaren. Die Interviews wurden in Präsenz und online durchgeführt, um eine hohe Flexibilität zu gewährleisten. Die Dauer der Gespräche variierte je nach Verlauf und betrug zwischen acht und 20 Minuten.

### **Stichprobenbeschreibung**

Die befragte Person B1 studiert in einem höheren Semester Soziale Arbeit an der Hochschule Ravensburg-Weingarten (RWU). Sie ist in verschiedenen hochschulpolitischen Gremien aktiv und engagiert sich für die studentische Mitbestimmung sowohl auf parlamentarischer als auch akademischer Ebene.

Die befragte Person B2 befindet sich aktuell im Masterstudium an einer Hochschule außerhalb Weingartens, nachdem sie zuvor an der RWU einen technischen Bachelorstudiengang abgeschlossen hat. Während ihrer Zeit an der RWU war sie über mehrere Wahlperioden hinweg in leitender Funktion innerhalb der Studierendenvertretung tätig.

Die befragte Person B3 hat Soziale Arbeit an der RWU studiert und ist weiterhin in der studentischen Selbstverwaltung aktiv. Ihr Engagement fokussiert sich auf die Gestaltung des studentischen Lebens und die Förderung des Austauschs unter Studierenden.

Die befragte Person B4 ist in der Stadtverwaltung Weingarten tätig und verantwortet den Bereich Hochschulangelegenheiten. Sie wirkt an der strategischen Entwicklung der Stadt zur Hochschulstadt mit und koordiniert hierzu Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Hochschule sowie weiteren Akteur\*innen.

### **Datenaufbereitung**

Nach Durchführung einer qualitativen Befragung wurden die gewonnenen Informationen aufbereitet. Nach der Aufzeichnung der Interviews durch ein Aufnahmegerät (Smartphone oder Diktiergerät) wurden die Audioaufnahmen transkribiert. Eine Transkription ist die Verschriftlichung des Gesagten und basiert auf Transkriptionsregeln, die im Vorhinein festgelegt werden. Je nach Forschungsprozess können die Transkriptionsregeln variieren. In der Regel unterscheiden sie sich danach, ob verbale und nonverbale Merkmale berücksichtigt und dokumentiert werden. Zum Beispiel ist es für verschiedene Untersuchungsziele wichtig, verbale und nonverbale Merkmale in der Transkription zu berücksichtigen (vgl. Kuckartz 2018: 163ff.).

In der vorliegenden Arbeit wurden die Interviews im Einverständnis aller Beteiligten durch ein Diktiergerät aufgezeichnet und mit Hilfe von Word transkribiert. Damit die Transkription den wissenschaftlichen Standards entspricht, wurde die Transkription in Anlehnung an das semantisch-inhaltliche Transkriptionssystem durchgeführt. Dabei wurden nur relevante sprachliche Inhalte transkribiert, wobei nonverbale Äußerungen wie Pausen, Lachen oder Gestik in der Regel nicht berücksichtigt wurden, es sei denn, sie waren für die Analyse von Bedeutung. Wiederholungen wurden nicht transkribiert. Darüber hinaus erfolgte eine wörtliche Transkription des Inhalts, und Dialekte wurden möglichst ins Schriftdeutsch bzw. Hochdeutsche übersetzt. Alle Teilnehmenden und personenbezogenen Angaben wurden anonymisiert, sodass keine Rückschlüsse mehr möglich sind (vgl. Dresing/ Pehl 2018: 20ff.).

Die Transkription bildet die Basis für die ausführliche interpretative Auswertung, die im nächsten Schritt anhand der Qualitativen Inhaltsanalyse vollzogen wurde.

Weitere verwendete Transkriptionsregeln sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

Beschreibung	Beispiel
Abkürzung für die Interviewerin	I
Befragte Person 1	B1
Befragte Person 2	B2
Befragte Person 3	B3
Befragte Person 4	B4
Pausen ab 3 Sekunden	(...)
Halbsätze denen die Vollendung fehlt	/
Unverständliche Textpassagen	(unv.)

Tabelle 2 Transkriptionsregeln mit Beispielen (vgl. Dresing/ Pehl 2018: 20ff.).

## **Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring**

Für die vorliegende Forschung wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring in der Fassung von 2015 als Auswertungsverfahren gewählt. Diese Methode zeichnet sich insbesondere durch ihre kommunikationswissenschaftliche Verankerung aus, wodurch das Material im Kontext seines Kommunikationszusammenhangs betrachtet wird (vgl. Mayring 2015: 50).

Laut Mayring handelt es sich bei der Inhaltsanalyse um ein Verfahren, das spezifisch an den Gegenstand und die Fragestellung angepasst werden muss: „Die Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht; sie muss an den konkreten Gegenstand, das Material angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden“ (ebd.: 51). Ziel des inhaltsanalytischen Vorgehens ist es, systematisch und theoriegeleitet zu arbeiten. Systematisch bedeutet, dass bei der Textanalyse vorab festgelegte Regeln eingehalten werden. Dazu wird ein Ablaufmodell erstellt, das die Analyseschritte definiert und sortiert (vgl. ebd.: 51f).

„Mit [theoriegeleitet] (...) ist gemeint, dass der Stand der Forschung zum Gegenstand und vergleichbaren Gegenstandsbereichen systematisch bei allen Verfahrensentscheidungen herangezogen wird“ (ebd.: 53). Die Analyseschritte werden dabei stets durch theoretische Überlegungen begleitet. Vor Beginn der Materialanalyse wird anhand verschiedener Analysetechniken ein Ablaufmodell aufgestellt. Dieses gliedert die Analyse in einzelne Schritte, wodurch die Ergebnisse nachvollziehbar und intersubjektiv überprüfbar werden. Mayring bietet hierfür ein allgemeines Ablaufmodell an, das flexibel an Material und Fragestellung angepasst werden kann (vgl. ebd.: 53ff.).

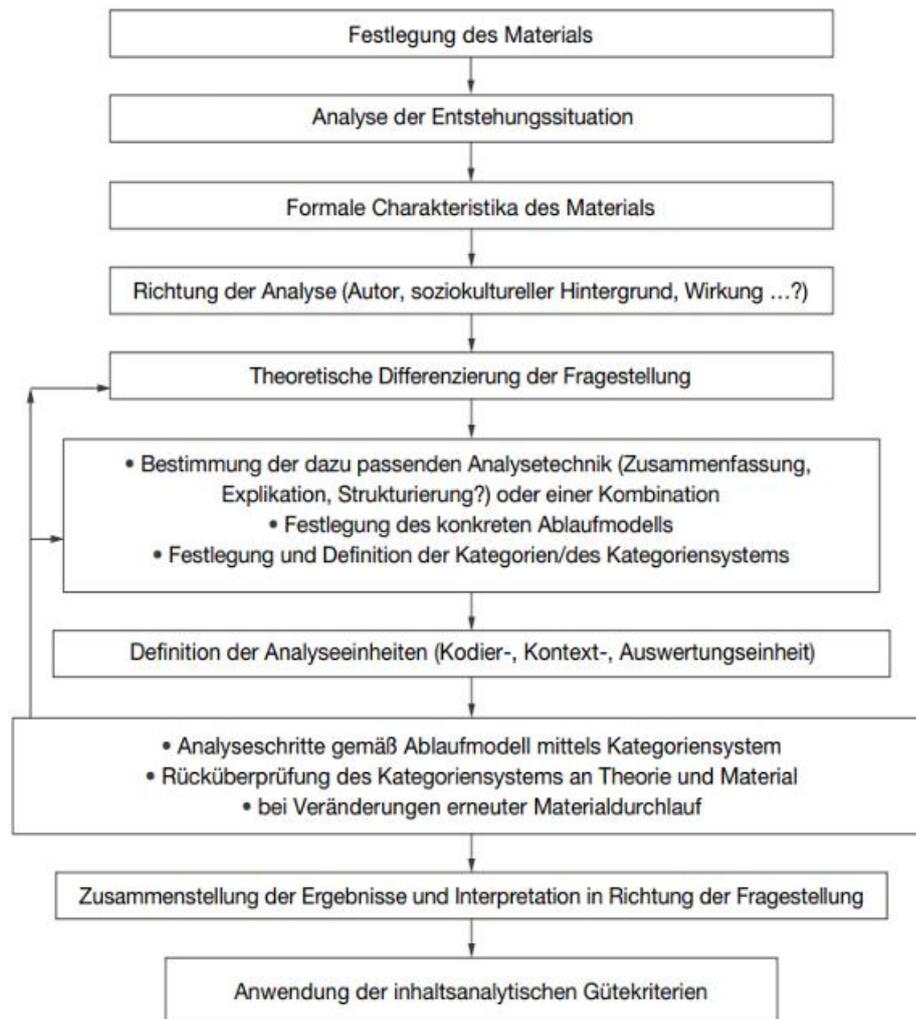


Abbildung 2 Allgemeines inhaltsanalytisches Ablaufmodell (ebd.: 62).

Der Autor unterscheidet dabei drei Grundformen der systematischen Interpretation: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung. Diese Analysetechniken können je nach Material und Forschungsfrage eingesetzt werden (vgl. ebd.: 65ff.).

Für die vorliegende Arbeit eignete sich die Technik der Strukturierung am besten: „Ziel [dieser Analysetechnik] (...) ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (ebd.: 67).

Mayring stellt das allgemeine Ablaufmodell der strukturierenden Inhaltsanalyse wie folgt dar:

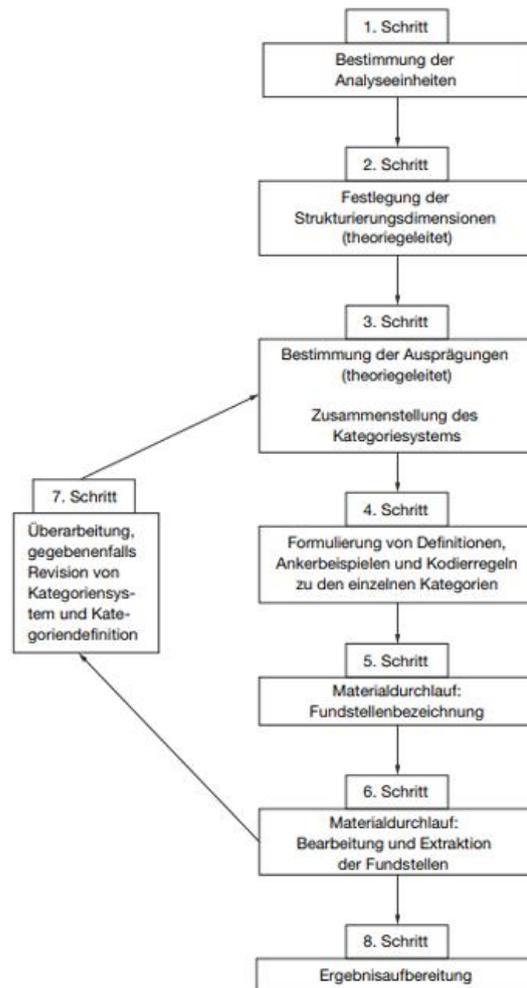


Abbildung 3 Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (allgemein) (ebd.: 98).

In dieser Arbeit wird die Methode angewendet, um die erhobenen Interviewdaten systematisch auszuwerten und fundierte Aussagen im Rahmen der Forschungsfrage abzuleiten. Im weiteren Verlauf geht es nun um die Bildung eines Kategoriensystems anhand der qualitativen Inhaltsanalyse für diese Arbeit.

### Kategoriensystem

„Das Kategoriensystem stellt das zentrale Instrument der Analyse dar“ (ebd.: 50). Aufgrund der strukturierenden Inhaltsanalyse erfolgte eine deduktive Kategorienanwendung, die das Ziel hat, bestimmte Strukturen aus dem Material entlang vorab gebildeter Kategorien heraus zu selektieren. Deduktive Anwendung bedeutet, dass das Kategoriensystem anhand der Forschungsfrage konzipiert wird und somit bereits vor der Analyse des Materials besteht (vgl. ebd.: 97).

Wie ein Kategoriensystem erstellt wird, zeigt sich anhand der folgenden drei Schritte:

„1. Definition der Kategorien

Es wird genau definiert, welche Textbestandteile unter eine Kategorie fallen.

2. Ankerbeispiele

Es werden konkrete Textstellen angeführt, die unter eine Kategorie fallen und als Beispiele für diese Kategorie gelten sollen.

3. Kodierregeln

Es werden dort, wo Abgrenzungsprobleme zwischen Kategorien bestehen, Regeln formuliert, um eindeutige Zuordnungen zu ermöglichen“ (ebd.: 97).

Da unsere weitere Arbeit keine Ankerbeispiele erfordert, haben wir bewusst darauf verzichtet. Ankerbeispiele dienen oft dazu, Interpretationen oder Vergleiche in späteren Analysen zu erleichtern. Da unsere Forschung jedoch keine weiteren Schritte beinhaltet, die auf solche Beispiele angewiesen wären, war ihr Einsatz nicht notwendig.

Anhand dieses Verfahrens wurde das unten aufgeführte Kategoriensystem im computergestützten Programm MaxQDA entworfen:

Ober- und Unterkategorien	Kategorienbezeichnungen
OK 1	Einflussmöglichkeiten (bisherige Erfahrungen)
OK 2	Beteiligungsformen
OK 3	Wahrgenommene Hindernisse
UK 3.1	Wahrgenommene Hindernisse – Zugang zu Informationen
UK 3.2	Wahrgenommene Hindernisse – Unzureichende Transparenz der Prozesse
UK 3.3	Wahrgenommene Hindernisse – Kommunikation
UK 3.4	Wahrgenommene Hindernisse – Macht- und Herrschaftsstrukturen

UK 3.5	Wahrgenommene Hindernisse – Sonstiges
OK 4	Wahrnehmung der Stadt Weingarten durch die Studierenden
OK 5	Perspektive der Stadt Weingarten
OK 6	Verbesserungsvorschläge
OK 7	Finanzielle Möglichkeiten
OK 8	Potenzial der Studierenden in der Stadtentwicklung

*Tabelle 3 Categoriesystem Teilprojekt Studierende*

Um den Analyseprozess effizient und systematisch durchzuführen, wurde der Einsatz von MaxQDA gewählt.

### **MaxQDA**

Seit mehreren Jahrzehnten wird der Arbeitsschritt der Analyse in der Qualitativen Inhaltsanalyse durch den Einsatz von QDA-Software unterstützt. Solche Softwarelösungen erleichtern die Bildung von Kategorien und Unterkategorien, die Codierung sowie die kategorienbasierte Auswertung. Darüber hinaus ermöglichen sie das Hinzufügen von Kommentaren, Memos und das Markieren relevanter Textstellen, wodurch die Analyse systematisiert und nachvollziehbar gestaltet wird. Diese Zusatzleistung dient dem/der Forscher\*in als Unterstützung bei der Textarbeit, verschafft einen zusätzlichen Überblick und kann das Analysieren vereinfachen. Durch die Verwendung bzw. Unterstützung von QDA-Software wird die Dauer der Bearbeitung des Materials deutlich kürzer und effizienter (vgl. Kuckartz 2018: 163ff.).

Aufgrund der vielen Vorteile wurde das Programm MaxQDA für die Auswertung des vorliegenden Materials aus den Interviews ausgewählt.

## 5.3 Teilprojekt: Jugendgemeinderat

In diesem Abschnitt wird das Vorgehen im Teilprojekt Jugendgemeinderat beschrieben. Die Vorgehensweise ist eng mit derjenigen des Teilprojekts Studierende abgestimmt, wurde aber an die andere Zielgruppe angepasst. Im Folgenden werden die spezifischen Anpassungen beschrieben.

### Forschungsdesign

#### Erhebungsinstrument und Leitfaden

Gegenstand dieses Teilprojekts war es, Sichtweisen von Mitgliedern des Jugendgemeinderats auf dessen Partizipationsmöglichkeiten in der städtischen Politik zu erschließen. Um diese Sichtweisen zu erheben, wurden themenzentrierte Einzelinterviews geführt. In diesen wird das Interview auf Partizipation als spezifischen Gegenstand fokussiert. Dabei lässt sich in der Beantwortung der Fragen genügend Offenheit herstellen, um die Zielsetzungen, Deutungen und Bewertungen der Interviewpartner\*innen zu erfassen. Um diese Offenheit sicherzustellen, wurde in der Erhebung und Auswertung auf eine genaue Problemstellung verzichtet und sich nur an den als möglicherweise relevant identifizierten Themen orientieren, um Einflüsse einer bereits vorgenommenen Interpretation zu vermeiden (vgl. Froschauer/ Lueger 2020: 56). Die Themen wurden anhand eines halbstrukturierten Leitfadens in das Interview eingebracht. Dieser umfasste übergreifende Fragen, mit denen einzelne Themen in das Interview eingebracht wurden, außerdem optionale Nachfragen zur Präzisierung (vgl. Döring/ Bortz 2023: 355ff.). Die Interviews wurden als Einzelinterviews durchgeführt, da uns die individuellen Wahrnehmungen sowie Themen, die im Jugendgemeinderat nicht zur Sprache kommen, interessierten. Ein solches Setting machte aber die Reflexion der Einflüsse unserer eigenen Vorstellungen als Interviewer\*innen relevant (vgl. Froschauer/ Lueger 2020: 46).

Der verwendete Leitfaden umfasste fünf Leitfragen. Er orientierte sich an einem idealtypischen Entscheidungsprozesse mit Themenfindung, Bearbeitung und Entscheidungen. Außerdem wurde nach Motivation und Gesamtbewertung der Teilnehmenden gefragt. Die Leitfragen sind um optionale Nachfragen ergänzt, die sicherstellen, dass bestimmte Details im Interview mit abgefragt werden. In Fällen, in denen die Antworten die betreffenden Informationen bereits enthielten wurde auf die optionalen Fragen verzichtet. Die Nachfragen zur ersten Leitfrage nach der Motivation zur Mitarbeit im Jugendgemeinderat umfassen Fragen zu den eigenen Zielsetzungen und zum eigenen Verständnis von politischer Beteiligung. Die Nachfragen zur zweiten, dritten und vierten Leitfrage (Themenfindung, Bearbeitung und Entscheidungen) zielten darauf ab, den Prozess im Jugendgemeinderat und Einflüsse von beteiligten internen und externen Akteur\*innen zu verstehen. Zuletzt wurde die Gesamtbewertung ergänzt um eine Nachfrage nach möglichen Veränderungsvorschlägen. Vorangestellt wurde dem Leitfaden eine Abfrage persönlicher Informationen. Der vollständige Leitfaden ist im Anhang dargestellt.

## Stichprobenbeschreibung

In den Interviews wurden vier Mitglieder des Jugendgemeinderats befragt. Die Jugendlichen bilden eine heterogene Gruppe: Sie besuchen unterschiedliche Schulen und Klassenstufen, ihr Alter liegt zwischen 14 und 17 Jahren, und sie haben unterschiedliche Geschlechter. Im Jugendgemeinderat waren sie zum Zeitpunkt der Interviews zwischen zwei und drei Jahren aktiv, zwei Befragte waren ehemalige Mitglieder des Jugendgemeinderats. Eine Befragte übernahm als stellvertretende Sprecherin ein Amt mit besonderer Funktion im Jugendgemeinderat.

Ausgewählt wurden die Interviewpartner\*innen in Zusammenarbeit mit dem Jugendbeauftragten der Stadt Weingarten mit dem Ziel, trotz der sehr begrenzten Interviewanzahl ein möglichst breites Bild zu erhalten. Um dies sicherzustellen wurden nach den von außen erkennbaren Unterscheidungsmerkmalen von Alter, Erfahrung in der Arbeit im Jugendgemeinderat, Geschlecht und besuchter Schulart unterschiedliche Jugendliche ausgewählt. Die Befragten wurden dann per Email kontaktiert. Die Interviews wurden im Haus der Familie (städtisches Jugendzentrum) in Weingarten durchgeführt.

Die nachfolgende Tabelle (Tab. 4) dokumentiert alle verwendeten Personenbezeichnungen.

Person	Kürzel
Interviewer 1	I1
Interviewer 2	I2
Befragte Person Interview 1	A1
Befragte Person Interview 2	A2
Befragte Person Interview 3	A3
Befragte Person Interview 4	A4

*Tabelle 4 Bezeichnung der Interviewbeteiligten Teilprojekt Jugendgemeinderat*

## Datenaufbereitung

Die Daten der vier durchgeführten Interviews wurden mit Zustimmung aller Beteiligten mithilfe zweier Smartphones aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Transkription erfolgte nach den von Dresing und Pehl (2018) aufgestellten Transkriptionsregeln. Dabei wird ausschließlich der gesprochene Inhalt erfasst, während Dialekte ins Hochdeutsche übertragen werden. Gestik, Mimik und andere nonverbale Kommunikationsformen werden nicht in das Transkript aufgenommen, es sei denn, sie sind für das Verständnis von besonderer Relevanz. Zudem sind alle personenbezogenen Daten sowie Informationen, die Rückschlüsse auf einzelne Personen zulassen könnten, anonymisiert dargestellt (vgl. Dresing/ Pehl 2018: 20ff.).

Ergänzend zu den Transkriptionsregeln wurden folgende Vorkehrungen zur Anonymisierung getroffen:

- Alle Namen wurden entfernt.
- Bei den Schulen werden nur Schultypen nicht aber deren Name genannt.
- Funktionsträger der Stadt Weingarten werden mit ihrer Funktionsbezeichnung benannt (z. B. Oberbürgermeister).

## Auswertung

Wie im Teilprojekt Studierende wurde ein Verfahren, angelehnt an die strukturierte Inhaltsanalyse nach Mayring verwendet. Vor allem die deduktive Bildung von Kategorien ist hieraus entliehen. Die Codierung der Transkripte erfolgte ebenfalls in MaxQDA. Beschrieben werden im Folgenden das angewendete Kategoriensystem, das Auswertungsprogramm MaxQDA sowie die Zuordnung der codierten Stellen zu den einzelnen Unterkapiteln der Ergebnisdarstellung im nächsten Kapitel (6.3).

## Kategoriensystem

In der Auswertung wurden insgesamt 19 Kategorien angelegt, die sich in Ober- und Unterkategorien aufteilen. Dazu wurden insgesamt zwölf Oberkategorien gebildet, drei davon enthielten Unterkategorien. Die Kategorien wurden deduktiv aus den Themen des Leitfadens abgeleitet. Im Folgenden sind alle Ober- und Unterkategorien kurz beschrieben und tabellarisch aufgelistet. Dies gewährleistet die Nachvollziehbarkeit, welche Textstellen welchem Code zugeordnet wurden, und ermöglicht eine klare sowie direkte Auswertung der entsprechenden Interviewpassagen (vgl. Döring/ Bortz 2023: 545).

1. Begriff Partizipation	Umfasst Äußerungen zum Verständnis der Befragten von Partizipation.
2. Motive für das Engagement	Interviewte nennen einen Aspekt, der sie vor oder während ihrer Mitgliedschaft motiviert haben sich im JGR zu engagieren.
3. Ziele/Themen	Interviewte nennen Themen oder Ziele, die sie im oder mit dem JGR verfolgen
4. Themenauswahl	Umfasst alle genannten Themen des JGR
4.1 Themenauswahl Akteure	Die Befragten nennen Akteure die die Themenauswahl mit beeinflussen

4.2 Themenauswahl Prozesse	Die Befragten beschreiben den Ablauf, wie verschiedene Themen des JGRs ausgewählt werden.
5. Meinungsbildung, Standpunkte	Interviewte beschreiben allgemeine Möglichkeiten der Meinungsbildung,
5.1 Meinungsbildung Akteure	Es werden einzelne Akteure explizit genannt, die die Meinung der JGR-Mitglieder mit beeinflussen oder bestimmen
5.2 Meinungsbildung Prozesse	Interviewte beschreiben, Information-, Diskussions-, und Meinungsbildungsprozesse innerhalb des JGR
6. Entscheidungen	Befasst sich mit den getroffenen Entscheidungen, und wie sich die JGR-Mitglieder mit diesen Entscheidungen fühlen
6.1 Berücksichtigung Gemeinderat	Die Interviewten beschreiben, wie die Mitglieder des JGR den Umgang des Gemeinderats mit ihren Ergebnissen wahrnehmen, indem sie verschiedene Aspekte benennen, bewerten oder erläutern.
6.2 Berücksichtigung Stadtverwaltung	Die Interviewte beschreiben, wie die Mitglieder des JGR den Umgang der Stadtverwaltung mit ihren Ergebnissen wahrnehmen, indem sie verschiedene Aspekte benennen, bewerten oder erläutern
6.3 Sonstige Auswirkungen	Befasst sich mit sonstigen entscheidungsrelevanten Möglichkeiten.
7. Bewertung Einfluss JGR insgesamt	Die Interviewten bewerten den Einfluss, den sie durch den JGR ausüben, sowohl in Bezug auf die städtische Politik insgesamt als auch über den JGR hinaus auf den Einfluss Jugendlicher in der Stadt.
8. Förderfaktoren	Umfasst alle Äußerungen, die sich auf Faktoren beziehen, die die Einflussnahme der JGR-Mitglieder stärken.
9. Hemmfaktoren	Umfasst alle Äußerungen, die sich auf Faktoren beziehen, die die Einflussnahme der JGR-Mitglieder einschränken oder verhindern.
10. Verbesserungsvorschläge	Die Interviewten benennen oder beschreiben mögliche Veränderungen in der Struktur, den Abläufen oder der Einbindung des JGR, um dessen Wirksamkeit zu verbessern.

11. Beispiele	Interviewte benennen konkrete Aktivitäten, Projekte und Ähnliches des JGR
12. Sonstige	Umfasst alle weiteren wichtige Aspekte und Äußerungen der Befragten

*Tabelle 5 Kategoriensystem Teilprojekt Jugendgemeinderat*

## MaxQDA

Die Codierung der Transkripte der Interviews erfolgte, wie auch unter 5.2 beschrieben, unter Verwendung der Software MaxQDA.

Bei der Codierung der Interviewpassagen ergab sich die Problematik, dass einige Passagen nicht eindeutig den verschiedenen Phasen der Entscheidungsfindung zuzuordnen waren. Aus diesem Grund wurde zur Darstellung der Ergebnisse auf die Unterteilung nach Themenauswahl, Bearbeitung und Ergebnissen verzichtet und stattdessen folgende neue thematische Gliederung gewählt: Motivation, Akteur\*innen, Themen, Vorgehensweisen, Gesamtbewertung. Diesen Abschnitten sind die Kategorien, wie in Tabelle 6 beschrieben, zugeordnet.

Abschnitt	Zugeordnete Codes
Motivation	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Begriff Partizipation</li> <li>2. Motive fürs Engagement</li> <li>3. Ziele/Themen</li> </ol>
Akteur*innen	<ol style="list-style-type: none"> <li>4.1 Themenauswahl Akteure</li> <li>5.1 Meinungsbildung Akteure</li> <li>6.1 Berücksichtigung Gemeinderat</li> <li>6.2 Berücksichtigung Stadtverwaltung</li> </ol> Ergänzend: <ol style="list-style-type: none"> <li>4. Themenauswahl</li> <li>5. Meinungsbildung</li> <li>6. Entscheidungen</li> </ol>
Themen	11. Beispiele
Vorgehensweisen	<ol style="list-style-type: none"> <li>4.2 Themenauswahl Prozesse</li> <li>5.2 Meinungsbildung Prozesse</li> <li>6.3 Sonstige Auswirkungen</li> </ol> Ergänzend:

	4. Themenauswahl 5. Meinungsbildung 6. Entscheidungen
Gesamtbewertung	7. Bewertung Einfluss JGR insgesamt 8. Förderfaktoren 9. Hemmfaktoren 10. Verbesserungsvorschläge 12. Sonstige

*Tabelle 6 Zuordnung der Codierungen zu den Abschnitten der Darstellung im Ergebnisteil.*

## 6. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei Teilprojekte – Schule, Studierende und Jugendgemeinderat– vorgestellt. Dabei stehen sowohl die individuellen Ansätze und Zielsetzungen der jeweiligen Projekte als auch die übergreifenden Herausforderungen und Potenziale im Mittelpunkt.

### 6.1 Teilprojekt Schule

Insbesondere im Unterprojekt der Schussentalschule wird der methodische Ansatz der Aktionsforschung verfolgt, da dieser darauf abzielt, praktische Probleme durch systematische Reflexion und kontinuierliche Verbesserung zu lösen (vgl. Unger 2014). Ziel ist es, Perspektiven der Dritt- und Viertklässler\*innen einzubeziehen und dadurch ein bedarfsorientiertes Konzept für die zukünftige Schulgestaltung zu entwickeln. Insgesamt haben elf Kinder teilgenommen. Besonders berücksichtigt wurde ein Kind mit Autismus, das nicht verbal kommuniziert. Um sicherzustellen, dass auch dieses Kind seine Ideen einbringen konnte, wurden alternative Kommunikationsmethoden eingesetzt.

Die Kinder der Schussentalschule wurden mit der Methode der „Zukunftswerkstatt“ eingebunden, um Ideen für den neuen Schulbau zu entwickeln. Diese Methode ist für das Teilprojekt passend, da sie laut De Haan und Bergier „eine partizipative Strategie [ist], die insbesondere für die Entwicklung von Ideen für eine künftige nachhaltige Entwicklung ideal ist und in kurzen Zeiträumen durchgeführt werden kann“ (De Haan und Bergier 2013: 49). Anhand der Zukunftswerkstatt sollen die Kinder ihre Perspektiven auf zukünftige Entwicklungen artikulieren und diese anschließend pragmatisch bearbeiten (vgl. Anselm et al. 2021). Die Methode ist nach LEU (2003) in mehrere Phasen unterteilt: Einführungsphase, Kritikphase, Phantasiephase, Realisierungsphase und Nachbereitungsphase. Aufgrund des begrenzten Zeitrahmens konzentrierte sich das Projekt auf die ersten drei Phasen.

In der Einführungsphase wurden die Kinder auf einen Perspektivwechsel vorbereitet, sodass sie ihre eigene Schulsituation reflektieren konnten. Daran schloss die Kritikphase an, in welcher gemeinsam bestehende Probleme und Veränderungswünsche gesammelt wurden. Schließlich entwickelten die Lernenden in der Phantasiephase konkrete Wünsche und Visionen, um die identifizierten Probleme zu beheben. Als besonderes Ergebnis der Zukunftswerkstatt wurde ein „Superwunsch“ formuliert, der die zentralen Anliegen der Kinder zusammenfasst und von diesen hervorgehoben wird (vgl. LEU 2003: 88ff.).

Die methodische Umsetzung diente dazu, die Wünsche und Vorstellungen der Schüler\*innen der Schussentalschule systematisch zu erfassen und ihre Ideen in die zukünftige Schulplanung zu integrieren. Für diesen Prozess wurden ein vorbereitetes Modell eines Schulgebäudes sowie auf Plakate gedruckte Bilder eines Klassenzimmers und eines Schulgebäudes bereitgestellt. Die Schüler\*innen wurden dazu angeleitet, ihre idealen Vorstellungen von Klassenzimmern, Lernumgebungen und dem Gesamtschulgebäude zu formulieren. Dabei wurde gezielt darauf geachtet, sowohl funktionale als auch ästhetische Aspekte einzubeziehen, um ein umfassendes Bild ihrer Wünsche zu erhalten.

Die Plakate und das Modell ermöglichten es den Mitwirkenden, ihre Ideen visuell darzustellen und zu konkretisieren. Dies erleichterte es, die individuellen Bedürfnisse und Prioritäten der Kinder in Bezug auf ihre zukünftige Lernumgebung zu identifizieren.

Die erhobenen Informationen wurden dokumentiert und mithilfe einer selbst entwickelten Methode ausgewertet, die sich an den Prinzipien der deduktiven Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) orientiert. Während Mayrings Ansatz eine umfassende und detaillierte Herangehensweise bietet, war für unser Vorhaben eine flexiblere und effizientere Methode erforderlich, die sich besser auf den begrenzten Zeitrahmen und die konkrete Zielsetzung der Analyse abstimmen ließ. Ein wesentlicher Grund für die Entwicklung einer eigenen Methode war die Notwendigkeit, die qualitativen Daten schnell und präzise auszuwerten, ohne dabei die wissenschaftliche Fundierung und Systematik zu vernachlässigen. Zudem war es entscheidend, die Besonderheiten des Kontextes – insbesondere die Perspektiven der Schüler\*innen und die thematische Ausrichtung auf die Schulgestaltung – in die Methodik zu integrieren. Die eigens entwickelte Methode bot somit die Möglichkeit, relevante Inhalte zielgerichtet zu analysieren und gleichzeitig den pragmatischen Anforderungen des Projekts gerecht zu werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse dienen als Grundlage für die Entwicklung konkreter Empfehlungen zur weiteren Schulgestaltung. Sie werden der Stadt Weingarten und der Schulleitung der Schussentalschule bereitgestellt, um eine bedarfsorientierte und partizipative Planung zu ermöglichen. Dieser methodische Ansatz gewährleistet, dass die Perspektiven der Schüler\*innen aktiv in den Planungsprozess integriert werden, um eine ihren Bedürfnissen und Anforderungen entsprechende Schulumgebung zu schaffen.

Die erhobenen Daten wurden durch die entwickelte Methode ausgewertet, die sich an den Prinzipien der deduktiven Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) orientiert. Grundlage der Analyse bildeten die während der Projekttag angefertigten Protokolle sowie die Ergebnisse der kreativen Arbeitsphasen. Die Auswertung erfolgte anhand zuvor definierter Kategorien und Unterkategorien, die auf die spezifischen Themen des Projekts abgestimmt wurden. Die Ergebnisse wurden systematisch den Kategorien „Perspektivwechsel“, „Veränderungswünsche“, „Gestaltungsideen“ und „Superwunsch“ zugeordnet, um eine strukturierte Grundlage für die weitere Planung zu schaffen.

Im Bereich des Perspektivwechsels zeigte sich, dass die Mehrheit der Kinder die Trennung der Schulgruppen kritisch bewertete. Neun von zwölf Kindern äußerten den Wunsch, die Schulgruppen wieder zusammenzuführen, da dies den sozialen Kontakt zu Geschwistern und älteren Kindern ermögliche, die häufig als Schutz wahrgenommen wurden. Ein Kind sprach sich jedoch gegen die Zusammenführung aus und begründete dies mit negativen Erfahrungen wie Mobbing. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass soziale Beziehungen einen zentralen Einfluss auf die Schulzufriedenheit der Kinder haben.

Die Veränderungswünsche der Kinder bezogen sich sowohl auf die Schulzusammenführung als auch auf die räumliche Gestaltung. Neben der Wiederzusammenführung nannten die Kinder Verbesserungen im Bereich der Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten, darunter den Wunsch nach einem überdachten Pausenbereich, der bei Regen genutzt werden könne.

Außerdem wurden Rückzugsorte gefordert, die sowohl die individuelle als auch die gemeinschaftliche Nutzung ermöglichen.

Die Gestaltungsideen der Kinder umfassten vielfältige Vorschläge für den Pausenhof, das Schulgebäude und das Klassenzimmer. Für den Pausenhof wünschten sich die Kinder Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten wie ein Baumhaus, ein Trampolin, eine Schaukel, ein Klettergerüst, einen Fußballplatz und ein Karussell. Diese Vorschläge spiegeln den Wunsch nach abwechslungsreichen Freizeitangeboten wider. Für das Schulgebäude äußerten die Kinder spezifische Anforderungen, darunter funktionale Räume wie eine Schwimmhalle, eine Sporthalle, einen Technikraum, einen Kopierraum und eine Küche. Farblich bevorzugten die Kinder eine blaue oder rote Fassade. Die Vorstellungen für das Klassenzimmer beinhalteten Sitzsäcke, Spielregale, digitale Geräte wie iPads und eine Wand für kreative Arbeiten. Besonders auffällig war der Wunsch nach Räumen, die sowohl für Rückzug als auch für gemeinschaftliche Aktivitäten geeignet sind.

Die Ergebnisse der kreativen Arbeitsphasen wurden durch eine abschließende Abstimmung ergänzt, bei der die Kinder ihre Prioritäten in Form eines „Superwunsches“ festlegten. Das Baumhaus erhielt dabei die meisten Stimmen, gefolgt von einer E-Roller-Garage und einem Klettergerüst. Diese Priorisierung zeigt, dass die Kinder großen Wert auf spielerische und kreative Elemente in ihrer zukünftigen Lernumgebung legen.

Die Analyse der erhobenen Daten zeigte, dass die Schüler\*innen nicht nur detaillierte Vorstellungen zu ihrer zukünftigen Schule entwickelten, sondern auch soziale und räumliche Aspekte gleichermaßen betonten.

Die dokumentierten Ergebnisse wurden der Klasse und der zuständigen Lehrkraft präsentiert, um die Schüler\*innen über den Stand der Analyse zu informieren und die Transparenz im Prozess zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse an die Schulleitung der Schussentalschule übermittelt, und es fand ein Gespräch mit der stellvertretenden Schulleitung statt, um die zentralen Erkenntnisse zu besprechen und mögliche nächste Schritte zu planen. Ein persönliches Gespräch mit der Stadt Weingarten fand trotz großer Bemühung nicht statt, da uns kein zuständiger Kontakt weitergeleitet wurde. Laut der stellvertretenden Schulleitung seien die erzielten Ergebnisse weitgehend praktikabel und umsetzbar. Insbesondere die vorgeschlagenen Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für das Außengelände würden sich ihrer Einschätzung nach sinnvoll in die Planung der neuen Schule integrieren lassen. Die von den Kindern genannten Ideen, wie eine Schaukel, ein Klettergerüst oder ein Bolzplatz, seien realistisch und daher umsetzbar. Die erarbeiteten Vorschläge würden nach ihrer Aussage in die zukünftige Schulplanung einfließen. Zudem erhoffe sie sich, die Umsetzung der Ergebnisse in Zusammenarbeit mit dem Schulträger realisieren zu können.

Die von den Schüler\*innen gewünschten Fachräume, darunter eine Turnhalle und eine Schulküche, seien essenziell für die Erfüllung des Bildungsauftrags und müssten daher am neuen Schulstandort berücksichtigt werden. Darüber hinaus würden die gewonnenen Erkenntnisse bereits in die aktuelle Raumgestaltung der Schule am Martinsberg einfließen.

Die Ergebnisse würden durch die Schulleitung an die Stadt Weingarten weitergeleitet, um die Planung auf einer breiteren Ebene bedarfsorientiert und partizipativ fortzuführen.

Dieser Ansatz stellte sicher, dass die Perspektiven der Schüler\*innen in die Entscheidungsprozesse einfließen und die Schulgestaltung sowohl ihre Wünsche als auch ihre Bedürfnisse berücksichtigt. Das Teilprojekt Schule hat gezeigt, dass bereits junge Kinder aktiv an Planungsprozessen mitwirken können. Die Erfahrungen und Erkenntnisse bilden zudem eine wichtige Grundlage für die folgenden Teilprojekte, in denen Beteiligung mit älteren Zielgruppen evaluiert wurde.

## 6.2 Teilprojekt Studierende

Im folgenden Abschnitt wird die Auswertung der durchgeführten Interviews präsentiert. Die Analyse basiert auf den zentralen Aussagen der Interviewpartner\*innen und wird durch die entsprechenden Textstellen (siehe Anhang), die zur Veranschaulichung der Ergebnisse dienen, unterstützt. Diese Textstellen sind im weiteren Verlauf kursiv hervorgehoben, um eine klare Trennung zwischen den Ausführungen und der Analyse zu gewährleisten.

### **Einflussmöglichkeiten**

Die Interviewpassagen thematisieren die Einflussmöglichkeiten und die Partizipation von Studierenden in der Stadt Weingarten. Insgesamt zeigte sich in der Auswertung ein differenziertes Bild: Einerseits berichten interviewte Studierende, dass sie sich an keine partizipativen und transparenten Workshops erinnern könnten. Sie nahmen es so wahr, dass die Partizipation der Studierenden in Bereichen wie der Stadt- und Radwegplanung praktisch nicht vorhanden sei. Es wurde zudem kritisiert, dass Beteiligung oft nur nutzenfokussiert sei, also nur dann erfolge, wenn die Stadt selbst davon profitiere. Ein Beispiel für ein offenes Gesprächsangebot in der Mensa wurde jedoch erwähnt.

*„Es gibt ja eine Stadtplanung, die unter anderem ja auch die Radwege plant, die ich sag das jetzt mal urbane Entwicklung plant wie Fußwege usw. Partizipation der Studierenden ist gleich Null in den Bereichen“ (B3, Pos. 16).*

Auf der anderen Seite betonte die kommunale Hochschulbeauftragte der Stadt Weingarten die Bedeutung von Partizipation auf verschiedenen Ebenen. Sie erläuterte, dass Partizipation grundsätzlich in vielen Bereichen der Stadtverwaltung wie Flächennutzung, Verkehrsplanung oder sozialer Infrastruktur eine Rolle spiele, wobei sowohl die gesamte Bürgerschaft als auch spezifisch die Studierenden eingebunden würden.

Beispiele dafür seien die aktive Einladung der Studierenden zu einer Bürgerveranstaltung zur Parkraumgestaltung, die Erstsemesterkampagne zur Anmeldung des Erstwohnsitzes, die in Zusammenarbeit mit Studierenden gestaltet worden sei, sowie verschiedene Veranstaltungen wie der „Studis Splash“, das „Holi Hai Farbenfest“ und das „BasilikaBeats Festival“.

Diese Formate seien oft in Kooperation mit Studierendeninitiativen und auf deren Wunsch hin entstanden. Während der Corona-Pandemie hätten sich partizipative Ansätze auf sporadische Impulsversuche beschränkt, etwa durch Arbeitskreise.

*„Also eigentlich oder grundsätzlich kann man sagen, dass in jedem Bereich der Stadtverwaltung Partizipation stattfindet und eben insgesamt eine ganz große Rolle spielt. Da geht es auch oft um Partizipation von allen Bürgerinnen und Bürgern, also eben inklusive der Studierendenschaft. Und dann geht es aber auch teilweise auch um Partizipation, explizit für Studierende“ (B4, Pos. 2).*

*„Und dann einfach noch Beispiele zum Thema Veranstaltungen. Also wir haben in den letzten zwei Jahren verschiedene Veranstaltungen ins Leben gerufen, in Zusammenarbeit mit der Stadt und eben verschiedenen Studierenden oder Studierendenvereinen, die immer auf Wunsch der Studierenden auch entstanden sind. Das ist zum einen der Studis Splash, das ist eine Veranstaltung im Weingartener Freibad“ (B4, Pos. 8).*

Arbeitskreise wurden von den Studierendenvertretungen als reaktiv beschrieben, häufig ins Leben gerufen, um konkrete Probleme wie die Partykultur oder das studentische Leben zu adressieren. Der Erfolg dieser Arbeitskreise wurde unterschiedlich eingeschätzt. Der Hochschulausschuss, in dem Vertreter der Hochschulen, der Stadt und der Studierendenschaften zusammenkommen, diene primär als Austauschgremium, werde jedoch nicht als Ort für verbindliche Beschlüsse angesehen.

*„Da merkt man es auch ein bisschen schon diese Arbeitskreise, wo ich zumindest drin war, waren immer so ein Stück weit so aus einer Not aus entstanden, das heißt man hat ein Problem und dann hat man versucht sich irgendwie zusammzusetzen mit allen Parteien und da dann halt auch irgendwelche Lösung zu finden was manchmal mehr und manchmal weniger vielleicht funktioniert hat“ (B2, Pos. 4).*

## **Beteiligungsformen**

Ein Beispiel für eine Beteiligungsmöglichkeit sei ein offenes Gesprächsangebot gewesen, das in der Mensa stattgefunden habe. Darüber hinaus wurde betont, dass die Stadt über Gremienarbeit und Ausschüsse Partizipationsmöglichkeiten biete, ebenso wie durch die allgemeine Bürgerbeteiligung, die als feste Praxis in der Stadt etabliert sei.

Ein zentrales Format sei der Hochschulausschuss, der sich einmal pro Semester treffe. Hier kämen alle relevanten Akteure der Hochschulstadt zusammen, um Themen zu diskutieren und aktiv an Entscheidungen mitzuwirken. Ein konkretes Beispiel für Gremienarbeit sei die Arbeitsgruppe „Studentische Party-Locations“, die ins Leben gerufen worden sei, nachdem die Mensa nicht mehr als Veranstaltungsort zur Verfügung gestanden habe. In dieser Arbeitsgruppe hätten Vertreter der Studierendenschaft, der Hochschulen und der Stadtverwaltung gemeinsam an der Suche nach alternativen Locations gearbeitet.

Dazu seien potenzielle Orte auf einem Stadtplan identifiziert worden, Arbeitsaufträge verteilt und die Ergebnisse anschließend besprochen worden.

*„Also der erste Bereich, das habe ich schon erwähnt, ist die Gremienarbeit, sprich zum Beispiel die Arbeit im Hochschulausschuss der Stadt Weingarten. (...) Und dann zum Beispiel auch zum Thema Gremienarbeit die Arbeitsgruppe Studentische Party Locations als ein Beispiel“ (B4, Pos. 8).*

Jedoch wurden auch Herausforderungen deutlich: Die Möglichkeiten der Partizipation hingen stark von der Lebenssituation der Studierenden ab, etwa davon, ob sie dauerhaft in Weingarten lebten, pendelten oder nur für eine begrenzte Zeit vor Ort seien. Außerdem biete der Gemeinderat nur eingeschränkte Beteiligungsmöglichkeiten, da Studierende altersmäßig oft weder in den großen Gemeinderat noch in den Jugendgemeinderat passten. Für viele bleibe die Partizipation daher auf die Studierendenschaften beschränkt.

Hier stelle sich jedoch die Frage, wie leicht es sei, in relevante Ämter zu gelangen, und welchen tatsächlichen Einfluss Studierende dort ausüben könnten.

*„Wie man sich aber einbringen kann, geht glaub ich im Endeffekt nur wie du es grad eben schon gemeint hast über den Gemeinderat, wofür die Studierenden eigentlich aber entweder zu jung für den großen Gemeinderat oder zu alt für den kleinen Gemeinderat sind. Es heißt es bleibt eigentlich nur noch die Studierendenschaft oder über die Studierendenschaften, die wir in Weingarten haben, und da ist dann auch die Frage, wie komme ich in die Ämter, wo ich es dann auch bewegen kann, und was bringt mir das dann im Endeffekt vielleicht auch“ (B2, Pos. 2).*

### **Wahrgenommene Hindernisse**

Bei der Einbindung von Studierenden zu den wahrgenommenen Hindernissen betonten die Befragten, dass die begrenzte Aufenthaltsdauer der Studierenden an der Hochschule eine zentrale Herausforderung für die Stadt darstelle. In der Regel seien Studierende nur drei bis fünf Jahre vor Ort, was bedeute, dass kontinuierlich neue Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse. Dies umfasse vor allem die Erklärung von Zuständigkeiten und Abläufen, beispielsweise darüber, welche Anliegen bei der Stadt Weingarten eingebracht werden könnten und welche nicht in deren Verantwortungsbereich fielen, da sie beispielsweise auf Landesebene geregelt würden. Diese Notwendigkeit, immer wieder von Neuem zu beginnen, werde als ein dauerhaftes Hindernis wahrgenommen. Gleichzeitig wurde betont, dass die Einbindung von Studierenden eine Win-Win-Situation darstellen könne, da sie die Zusammenarbeit, das Vertrauen und die gegenseitige Akzeptanz stärke.

*„Die größte Herausforderung besteht tatsächlich darin, dass Studierende nur für eine begrenzte Zeit an der Hochschule sind. Das bedeutet so zwischen in der Regel drei und fünf Jahre ist ein Studierender an der Hochschule. Und für uns bedeutet das, dass wir eigentlich immer wieder neue Aufklärungsarbeit leisten müssen“ (B4, Pos. 6).*

### **Wahrgenommene Hindernisse – Zugang zu Informationen**

Die wahrgenommenen Hindernisse der Studierenden im Zugang zu Informationen verdeutlichen folgende Punkte. Es wird angemerkt, dass es Defizite in der Kommunikation gebe sowie ein Mangel an Gleichwertigkeit im Stadtrat wahrgenommen werde.

*„Die Kommunikation, die Werbung und dann auch die Gleichwertigkeit im Stadtrat sehe ich nicht“ (B1, Pos. 10).*

Andererseits wurde betont, dass die Stadt grundsätzlich offen für neue Impulse sei. Ergebnisse oder Vorschläge, die die Stadt erreichten, würden ernst genommen und nach Möglichkeit in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden.

*„Ja, also natürlich sind wir als Stadt immer offen für neue Impulse. Und wenn uns solche Ergebnisse erreichen, dann nehmen wir die natürlich ernst und versuchen die auch in die Planungs- und Entscheidungsprozesse mit einzubinden“ (B4, Pos. 10).*

### **Wahrgenommene Hindernisse – Unzureichende Transparenz der Prozesse**

Die Aussagen zu den wahrgenommenen Hindernissen in Bezug auf die Transparenz der Prozesse zeigen, dass Unklarheit darüber bestehe, wie Studierende erreicht werden könnten. Zudem wurde kritisiert, dass nur wenige Personen in relevante Gremien gewählt würden und die Prozesse dadurch von einzelnen Personen geführt würden. Diese würden von den befragten Studierenden als äußerst intransparent wahrgenommen, wodurch bei ihnen das Gefühl fehle, tatsächlich mitwirken zu können.

*„Ich wüsste auch nicht auf welchen Kommunikationsweg die mich erreichen“ (B1, Pos. 8).*

*„(...) transparent, das bedeutet, ich persönlich hatte noch nie wirklich das Gefühl mitwirken zu dürfen“ (B1, Pos. 10).*

### **Wahrgenommene Hindernisse – Kommunikation**

In der Kategorie „Wahrgenommene Hindernisse“ im Bereich der Kommunikation wurden mehrere Problembereiche hervorgehoben. Es wurde bemängelt, dass oft andere Personen für die Studierenden sprächen, anstatt dass diese selbst aktiv eingebunden würden. Zudem habe in den letzten Semestern nur wenig Austausch zwischen der Stadt und den Studierenden stattgefunden, was als ausbaufähig beschrieben wurde. Die Beziehung zwischen Stadt und Studierenden würde als parallel existierende „Blackboxen“ bezeichnet, was die fehlende Transparenz und den unzureichenden Austausch verdeutliche.

*„Da fand in den letzten Semestern super wenig Austausch statt, das ist deutlich ausbaufähiger“ (B1, Pos. 6).*

Auf der anderen Seite gab es aus Sicht der Hochschulbeauftragten regelmäßige Treffen, wie den monatlichen „Jour fixe“ mit der Studierendenvertretung der Pädagogischen Hochschule und den Hochschulausschuss, der einmal pro Semester tagen würde und Vertreter\*innen der Stadt, der Hochschulen und der Studierenden vereinen würde.

Dennoch wurde von Studierenden kritisiert, dass Sitzungen häufig hinderlich für die Umsetzung konkreter Vorhaben seien. Es würde an effizienter Zusammenarbeit und einer Fokussierung auf praktische Ergebnisse fehlen.

*„Und aus meiner Sicht gibt es zum einen regelmäßigen Austausch mit den Studierenden und den Hochschulen. Sprich, ich habe beispielsweise einen Jour fixe mit der Studierendenvertretung der Pädagogischen Hochschule. Wir treffen uns einmal monatlich, um aktuelle Themen zu besprechen. Es gibt, wie gesagt, den Hochschulausschuss, der besteht aus Vertretern der Stadtverwaltung, inklusive unserem Oberbürgermeister“ (B4, Pos. 4).*

Ein weiteres Hindernis wurde in der mangelnden Berücksichtigung der Wünsche der Studierenden für eine lebendige Hochschulstadt gesehen. Anliegen wie offene Sport- und Begegnungsplätze würden zwar durch Demos hervorgebracht und teilweise diskutiert, führten aus Sicht der Studierenden jedoch zu keinen konkreten Veränderungen. Es habe Annäherungsversuche gegeben, die jedoch oft nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt hätten. Entscheidungen könnten von Studierenden eher beeinflusst als aktiv mitgestaltet werden, was die Kommunikations- und Partizipationsprobleme zusätzlich verstärke.

### **Wahrgenommene Hindernisse – Macht- und Herrschaftsstrukturen**

Die Aussagen zu den Hindernissen im Bereich der Macht- und Herrschaftsstrukturen zeigen, dass hierarchisches Denken und ungleiche Entscheidungsprozesse die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Studierenden einschränken können. Im Hochschulausschuss seien Studierende zahlenmäßig unterrepräsentiert, was die Diskussionen zugunsten anderer Akteure beeinflusse. Entscheidungen würden oft durch Vorurteile und die Interessen der ansässigen Bevölkerung geprägt, was die Anliegen der Studierenden, etwa zu Wohn- und Freizeitmöglichkeiten, erschwere. Arbeitskreise und lange Entscheidungsprozesse führten selten zu konkreten Ergebnissen, weshalb der Wunsch geäußert wurde, Vorschläge schneller und testweise umzusetzen.

*„Entscheidungen nicht getroffen, weil dann Studierende stigmatisiert eher unter so eine wilde Party-Szene eingestuft werden“ (B1, Pos. 12).*

*„Nenne ich das jetzt mal hierarchisches Denken. Von wegen ja, das muss aber in dem Gremium noch entschieden werden, das muss der und der noch entscheiden. Und so funktioniert aber nicht sozialer Raum, wo Menschen sich einbringen und auch sich entfalten“ (B3, Pos. 20).*

### **Wahrgenommene Hindernisse – Sonstiges**

Die besondere Situation in Weingarten wurde betont, da der Anteil der Studierenden in Relation zur Gesamtbevölkerung dort vergleichsweise hoch sei, was spezifische Herausforderungen in der Beziehung zwischen Stadt und Studierenden schaffen würde. Zudem wurde erwähnt, dass in einigen Themenfeldern zwar viele Ansätze versucht worden seien, deren Erfolg jedoch unterschiedlich ausfalle.

*„Ich glaube man muss also gerade in Weingarten, das ist finde ich eine sehr spezielle Situation da unten, wie ich es anfangs gesagt hab schon sehe, dass es relativ viele junge Leute sind in so einen kleinen Fleck, sag ich mal, also der prozentuale Anteil an Studierenden in Weingarten ist natürlich schon irgendwie höher als jetzt in Tübingen oder Stuttgart, was heißt, da ist es nochmal eine besondere Situation zwischen Stadt und Studierenden“ (B2, Pos. 10).*

### **Wahrnehmung der Stadt Weingarten durch Studierende**

In der Kategorie „Wahrnehmung der Stadt Weingarten durch Studierende“ wurde ein facettenreiches und überwiegend kritisches Bild durch die Studierenden vermittelt. Es wurde kritisiert, dass die Stadt nicht in der Lage sei, Bürger aktiv in Prozesse einzubinden und ihnen das Gefühl zu geben, Teil des Ganzen zu sein. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, auch in Bezug auf Studierende, wurde als mangelhaft beschrieben. Es wurde angemerkt, dass in städtischen Gremien oder bei Stadtplanungsprozessen selten die Meinungen der Studierenden eingeholt worden seien, beispielsweise durch Umfragen.

Die Stadt wird zudem als wenig transparent wahrgenommen, etwa in Bezug auf Entscheidungen der Wohnheime und Studierendenwerke. Die Teilnahme an öffentlichen Sitzungen, wie Gemeinderatssitzungen, würde durch hohe Hürden erschwert.

*„Ich glaube, dass Partizipation eine Grundhaltung sein muss, um alle Bürger einfach mitzunehmen. Und hier geht es jetzt bei eurer Arbeit primär um Studierende, aber das betrifft halt auch bürgerschaftliches Engagement, Vereine und so weiter und ich glaube, dass das alles letztlich die letzten Jahre einfach ausbleibt bei der Stadt“ (B3, Pos. 26).*

### **Perspektive der Stadt Weingarten**

Aus Sicht der Stadt wird die Einbindung der Studierenden als große Chance gesehen, um frische Impulse und innovative Ansätze zu gewinnen. Allerdings wurde bemängelt, dass die Teilnahme der Studierenden an Angeboten wie Bürgerveranstaltungen oft gering sei, obwohl diese Themen wie Radweggestaltung betreffen, die für Studierende relevant seien. Dies wurde teilweise auf die begrenzte Zeit der Studierenden in Weingarten und den damit verbundenen ständigen Wechsel zurückgeführt.

*„Also, wie schon gesagt, grundsätzlich finde ich es wichtig und sehe das als große Chance, die Studierenden einzubinden. Und ich kann das jetzt mal so aus Sicht von meiner Stelle sagen als Hochschulbeauftragte. Also meine Stelle gibt es jetzt seit zwei Jahren. Das bedeutet, die Stadt hat eine Stelle geschaffen vor zwei Jahren, die sich ausschließlich mit dem Thema Hochschulen beschäftigt. Und das ist ganz, ganz wichtig. Und da ist auch sehe ich auch da ist viel Bedarf da rund um dieses Thema. Und das war eben damals ein großer Schritt, diese Stelle zu schaffen und jemanden zu haben, der einfach den Fokus auf die Studierendenschaft und deren Anliegen legen kann. Und zwischenzeitlich hat sich tatsächlich ein sehr gutes Netzwerk aufgebaut, sowohl innerhalb der Stadt als auch in die Hochschulen, sodass wirklich eine gute Vernetzung zwischen allen Beteiligten möglich ist“ (B4, Pos. 14).*

*„Aus Sicht der Studierenden würde man sich als Stadt oder würden wir uns vielleicht manchmal wünschen, dass auch unsere Angebote mehr wahrgenommen werden“ (B4, Pos. 16).*

### **Verbesserungsvorschläge**

Zur Verbesserung der Partizipation der Studierenden in Weingarten wurden mehrere Vorschläge geäußert. Es wurde gefordert, grundlegende Strukturen für Partizipation einzuführen, um den Austausch mit der Stadt zu erleichtern. Eine verbesserte Kommunikation und Transparenz wurden dabei als zentral beschrieben. Vorgeschlagen wurden alternative Kommunikationskanäle wie Newsletter, transparente Berichterstattung und speziell auf Studierende zugeschnittene Workshops, um den Zugang zu Informationen zu verbessern.

Zusätzlich sollten Angebote geschaffen werden, die Studierende gezielt ansprechen und ihnen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln würden, etwa Workshops zu Themen wie Verkehrsplanung. Um die Bedürfnisse der Studierenden besser zu verstehen, würden Umfragen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen angeregt.

*„Grundlegende Partizipationsstrukturen, einfach eine Transparenz rein. Zu gucken, wo drückt der Schuh? Dann letztendlich ist jeder Student, der sich beschwert oder auch Bürger ist ja der wichtigste Punkt, dass man da ansetzt, wo der Mensch eigentlich etwas verändern möchte. Weil wenn ich mich über etwas beschwere, bin ich auch bereit, meinen Teil dazu beizutragen, dass sich etwas verändert. Und das ist ein Punkt, wo die Stadt, glaube ich, ansetzen muss“ (B3, Pos. 24).*

*„Ich glaube vor allem die Kommunikation und die Transparenz dieser Arbeit, die würde total vielen Studis das erleichtern da rein zu gehen also zu sehen was passiert schon, was ist passiert, wer ist involviert in die Prozesse und wo finden Austausch statt“ (B1, Pos. 16).*

Ein wichtiger Punkt sei die engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Studierenden, um Parallelstrukturen aufzubrechen. Gemeinsam gestaltete Projekte sollten die Mitwirkung der Studierenden fördern. Testweise Umsetzung konkreter Vorschläge könnte helfen, Prozesse zu beschleunigen und effektive Lösungen schneller zu finden. Insgesamt wurde eine strukturierte und gezielte Einbindung der Studierenden gefordert, um die Zusammenarbeit nachhaltig zu verbessern.

*„Ich glaube, eine Stadt und speziell jetzt in dem Fall eine Stadt Weingarten kann nicht ohne die Studierenden und ohne deren Bei-Tun oder deren Wohlwollen und deren Mitarbeit und umgekehrt aber auch, als ich mein als Studierender muss ich mich schon noch ein bisschen in die Gesellschaft einbringen, damit ich da auch mal ein Benefit draus ziehe und ich glaube, das ist das Hauptproblem eigentlich an der ganzen Sache“ (B2, Pos. 16).*

## **Finanzielle Möglichkeiten**

In den Aussagen der Studierenden wurde gezeigt, dass finanzielle Möglichkeiten eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Partizipationsangeboten spielen. Es wurde betont, dass für Partizipation Strukturen geschaffen werden müssten, die sowohl finanzielle als auch räumliche Ressourcen erforderten, ohne die eine Umsetzung schwierig sei. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass Partizipationsangebote auch mit Kosten verbunden seien und es wichtig sei, Zeit und Geld gezielt zu investieren, anstatt nur auf kostengünstige und öffentlichkeitswirksame Aktionen zu setzen.

*„Ich glaube nur, dass dafür halt auch Strukturen geschaffen werden müssen, wenn man partizipieren möchte und aber die Ressourcen weder finanzielle noch räumliche Ressourcen für Partizipationsmöglichkeiten hat“ (B3, Pos. 2).*

## **Potenziale der Studierendenbeteiligung in der Stadtentwicklung**

In den Aussagen von Seiten der Stadt wurde die Potenziale der Studierendenbeteiligung in der Stadtentwicklung betont. Studierende könnten kreative Impulse, innovative Lösungsansätze und unvoreingenommene Perspektiven einbringen, die die Entwicklung der Stadt bereichern würden. Für die Stadt sei die Zusammenarbeit besonders wertvoll, da sie Zugang zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, neuen Trends, Technologien und Konzepten erhalte, beispielsweise im Bereich Klima und nachhaltige Mobilität.

Gleichzeitig könnten Studierende praktische Erfahrungen sammeln und ihre Kompetenzen erweitern. Die Chancen dieser Zusammenarbeit wurden als deutlich größer eingeschätzt als die Herausforderungen.

*„Als Chance sehe ich grundsätzlich, dass die Zusammenarbeit mit Studierenden kreative Impulse und neue Perspektiven in die Entwicklung einer Stadt bringen kann. Und Studierende können einfach praktische Erfahrungen sammeln und natürlich auch ihre Kompetenzen erweitern. Sie können sich einbringen in ein städtisches Geschehen, was ich super wichtig finde. Und für uns als Stadt finde ich die Zusammenarbeit und die Partizipation super wichtig, weil Studierende oft unvoreingenommene Ansichten einbringen und auch ganz oft innovative Lösungsansätze haben. Dann natürlich auch die Einbindung von aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen“ (B4, Pos. 6).*

Die Interviews zeigen eine Kluft zwischen dem Selbstbild der Stadt Weingarten und der Wahrnehmung der Studierenden: Während die Stadt ihre Beteiligungsangebote betont, kritisieren Studierende mangelnde Transparenz, Wirksamkeit und Zugänglichkeit. Kurzzeitige Studienaufenthalte, komplexe Zuständigkeiten und schwache Kommunikation erschweren nach Ansicht der Studierenden und ihrer Vertretungen eine nachhaltige Beteiligung.

Dennoch besteht auf beiden Seiten Kooperationsbereitschaft. Um das Potenzial der Studierenden zu nutzen, braucht es transparente Kommunikation, niedrigschwellige Formate und eine strukturelle Verankerung von Partizipation. Die Erkenntnisse der Befragung bieten wichtige Impulse für die Weiterentwicklung wirksamer Beteiligungsformate.

## 6.3 Teilprojekt Jugendgemeinderat

Die zu diesem Teilprojekt geführten Interviews zielten auf Einblicke in die Perspektive der Mitglieder des Jugendgemeinderats auf ihre Partizipationsmöglichkeiten in der städtischen Politik und Verwaltung ab. Die Ergebnisse sind gegliedert nach beteiligten Akteuren, behandelten Themen, den Vorgehensweisen und der Gesamtbewertung des Jugendgemeinderats. Zunächst werden die Motive und Ziele dargestellt, die die Befragten im Jugendgemeinderat verfolgen.

### Warum engagieren sich Jugendliche im Jugendgemeinderat?

#### Motive für das Engagement

Die Motivationen der Befragten, sich im Jugendgemeinderat (JGR) zu engagieren, sind insgesamt sehr ähnlich gelagert. Zunächst berichten sie, sie hätten vom Jugendgemeinderat in der Schule im Rahmen der Wahlen in der achten Klasse erfahren. Zu der Entscheidung, sich selbst zur Wahl aufzustellen, führte das Interesse an Erfahrungen mit politischem Engagement. Zwei Befragte wurden von Lehrkräften oder Mitschüler\*innen ermuntert, Mitglied des JGR zu werden (A3, Pos. 11; A4, Pos. 17). Außerdem sehen zwei Befragte einen Zusammenhang zu anderweitigem ehrenamtlichem Engagement, das ihre Bereitschaft zur Kandidatur und Mitgliedschaft begünstigt habe (A2, Pos. 9; A3, Pos. 11). Alle Befragten wollen mit Engagement an der Gestaltung der Stadt mitwirken und sich insbesondere für die Belange von Jugendlichen einsetzen.

*„Doch eigentlich fände ich es schon cool, dass auch Jugendliche im Weingarten einfach was verändern können, was bewirken können, einfach auch Spaß haben können. Und dann habe ich mich aufstellen lassen. Und dann wurde ich tatsächlich auch gewählt“ (A3, Pos. 11).*

#### Verfolgte Ziele

Zur Zielsetzung ihres Engagements im Jugendgemeinderat nannten die Befragten übereinstimmend die Beachtung und Umsetzung von Wünschen Jugendlicher in der Stadt und deren Zufriedenheit.

*„...ich finde halt, dass wir Jugendlichen an dem Ganzen auch teilhaben sollten und auch beitragen sollten, was wir wissen, was wir wollen und dass wir da einfach alle zusammenhalten und uns gegenseitig helfen (A2, Pos. 11)“.*

#### Vorstellungen von politischer Partizipation

Unter politischer Partizipation stellen sich die Befragten vor, dass sie ihre Meinungen und Wünsche äußern können und diese von politischen Entscheidungsträger:innen beachtet werden (2, Pos. 11; A4, Pos. 23).

Dabei besteht auch ein Bewusstsein für die Einordnung des Jugendgemeinderats als kommunales politisches Gremium in das politische Gesamtsystem mit übergeordneten Entscheidungsgremien wie dem Landes- oder Bundestag (A3, Pos. 15).

*„Also ja, ich finde halt, dass wir Jugendlichen an dem Ganzen auch teilhaben sollten und auch beitragen sollten, was wir wissen, was wir wollen und dass wir da einfach alle zusammenhalten und uns gegenseitig helfen“ (A2, Pos 11).*

## **Wer beeinflusst die Arbeit des Jugendgemeinderats?**

### **Gewählte Mitglieder**

Die Befragten sehen sich als Mitglieder des Jugendgemeinderats im Stande, ihre eigenen Anliegen in den Jugendgemeinderat einzubringen und zu diskutieren (A1, Pos. 21; A3, Pos. 23; A4, Pos. 25). Diese Möglichkeit sei strukturell beispielsweise durch offene Tagesordnungspunkte sichergestellt (A3, Pos. 23). Allerdings besteht der Eindruck, dass die Mitglieder seltener selbst Themen initiierten und die Beschäftigung mit Themen, die von außen kommen, dominiere (A1, Pos. 33).

*„Also alle Teilnehmer vom Jugendgemeinderat können immer irgendwelche Anregungen oder Themen am Ende der Sitzung bringen. Da ist auch extra noch so ein offener Punkt, wo dann immer abgefragt wird, ob irgendwer irgendwas hat. Dann haben wir auch immer so kleinere Sitzungen, diese Arbeitsgruppentreffen. Da kann auch immer jeder was bringen“ (A3, Pos. 23).*

Manche Themen, die im Gemeinderat bearbeitet werden, würden von diesem nicht automatisch als relevant für Jugendliche eingeschätzt, beispielsweise im Fall der Routenwahl für Radschnellwege. In diesem Fall sei es nötig gewesen, dass Jugendliche selbst eine Auseinandersetzung mit dem Thema im Jugendgemeinderat einforderten. Diese Auseinandersetzung mit Diskussion und Stellungnahme sei dann aber kurzfristig ermöglicht worden (A1, Pos. 61).

Prinzipiell beschäftigt sich der Jugendgemeinderat mit den ausgewählten Themen durch Diskussion in seinen Sitzungen und vorbereitenden Arbeitsgruppentreffen sowie durch Beschlussfassung durch Abstimmung. Konkrete Vorgehensweisen dabei werden weiter unten beschrieben. Zum Einfluss der jugendlichen Mitglieder wurde in der Interviews angemerkt, dass die Diskussionen in den Arbeitsgruppentreffen offener und intensiver seien, da diese nicht vom Bürgermeister geleitet, sondern vom Jugendbeauftragten und der Geschäftsstelle Gremien moderiert würden (A1, Pos. 65, 67).

Eine Besonderheit bieten langfristige Projekte wie der Bau des Kickkäfigs. Da sich dessen Umsetzung über viele Jahre hingezogen hatten, waren die befragten Jugendlichen bei diesem Projekt als Quereinsteiger\*innen nur in fortgeschrittenen Phasen des Spendensammelns und der Fertigstellung des Projekts beteiligt (A3, Pos. 23). Die Fertigstellung sei ein großer Erfolg gewesen (A2, Pos. 35).

Für besondere Aufgaben würden einzelnen Mitgliedern des Jugendgemeinderats Funktionsrollen übertragen. Beispielsweise würden Sprecher\*innen des Jugendgemeinderats gewählt sowie Kontaktpersonen für die Fraktionen des Gemeinderats.

In der Wahrnehmung der Befragten tragen Sprecher\*innen eine besondere Verantwortung, weil sie die beispielsweise die Protokolle der Sitzungen unterzeichnen (A3, Pos. 7). Außerdem kommunizieren sie die Ergebnisse oder Standpunkte des Jugendgemeinderats, beispielsweise an den Gemeinderat. Dabei sei es wichtig, seinen eigenen Standpunkt hintanzustellen:

*„Also wir haben natürlich auch zwiegespalten und ich habe versucht, beide Positionen irgendwie begreiflich zu machen“ (A1, Pos. 89).*

### **Leitungs- und Betreuungspersonen**

Als am Jugendgemeinderat beteiligte Erwachsene werden der Oberbürgermeister, die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Gremien und der Jugendbeauftragte der Stadt Weingarten genannt (A1, Pos. 31).

Den Oberbürgermeister nehmen die Befragten in der Sitzungsleitung wahr. Er rufe die Themen der Tagesordnung auf und stelle bei Bedarf Kontakt zur Stadtverwaltung her (A1, Pos. 65; A2, Pos. 29). Ein befragtes Mitglied begründet die offeneren und intensiveren Diskussionen in den Arbeitsgruppentreffen mit seiner Abwesenheit (A1, Pos. 65).

*„Und in Arbeitsgruppentreffen [...] also da waren halt nicht die oberen da, sozusagen. Also natürlich [die Geschäftsstelle Gremien und der Jugendbeauftragte] aber jetzt nicht irgendwelche Bürgermeister oder so“ (A1, Pos. 67).*

Die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Gremien sei vor allem in der Organisation des Jugendgemeinderats, der Sitzungen und Arbeitsgruppentreffen und für die Kooperation mit einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung tätig (A4, Pos. 79).

Der Jugendbeauftragte sei schließlich ebenfalls in Arbeitsgruppentreffen beteiligt und initiiere Aktionen (A4, Pos. 79). Besonders in den Arbeitsgruppentreffen würden von ihm und der Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Gremien Leitlinien ausgehen. Sie äußerten dabei erste Einschätzungen zur Umsetzbarkeit von Anliegen, zum Beispiel hinsichtlich Finanzierung. Diese Einschätzung sei mit ausschlaggebend dafür, ob sich der Jugendgemeinderat mit einem Anliegen beschäftige oder nicht (A3, Pos. 33)

*„Dann haben wir natürlich auch was [die Geschäftsstelle Gremien oder der Jugendbeauftragte] dazu sagen. Und also ob die überhaupt denkt, dass es möglich wäre, das umzusetzen. Und dann muss man natürlich halt auch erstmal gucken, wieviel das kostet“ (A3, Pos. 29).*

### **Gemeinderat**

Der Gemeinderat tritt für die Befragten zu verschiedenen Anlässen im Jugendgemeinderat in Erscheinung. So spiele er bereits zu Beginn neuer Projekte eine wichtige Rolle. Größere Projekte wie der Kickkäfig bedürften der Zustimmung des Gemeinderats.

Für solche Entscheidungen müsste der Jugendgemeinderat das fragliche Projekt intensiv vorbereiten (A4, Pos. 39). Für ein solches Thema Zustimmung zu bekommen sei einfacher, wenn der Gemeinderat auch von dem Projekt betroffen und überzeugt sei (A1, Pos. 29).

Auch stimme die Einschätzung des Gemeinderats, ob Themen als jugendrelevant seien, nicht unbedingt mit der der Jugendlichen überein (A1, Pos. 61).

Ein direkter Kontakt mit den Gemeinderatsfraktionen sei zwar strukturell vorgesehen, werde aber von beiden Seiten nur wenig genutzt. Vertretungen der Gemeinderatsfraktionen in den Sitzungen des Jugendgemeinderats vermitteln aber das Gefühl beachtet zu werden (A1, Pos. 77). Mit Bezug zum Verlauf einer konkreten Anfrage zu einer Stellungnahme sieht ein befragtes Mitglied Berücksichtigung von Jugendlichen vor allem in Bekenntnissen des Gemeinderats zur Beteiligung durch den Jugendgemeinderat. Berücksichtigung in Entscheidungen des Gemeinderats seien hingegen nicht erkennbar (A1, Pos. 27, 111).

*„Das war dann ein bisschen so, okay die wollen uns und sie finden uns voll wichtig auf dem Papier und sie sagen es auch nochmal: Jugendgemeinderat und Jugendbeteiligung. Wir wollen die Stimmen von den Jugendlichen hören. Aber dann wirklich uns auch wirklich verstehen, habe ich nicht immer das Gefühl gehabt, dass es vom Gemeinderat kam“ (Interview 1, Pos. 27).*

Umgesetzte Projekte wie der Kickkäfig werden aber als gelungene Zusammenarbeit und positiv wahrgenommen (A2, Pos. 42).

### **Stadtverwaltung und weitere Expert\*innen**

Aus der Stadtverwaltung werden verschiedene Abteilungen in die Arbeit des Jugendgemeinderats einbezogen. Teilweise geschehe dies aufgrund der Anliegen der Jugendlichen oder anstehender Entscheidungen. In diesem Fall würden betroffene Abteilungen als Expert\*innen zur Information in die Sitzungen einbezogen. Einen solchen Austausch schätzten die Befragten wegen der neuen Sichtweisen (A3, Pos. 37). Außerdem würden einzelne Abteilungen die Umsetzung bestimmter Projekte erst ermöglichen (A3, Pos. 43).

*„Ein gutes Beispiel war jetzt dieser Radschnellweg. [...] Genau da wollte der Jugendgemeinderat auch noch mal ein bisschen genauer wissen, um was es da geht. Und dann wurden wir auch zur Stadt eingeladen. Da wurde uns das nochmal genauer vorgestellt und dann mussten wir auch eine Stellung dazu im Gemeinderat nehmen“ (A3, Pos. 43).*

Neben der Stadtverwaltung wurden weitere Expert\*innen wie Lehrkräfte, Schulleitungen und Tierärzt\*innen zu bestimmten Themen eingeladen (A2, Pos. 15, 23).

Ergänzend zu den themenspezifischen Einladungen seien auch regelmäßige Berichte, ausgehend von einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung oder anderen städtischen Akteuren, üblich. Genannt wurden Berichte über die Sanierung von Schulen, die Statistik der Polizei oder den städtischen Haushalt (A2, Pos. 15; A4, Pos. 45). Wie die Befragten diese Berichte finden, hänge von ihrer persönlichen Betroffenheit ab:

*„...der [für] die Bildung und für die Sanierung von den Schulen jetzt verantwortlich ist, war da und hat uns das Mal gezeigt, was da alles gemacht werden muss und wieviel es auch kostet und so. Das fand ich ganz interessant, weil es halt uns auch betrifft. Weil jetzt so Sachen wie, ich weiß jetzt nicht, wieviel Geld die Stadt Weingarten noch hat. Das ist doch schon interessant und so, aber das betrifft uns nicht aktuell. Und dann find ich persönlich für mich das jetzt auch nicht so interessant“ (A4, Pos. 49).*

### **Schüler\*innen, Jugendliche aus Weingarten**

Neben den aufgeführten kommunalpolitischen Akteuren rund um den Jugendgemeinderat könnten sich die von ihm repräsentierten Jugendlichen aus Weingarten mit ihren Anliegen melden. Befragte zeigten sich dafür grundsätzlich offen (A3, Pos. 23) und nannten Anliegen von Schüler\*innen der Realschule (A2, Pos. 21). Gleichzeitig stehe der Rückbezug zu eigenen Schulklassen oder Freundesgruppen, die die Mitglieder des Jugendgemeinderats gewählt haben, nicht im Vordergrund, beispielsweise weil Freund\*innen nicht aus Weingarten kämen (A4, Pos. 33).

*„Also ab und zu ist es dann auch in der Schule wieder aufgekommen, weil natürlich auch andere, wo im Jugendgemeinderat sind, natürlich auch in der Schule sind. Dann redet man natürlich auch in den Pausen so darüber, einfach so untereinander. Und dann kriegen es natürlich auch andere Schüler mit, wo nicht im Jugendgemeinderat sind. Und dann fragen die natürlich auch, was dieses Thema auf sich hat, um was es da genau geht und so, und interessieren sich dann auch dafür. Also da findet dann schon noch n Austausch zu den anderen noch statt“ (A3, Pos. 51).*

### **Welche Themen werden behandelt?**

Die Interviewten berichten über vielfältige Beispiele der Arbeit im Jugendgemeinderat. Die meisten Auseinandersetzungen mit Fragestellungen und Themen konzentrieren sich dabei auf Diskussionen in den Arbeitsgruppentreffen und Sitzungen. Diskutiert wurde über:

- Tierwohlaspekte beim Blutritt (Reiterprozession) mit dem verantwortlichen Tierarzt (A1, Pos. 89; A2, Pos. 23).
- Den Sicherheitsbericht der örtlichen Polizeidienststelle mit dem Polizeichef (A4, 45).
- Eine überdachte Bushaltestelle vor einer Schule mit den Verantwortlichen der Stadtverwaltung (A4, Pos. 66).
- Mögliche Verbesserungen an den örtlichen Schulen,
  - o Dabei ausgehend von den Schüler\*innen und Mitgliedern des Jugendgemeinderats über Sitzmöglichkeiten, Digitalisierung (A2, Pos. 17, 19).
  - o Ausgehend von der Stadtverwaltung über Sanierungsbedarfe und Finanzierung (A4, Pos. 49).

Bei einigen diskutierten Themen sehen die Befragten direkte Auswirkungen ihrer Diskussionen und Beschlüsse:

- Häufig wird über Anträge für Projektmittel aus dem Förderprogramm Demokratie-leben! abgestimmt. Zustimmungen haben die Finanzierung der Projekte zur Folge (A1, Pos. 21, 23).
- Ein Engagement für die Öffnung schulischer Sportanlagen in der Freizeit war erfolgreich. Die Umsetzung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, die für die Schließung der Anlagen verantwortlich ist (A1, Pos. 37).
- Ein Antrag an den Gemeinderat, eine Stellungnahme zu umstrittenen Rodungsmaßnahmen im Altdorfer Wald scheiterte an dessen Einschätzung, für dieses Thema nicht zuständig zu sein (A1, Pos. 27).
- Im Falle des Radschnellwegs folgte die Diskussion verschiedener Realisierungsvarianten mit Informationen durch die verantwortliche Abteilung der Stadtverwaltung zu einer Stellungnahme im Gemeinderat (A1, Pos. 53, 55; A3, Pos. 43).

Deutlich über die beschriebene Diskussion von Themen im Jugendgemeinderat hinaus ging das Projekt, den Kickkäfig zu planen und zu bauen. Die Befragten beschreiben dieses Projekt als besonders aufwändig und langwierig. Alle Befragten seien während dem laufenden Projekt in den Jugendgemeinderat gekommen. Der Gemeinderat habe dem Jugendgemeinderat die Verantwortung für die Umsetzung, insbesondere für die Finanzierung übertragen. Somit sei der Jugendgemeinderat hier auch nach dem Beschluss weiter für die Umsetzung verantwortlich. Die Befragten seien deshalb vor allem an der Suche nach Spendenpartner\*innen beteiligt gewesen (A2, Pos. 35). Die bauliche Realisierung und Eröffnung sei durch die Zusammenarbeit mit den Spender\*innen ein großer Erfolg gewesen (A2, Pos. 38). Spenden seien dabei mitunter auch durch einen Stand auf dem Nikolausmarkt der Stadt gesammelt worden, daneben bringe dieser Stand dem Nikolausmarkt insgesamt Aufmerksamkeit (A1, Pos. 99).

Ergänzend wurden weitere Aktivitäten des Jugendgemeinderats beschrieben:

- Es wurden Pullover für die Jugendgemeinderatsmitglieder designt und angeschafft (A1, Pos. 23; A2, Pos. 31).
- Mitglieder des Jugendgemeinderats nahmen beim Festumzug des Welfenfests (Stadtfest) als Welfenpaar teil (A3, Pos. 7).
- Mitglieder des Jugendgemeinderats seien bei der Langen Nacht der Demokratie (A4, Pos. 25), bei einer Ostereieraktion in Altenheimen (A4, Pos. 77) und im Rahmen einer selbstinitiierten Pflanzaktion aktiv gewesen (A1, Pos. 17).

## **Wie geht der Jugendgemeinderat vor?**

Trotz der Vielfalt beschreiben die Befragten eine grundlegende Vorgehensweise, der die Arbeit des Jugendgemeinderats in der Regel folge. Dabei würden neue Themen in Sitzungen oder Arbeitsgruppentreffen eingebracht, in Sitzungen unter einem offenen Tagesordnungspunkt (A1, Pos. 49; A3, Pos. 23). Dringende Themen könnten in einer kurzfristig angesetzten Sitzung bearbeitet werden (A1, Pos. 61).

Die Vorbereitung einer Diskussion oder Beschlussfassung finde in den Arbeitsgruppentreffen statt. Bei Bedarf würden daraufhin die Expert\*innen eingeladen (A2, Pos. 15). Auch die Umsetzbarkeitseinschätzung durch die betreuenden Erwachsenen erfolge in diesem Rahmen und sei entscheidend für die weiteren Aktivitäten (A3, Pos. 29).

In den anschließenden Sitzungen würden die Themen erneut diskutiert. Gegebenenfalls erfolge ein Austausch mit betroffenen externen Akteur\*innen. Auf die Diskussion folge eine Beschlussfassung durch Abstimmung (A2, Pos. 15, 27, 29).

*„Wir wollten unbedingt neue Jugendgemeinderatspullover haben und das haben wir dann im Arbeitsgruppentreffen angesprochen. Dann haben wir eine kleine Gruppe gemacht, wer die Logos designt. Dann sind wir damit in die Sitzung gegangen zum Bürgermeister, haben es auch mit dem noch besprochen. Dann haben wir abgestimmt, wie wir die Logos möchten und dann würde das alles immer weitergegeben“ (A2, Pos. 31).*

## **Gesamtbewertung des Jugendgemeinderats als Partizipationsangebot**

### **Gesamtbewertung**

Allgemein zeigten sich die Jugendlichen zufrieden mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten. So bewerteten sie ihre Erfahrungen als positiv und zufriedenstellend (A2, Pos. 33, 50; A3, Pos. 3, Pos. 41; A4, Pos. 59, 70). Außerdem sei der Jugendgemeinderat ein geeigneter Weg, um für eigene Projekte Unterstützung zu erhalten.

*„Ja und sonst der Jugendgemeinderat. Also für alle Projekte und so ist es eine großartige Möglichkeit, weil man da bei konkreten Projekten sehr gut unterstützt werden kann und die auch gut umgesetzt werden können“*

### **Förderfaktoren**

Die Jugendlichen heben insbesondere hervor, dass die Anwesenheit von Vertreter\*innen der kommunalen Stadtverwaltung bei Gemeinderatssitzungen eine besonders hilfreiche Form der Jugendpartizipation darstelle (A1, Pos. 109). Zudem fühlten sie sich ermutigt, ihre Anliegen direkt an den Gemeinderat heranzutragen (A3, Pos. 43). Die Unterstützung durch den Jugendbeauftragten erleichtere dabei zusätzlich die Antragsstellung.

*“Also wir können ja auch, wenn wir irgendwelche Anliegen oder so einen Gemeinderat haben, dann können wir auch immer jederzeit denen Bescheid geben, dass wir gerne mal wieder zu einer Sitzung von denen kommen wollen würden. Oder zu einer Sitzung können wir eh immer kommen. Aber wenn wir denen mal was vorstellen wollen oder so, dass wir jetzt zu irgendwas Stellung nehmen wollen oder auch mal irgendein Thema genauer wissen wollen oder so.“ (A4, Pos. 77).*

## Hemmfaktoren

Der wichtigste Aspekt, der die Jugendlichen in Beteiligungsprozessen hemmt, scheint den Interviews nach in ihrer Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten zu liegen. So hätten sie nur in einigen Fällen eigene Abstimmungsrechte. Entscheidungen würden ansonsten ohne ihre Stimme getroffen (A1, Pos. 87; A1, Pos. 89).

Oftmals sei das Engagement der Jugendlichen, sich zu beteiligen, durch zeitintensive Prozesse eingeschränkt. Diese bedürften besonderer Geduld (A4, Pos.64).

Darüber hinaus äußerten die Befragten den Eindruck, der Jugendgemeinderat werde oftmals nur als rein symbolische Formalität in Sitzungen des Gemeinderats beteiligt. Tatsächliche Bedürfnisse und Anliegen der Jugendlichen würden nicht ausreichend anerkannt.

*“Das war dann ein bisschen so, okay die wollen uns und sie finden uns voll wichtig auf dem Papier und sie sagen es auch nochmal: Jugendgemeinderat und Jugendbeteiligung. Wir wollen die Stimmen von den Jugendlichen hören. Aber dann wirklich uns auch wirklich verstehen, habe ich nicht immer das Gefühl gehabt, dass es von Gemeinderat kam” (A1, Pos. 27).*

## Verbesserungsvorschläge

Die Verbesserungsvorschläge ähneln sich bei den meisten Befragten. So werden schnellere Bearbeitungszeiten für Anträge oder Projekte gefordert (A4, Pos. 87; A4, Pos. 64). Außerdem wird betont, dass sich die Jugendgemeinderatsmitglieder mehr Ernsthaftigkeit und Vertrauen seitens der Gemeinderatsmitglieder wünschten.

*“Also es liegt jetzt am Gemeinderat quasi, dass sie uns wirklich ernst nehmen oder dass wir mehr in Entscheidungen eingebunden werden. Und wo sich da auch fraglich; also inwiefern sind wir denn legitimiert oder auch nicht? Klar, die Stimme von Jugendlichen ist, voll wichtig, weil es ja deren Zukunft ist. Deswegen auf jeden Fall stärkeres Einbinden.” (A1, Pos. 107).*

## Sonstige Möglichkeiten der politischen Betätigung

Neben ihrem Engagement im Jugendgemeinderat berichten die Befragten von weiteren Einblicken in kommunale Politik, oder Möglichkeiten des politischen Engagements. So habe eine befragte Person mit seiner Klasse einmal den Gemeinderatssaal besucht. Bei diesem Besuch seien die Schüler\*innen mit leitenden Angehörigen der Stadtverwaltung in Kontakt gekommen und hätten über ihre Wünsche an die Stadt diskutieren können (A1, Pos. 109). Außerdem wurden lokale klimapolitische Aktivist\*innengruppen als Möglichkeit politischen Engagements genannt (A1, Pos. 111), allerdings mit dem Bewusstsein, dass deren Aktionen eher an Entscheidungsträger auf anderen politischen Ebenen zu adressieren seien (A1, Pos. 17).

Die Jugendlichen bewerten den Jugendgemeinderat insgesamt positiv und sehen ihn als effektive Möglichkeit, ihre Anliegen einzubringen und konkrete Projekte umzusetzen.

Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat wird ambivalent wahrgenommen: Während bei langfristigen Projekten wie dem Kickkäfig eine erfolgreiche Kooperation gelungen sei, empfinden einige Mitglieder, dass ihre Anliegen nicht immer ausreichend berücksichtigt würden.

Die Sitzungen des Jugendgemeinderats würden von der Stadtverwaltung unterstützt, wobei insbesondere der Jugendbeauftragte und die Geschäftsstelle Gremien eine zentrale Rolle spielten, indem sie organisatorische Unterstützung böten und die Umsetzbarkeit von Projekten bewerteten. Insgesamt fühlten sich die Jugendlichen ernst genommen und schätzten den Jugendgemeinderat als wertvolle Möglichkeit der politischen Partizipation.

## 7. Diskussionen der Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei Teilprojekte – Schule, Studierende und Jugendparlament – jeweils im Einzelnen diskutiert. Jedes Teilprojekt reflektiert dabei kritisch die eigenen Erkenntnisse, Herausforderungen und Potenziale. Ziel ist es, die Besonderheiten der jeweiligen Ansätze herauszuarbeiten und aufzuzeigen, welche spezifischen Impulse und Verbesserungsvorschläge sich aus den Erfahrungen der einzelnen Projekte ableiten lassen.

### 7.1 Teilprojekt Schule

Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass die Schüler\*innen der Schussentalschule klare und differenzierte Vorstellungen zu ihrer zukünftigen Lernumgebung entwickelt haben. Dabei äußerten sie nicht nur funktionale Wünsche, sondern betonten gleichermaßen soziale und ästhetische Aspekte. Dies lässt darauf schließen, dass die physische Umgebung der Schule eng mit den sozialen Bedürfnissen der Kinder verknüpft ist. Die häufig genannten Freizeitmöglichkeiten im Pausenhof sowie die Vorschläge zur Gestaltung der Klassenräume verdeutlichen den Wunsch nach einer entspannten, vielfältigen Spiel- und Lernatmosphäre. Besonders hervorzuheben ist das Bedürfnis nach einer stärkeren Integration der Schulgruppen. Dieses Ergebnis zeigt, dass sich die Schüler\*innen eine Umgebung wünschen, die nicht nur die Wissensvermittlung fördert, sondern auch soziale Interaktionen ermöglicht. Somit lässt sich vermuten, dass die zukünftige Schule nicht nur als Lernort, sondern ebenso als sozialer Raum verstanden wird, der zur persönlichen Entwicklung der Kinder beiträgt.

Die gewonnenen Ergebnisse zeigen zudem, dass bereits jüngere Kinder in der Lage sind, ihre eigenen Wünsche präzise und konkret zu äußern. Diese Annahme wird von Hansen et al. (2015: 70) bestätigt, die betonen, dass Kinder bei Themen beteiligt werden können, die sie direkt betreffen. Die im Projekt eingesetzte Methode der Zukunftswerkstatt erwies sich als geeignet, um partizipative Prozesse mit Kindern zu fördern, da projektorientierte Handlungsformen laut Hansen et al. (2015: 69) für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen geeignet sind. Dies bestätigt die Wirksamkeit der Zukunftswerkstatt als Einstieg in Partizipationsprozesse.

Allerdings muss die Durchführung der Zukunftswerkstatt kritisch reflektiert werden. Im Projekt wurden lediglich drei der fünf Phasen der Zukunftswerkstatt umgesetzt. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das Auslassen der Realisierungs- und Nachbereitungsphase auf die Ergebnisse gehabt haben könnte. Vermutlich hätten eine vollständige Umsetzung und die Begleitung des gesamten Prozesses bis hin zur praktischen Umsetzung detailliertere und differenziertere Ergebnisse geliefert. Die Begrenzung auf drei Phasen stellt daher eine methodische Schwäche des Projekts dar, die durch den zeitlichen Rahmen des Projektes bedingt war.

Ein zusätzlicher kritischer Punkt ist die Repräsentativität der Ergebnisse. Zwar wurden die erhobenen Daten umfassend dokumentiert und analysiert, jedoch beziehen sie sich auf eine spezifische Gruppe von Schüler\*innen und spiegeln daher möglicherweise nicht die Perspektiven aller Kinder der Schule wider.

Um dies zu ergänzen, könnten in zukünftigen Projekten auch Eltern oder Lehrkräfte stärker eingebunden werden, um eine breitere Basis für die Analyse zu schaffen. Der Einbezug zusätzlicher Perspektiven könnte die Planung noch zielgerichteter und inklusiver gestalten.

Neben der Reflexion der eingesetzten Methode der Zukunftswerkstatt ist auch die eigens entwickelte Methode der schnellen deduktiven Inhaltsanalyse zu betrachten. Diese Methode wurde auf Grundlage der Prinzipien von Mayring (2015) entwickelt, um die während der Projektstage angefertigten Protokolle systematisch auszuwerten. Die Entscheidung, eine eigene Methode zu entwickeln, ergab sich aus den spezifischen Anforderungen des Projekts. Die Analyse sollte effizient, praxisnah und auf die Forschungsfragen abgestimmt erfolgen. Die Methode ermöglichte es, die geäußerten Wünsche der Schüler\*innen gezielt zu erfassen und den Kategorien (Perspektivwechsel, Veränderungswünsche, Gestaltungsideen und Superwunsch) zuzuordnen. Dabei zeigte sich jedoch die Herausforderung, individuelle Meinungen von repräsentativen Aussagen abzugrenzen. Eine mögliche Verbesserung für zukünftige Projekte wäre die ergänzende Verwendung standardisierter Fragebögen, um die Ergebnisse breiter zu validieren und den Vergleich zu erleichtern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Diskussion ist die Frage, wie partizipativ das Projekt tatsächlich war. Anhand des Stufenmodells von Richard Schröder, der sogenannten Partizipationsleiter, kann das Projekt auf der sechsten Stufe eingeordnet werden. Diese Stufe beschreibt eine Form der Partizipation, bei der Kinder indirekt Einfluss nehmen können und aktiv an allen durchgeführten Phasen mitwirken (vgl. Fatke 2007: 26; Mayrberger 2012: 6). Besonders in der Kritik- und Phantasiephase wurde die aktive Teilhabe der Schüler\*innen deutlich. Allerdings hatten die Kinder keine Entscheidungsbefugnis bei der konkreten Umsetzung ihrer Vorschläge, was als typische Einschränkung partizipativer Prozesse gilt (vgl. Benevol 2016: 2). Auch im vorliegenden Projekt zeigt sich diese Grenze der Partizipation, da unklar ist, in welchem Umfang die geäußerten Wünsche tatsächlich umsetzbar sind. Laut der stellvertretenden Schulleitung sei ein Großteil der erzielten Ergebnisse umsetzbar. Es wird sich jedoch erst in den kommenden fünf Jahren zeigen, ob tatsächlich Maßnahmen daraus realisiert werden. Dennoch kann laut Mayrberger (2012: 7) von tatsächlicher Partizipation gesprochen werden, da die sechste Stufe erreicht wurde, was als Stärke des Projekts betrachtet werden kann.

Eine wesentliche Stärke des Projekts war die transparente Kommunikation der Ergebnisse mit der Klasse und der Klassenlehrerin. Diese Präsentation ermöglichte es, den Schüler\*innen den Stand der Analyse darzulegen und ihre Identifikation mit dem Prozess zu fördern. Zudem fand ein Gespräch mit der stellvertretenden Schulleitung der Schussentalschule statt, um zentrale Erkenntnisse zu besprechen und mögliche nächste Schritte zu planen. Die Ergebnisse wurden ebenfalls der Stadt Weingarten übermittelt, um die Planungen auf einer breiteren Ebene bedarfsorientiert und partizipativ fortzuführen.

Die Analyse der Ergebnisse verdeutlichte, dass die Schüler\*innen sowohl kreative als auch realistische Vorstellungen zu ihrer zukünftigen Lernumgebung entwickelten. Insbesondere der Wunsch nach naturnahen, spielerischen Elementen wie dem Baumhaus zeigt, dass Kinder Lernorte nicht nur funktional, sondern auch als Erlebnisräume verstehen. Gleichzeitig wurden auch konkrete funktionale Anforderungen an die Schule gestellt, wie z. B. der Wunsch nach Rückzugsräumen oder digitaler Ausstattung.

Dies zeigt, dass die Einbindung von Kindern in Planungsprozesse nicht nur sinnvoll, sondern notwendig ist, um bedarfsgerechte und nutzerorientierte Lösungen zu entwickeln. Die Stadt Weingarten und die Schulleitung der Schussentalschule könnten diese Ergebnisse nutzen, um zukunftsorientierte und kindgerechte Planungen zu entwickeln.

Insgesamt zeigt das Projekt, dass partizipative Ansätze im schulischen Kontext von großer Bedeutung sind. Die aktive Einbindung von Schüler\*innen liefert wertvolle Perspektiven für die Schulgestaltung und fördert das Verantwortungsbewusstsein der Kinder. Gleichzeitig erfordert Partizipation eine Balance zwischen den Wünschen der Beteiligten und den praktischen Rahmenbedingungen. Wichtig ist, die Erwartungen der Kinder realistisch zu steuern, um Enttäuschungen zu vermeiden, wenn nicht alle Wünsche umsetzbar sind. Dennoch wird deutlich, dass auch jüngere Kinder sinnvolle Beiträge zu Planungsprozessen leisten können, wenn sie entsprechend begleitet werden.

Die Ergebnisse liefern nicht nur konkrete Anregungen für die Gestaltung der Schussentalschule, sondern auch allgemeinere Hinweise auf die Bedeutung von sozialen und räumlichen Aspekten in Lernumgebungen. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt können somit als Grundlage für weitere partizipative Planungen genutzt werden, um Schulen als ganzheitliche Lebensräume zu gestalten, in denen sowohl Lernen als auch soziale Interaktionen gefördert werden.

## **7.2 Teilprojekt Studierende**

Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen die Herausforderungen und Potenziale der Partizipation junger Menschen in der Stadtplanung und -entwicklung von Weingarten. Während theoretisch Partizipation als essenzieller Bestandteil demokratischer Prozesse gilt und insbesondere junge Menschen mit innovativen Ideen und neuen Perspektiven einen bedeutenden Beitrag leisten können, zeigt sich in der Praxis ein ambivalentes Bild (vgl. Bätge et al. 2021: 16f). Die Interviews legen offen, dass bestehende Beteiligungsformate wie der Hochschulausschuss oder Arbeitskreise zwar als Partizipationsmöglichkeiten wahrgenommen werden, jedoch häufig ineffektiv und wenig zielführend erscheinen. Studierende bemängeln insbesondere mangelnde Transparenz und eine unzureichende Einbindung in Entscheidungsprozesse. Diese Kritik wird durch die Wahrnehmung verstärkt, dass Partizipation oft nur reaktiv erfolgt und primär dann, wenn die Stadt selbst von den Ergebnissen profitiert. Beispiele hierfür sind Arbeitskreise, die aus konkreten Problemlagen heraus ins Leben gerufen wurden, wie die Suche nach alternativen Veranstaltungsorten. Diese Ansätze zeigen zwar das Bemühen der Stadt, bleiben jedoch selten nachhaltig und werden von den Studierenden als unzureichend wahrgenommen.

Ein zentrales Hindernis für eine umfassendere Partizipation ist die oftmals begrenzte Aufenthaltsdauer der Studierenden in Weingarten, was dazu führt, dass kontinuierliche Aufklärungsarbeit nötig ist. Dies wiederum erschwert die langfristigen Beteiligungsprozesse in der Stadt Weingarten. Zusätzlich verstärken strukturelle und kommunikative Defizite die Distanz zwischen Studierenden und Stadtverwaltung. Die Kommunikation wird von beiden Seiten als problematisch beschrieben.

Während die Stadt Schwierigkeiten hat, Studierende effektiv über bestehende Angebote zu informieren, fühlen sich Studierende nicht ausreichend gehört und kritisieren die Dominanz hierarchischer Entscheidungsstrukturen. Goffman beschreibt Interaktion als „die wechselseitige Handlungsbeeinflussung, die Individuen aufeinander ausüben, wenn sie füreinander anwesend sind“ (Goffman 1969: 18, in Reichertz 2024: 55). Dies zeigt, dass echte Partizipation nur dann entstehen kann, wenn sowohl die Studierenden als auch die Stadtverwaltung aktiv aufeinander eingehen und sich gegenseitig in ihren Handlungen beeinflussen.

Auch kulturelle Faktoren wie hierarchisches Denken und die Dominanz anderer Akteure\*innen in relevanten Gremien erschweren die gleichberechtigte Einbindung der Studierenden. Besonders auffällig ist, dass die Anliegen der Studierenden, wie die Schaffung von Begegnungsräumen oder alternativen Veranstaltungsorten, nach Einschätzung der Befragten oft nachrangig behandelt werden, während die Interessen der ansässigen Bevölkerung bevorzugt werden. Diese Ungleichheiten mindern nicht nur die Motivation der Studierenden zur Partizipation, sondern verstärken das Gefühl der Entfremdung. Die Interviews verdeutlichen zudem, dass die Beziehung zwischen Stadt und Studierenden häufig als parallele „Blackboxen“ wahrgenommen wird, in denen es an effektiver Interaktion und gegenseitigem Verständnis mangelt.

Trotz dieser Herausforderungen zeigen die Ergebnisse auch deutliche Potenziale. Die Einbindung junger Menschen wird von Seiten der Stadt als Chance wahrgenommen, um Impulse und innovative Ansätze in die Stadtentwicklung einzubringen. Themen wie nachhaltige Mobilität, soziale Infrastruktur und Begegnungsräume könnten von den kreativen Ideen und wissenschaftlichen Ansätzen der Studierenden profitieren. Gleichzeitig bietet die Partizipation den Studierenden die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln und ihre Kompetenzen zu erweitern. Diese Chancen könnten durch eine stärkere Vernetzung zwischen Stadt und Studierenden sowie durch die Einführung gezielter und flexibler Partizipationsformate besser genutzt werden.

In der Diskussion der Ergebnisse wird deutlich, dass eine nachhaltige Verbesserung der Partizipation strukturelle Veränderungen und eine proaktivere Haltung der Stadt erfordert. Grundlegende Partizipationsstrukturen sollten geschaffen werden, um den Zugang zu Informationen zu erleichtern und die Prozesse transparenter zu gestalten. Alternative Kommunikationskanäle wie Newsletter, gezielte Workshops oder Umfragen könnten dazu beitragen, Studierende besser zu erreichen und ihre Anliegen gezielt zu erfassen. Niedrigschwellige Angebote, die auf die Lebensrealität der Studierenden zugeschnitten sind, wären dabei ebenso wichtig wie schnell umsetzbare Pilotprojekte, um die Effektivität der Zusammenarbeit zu erhöhen. Darüber hinaus sollte die Stadt stärker darauf hinarbeiten, Macht- und Herrschaftsstrukturen aufzubrechen, die die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Studierenden einschränken.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Partizipation junger Menschen in Weingarten derzeit ein unausgeschöpftes Potenzial darstellt. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren Schritte unternommen, um die Zusammenarbeit mit Studierenden zu fördern, etwa durch kulturelle Veranstaltungen oder den Hochschulausschuss.

Dennoch zeigt sich, dass eine klarere und langfristige Strategie notwendig ist, um die besonderen Herausforderungen zu bewältigen. Die Diskussion der Ergebnisse verdeutlicht, dass Partizipation nicht nur als Instrument zur Problemlösung, sondern als Ausdruck demokratischer Mitgestaltung verstanden werden sollte. Eine stärkere Integration der Studierenden könnte nicht nur die Attraktivität der Stadt als Hochschulstandort steigern, sondern auch innovative Ansätze für die Stadtentwicklung hervorbringen.

### **7.3 Teilprojekt Jugendgemeinderat**

Zur Einordnung der Ergebnisse der Interviews mit den Mitgliedern des Jugendgemeinderats werden die oben beschriebenen Partizipationsmodelle – das Stufenmodell nach Schröder und der Partizipationswürfel der Bundesregierung – herangezogen. Die Kategorien der beiden Modelle werden durch kursive Schreibweise kenntlich gemacht. Durch diese Analyse soll erkennbar werden, in welchen Aspekten es dem Jugendgemeinderat gelingt, gute Partizipationsmöglichkeiten zu bieten, und was die Herausforderungen sind, mit denen er sich konfrontiert sieht. Abschließend werden mögliche Ansätze für die Weiterentwicklung des Jugendgemeinderats dokumentiert, mit denen sich diese Herausforderungen meistern lassen können. Zunächst richtet sich der Blick jedoch auf das methodische Vorgehen.

#### **Einordnung der Ergebnisse**

Die Einschätzung des Einflusses des Jugendgemeinderats auf die Gestaltung der Kommunalpolitik zeigt sich in erster Linie bei den Bewertungen der befragten Jugendlichen. Wie in den Ausführungen zu den Ergebnissen beschrieben, schätzen sie die Gestaltungsmöglichkeiten und den Einblick in die Arbeit von Gemeinderat und Stadtverwaltung insgesamt als gut ein. Dabei gibt es große Unterschiede. Eine Person zeigt sich begeistert vom Gesamtangebot des Jugendgemeinderats. Eine andere Person weist kritisch auf beschränkte Möglichkeiten der Thematisierung von Anliegen, die schlechte Anbindung an den Gemeinderat und insbesondere die fehlende Sichtbarkeit von Auswirkungen der Jugendgemeinderats-Diskussionen hin. Die Einschätzungen variieren also stark.

Die Bewertungen hängen eng mit „*persönlichen Voraussetzungen*“ (BMFSFJ/ DBJR 2023: 24) wie der Motivation zur Mitgliedschaft zusammen. Die positiver bewertenden Jugendlichen nannten vor allem die Ziele, die Stadt jugendfreundlicher zu gestalten und Einblicke in die politische Arbeit zu bekommen. Die kritische Sichtweise ist verbunden mit einem breiten politischen Interesse und Engagement über den Jugendgemeinderat hinaus. Zusätzlich muss auf Unterschiede der Befragten hinsichtlich ihres Alters und der besuchten Schulart hingewiesen werden. Inwieweit diese und weitere Unterschiede tatsächlich mit der Bewertung zusammenhängen, müsste systematisch untersucht werden. Es liegt aber nahe, dass nicht nur der Zugang zum Jugendgemeinderat für unterschiedliche Jugendliche differenziert betrachtet werden muss (vgl. Schwieger 2023a), sondern auch die Arbeitsprozesse und Themen mit Rücksicht auf unterschiedliche Vorstellungen und Bedürfnisse angepasst werden müssen.

Die vorgestellte Leiter der Partizipationsstufen nach Schröder (1995) und Menze (2024: 43) gibt den Rahmen zur Bewertung der beschriebenen Aktivitäten des Jugendgemeinderats hinsichtlich ihres „*Grades der Autonomie*“ (BMFSFJ/ DBJR 2023: 23). Wichtig zu beachten ist dabei, dass diese Zuordnung aufgrund der in den Interviews geäußerten subjektiven Wahrnehmungen erfolgt. Aufgrund unterschiedlich genauer Beschreibung können nicht alle Aktivitäten sicher beurteilt werden. Zumindest Anhaltspunkte für die Zuordnung zu den übergeordneten Formen der Partizipation sind aber erkennbar.

Unter der Form der „*zugestandenen und/oder unterstützten Autonomie*“ (Menze 2024: 43) lassen sich entsprechend der Interviews der Bau des Kickkäfigs und die Öffnung der Sportanlagen außerhalb der Schulzeiten einordnen. Der Bau des Kickkäfigs wurde insgesamt von Mitgliedern des Jugendgemeinderats initiiert, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat unter Vermittlung des Jugendbeauftragten geplant, durch vom Jugendgemeinderat gesammelte Spenden finanziert und schließlich durch die Stadtverwaltung umgesetzt. Somit kann von einer Verwirklichung eigener Interessen Jugendlicher und der Unterstützung erwachsener Akteur\*innen gesprochen werden. Auch die Öffnung der Sportanlagen ging von Mitgliedern des Jugendgemeinderats aus und wurde unter Mithilfe der Stadtverwaltung möglich.

„*Formen der Beteiligung*“ (Menze 2024: 43.) zeigten sich in vielfältiger Weise: Als „*Mitbestimmung*“ (ebd.) können die Verbesserungsvorschläge für die Gestaltung von Schulgebäuden gesehen werden. Sie erfolgte auf Initiative der Jugendlichen in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Stadtverwaltung. Ob hier tatsächlich ein Entscheidungsrecht vorlag, geht nicht eindeutig aus den Interviews hervor. Unter der Stufe der „*Mitwirkung*“ (ebd.) lassen sich die Entscheidungen über Förderanträge einordnen, da hier relevante Vorbereitungen durch erwachsene Akteur\*innen getroffen wurden und die Mitglieder des Jugendgemeinderats nur zu Entscheidungen tätig werden konnten. Als „*zugewiesen und informiert*“ (ebd.) ohne eigene Entscheidungsrechte und ohne Eigeninitiative erscheinen Informationen des Jugendgemeinderats über die Sicherheitslage durch die Polizei oder über den städtischen Haushalt durch die Stadtverwaltung. Schließlich kann das Thema Tierwohl beim Blutritt mit Information durch den verantwortlichen Tierarzt als „*Teilhabe*“ (ebd.) auf Eigeninitiative aber beschränkt auf Information und Diskussion gewertet werden.

Als „*Fehlform der Teilhabe*“ (ebd.) wird die Beteiligung an der Wahl der Route für den neuen Radschnellweg durch das Stadtgebiet gewertet. Hier wäre trotz der Relevanz des Themas für Jugendliche von Gemeinderatsseite keine Beteiligung des Jugendgemeinderats vorgesehen gewesen. Dies entspricht auf der Leiter der Partizipationsstufen der „*Fremdbestimmung*“ (ebd.). Auf Initiative von Mitgliedern des Jugendgemeinderats erfolgte eine Information, Diskussion und Stellungnahme vor dem Gemeinderat. In der Wahrnehmung einer der befragten Personen ist die Berücksichtigung dieser Stellungnahme durch den Gemeinderat allerdings nicht ersichtlich. Dies kann somit als „*Alibi-Beteiligung*“ (ebd.) ohne Auswirkung gewertet werden.

Insgesamt zeigt sich also ein breites Bild von einzelnen eigenständigen Projekten, vielen Themen, bei denen der Jugendgemeinderat unterschiedlich stark beteiligt wird und einzelnen Themen, die Jugendliche zwar betreffen, die aber trotzdem nicht unter Partizipation des Jugendgemeinderats entschieden werden. Neben dem Grad der Autonomie ist festzuhalten, dass bei den bearbeiteten „Themen“ (BMFSFJ/ DBJR 2023: 24) im Jugendgemeinderat eine ausgewogene Mischung zwischen eigenen und fremdinitiierten Themen behandelt wird.

Die „strukturelle Verankerung“ (BMFSFJ, DBJR 2023: 24) der Partizipation durch den Jugendgemeinderat ist in der Geschäftsordnung dargelegt. In der Wahrnehmung der Jugendlichen zeigen sich funktionierende Anfragerechte hinsichtlich Stadtverwaltung.

Entscheidungen zum eigenen Budget scheinen ebenso entsprechend der Geschäftsordnung zu funktionieren. Anfrage- und Antragsrechte im Gemeinderat (vgl. § 11) spielen in der Wahrnehmung der Befragten dagegen eine geringere Rolle. Insgesamt beziehen sich die Befragten in ihren Aussagen nicht auf die Geschäftsordnung. Verbunden mit den Rechten gegenüber dem Gemeinderat kann auch die beschriebene geringe Interaktion mit dem Gemeinderat und mit dessen Fraktionen gesehen werden. Hier ordnet sich die Entscheidungsfindung zum Radschnellweg ein. In diesem Fall wurde der Jugendgemeinderat nach Interviewaussagen nicht automatisch einbezogen, sondern auf Eigeninitiative kurzfristig aktiv. Auch dass der Eindruck bei Befragten entsteht, dass die weitere Beachtung von Stellungnahmen im Gemeinderat für Mitglieder des Jugendparlaments nicht nachvollziehbar ist, weist auf eine unzureichende Interaktion hin. Diese Wahrnehmung von eingeschränkt möglicher Zusammenarbeit ist in Teilen im „Rahmen der institutionellen Gegebenheiten“ (BMFSFJ/ DBJR 2023: 24) zu verstehen. Als politisches Gremium, das sich mit der lokalen Ausführung von gesetzlichen Vorgaben beschäftigt (vgl. Wehling 2011: 305) hat der Gemeinderat bereits gesetzlich stark vorbestimmte Gestaltungsmöglichkeiten. Der Jugendgemeinderat wiederum ist strukturell an den Gemeinderat angelehnt. Er hat dabei aber wechselnde, in vielen Bereichen stark eingeschränkte Entscheidungskompetenzen. In den Interviews tritt er dem Gemeinderat gegenüber auf in der Funktion, die Vielfalt der Meinungen seiner Repräsentationsgruppe sichtbar zu machen. In der Literatur werden die Qualitätsmerkmale der transparenten Interaktion zwischen beiden Gremien betont. So ist ein frühzeitiger Austausch über Planungsvorhaben des Gemeinderats für die Identifikation von jugendrelevanten Themen nötig (vgl. BMFSFJ/ DBJR 2023: 106; Roth/ Stange 2022: 204). Als zentrale Qualitätsmerkmale werden darüber hinaus ein starkes Bekenntnis zur Partizipation der Jugendlichen durch den Jugendgemeinderat insbesondere in Konfliktfällen und eine entsprechende offene und transparente Haltung der Verwaltung und des Gemeinderats beschrieben (vgl. Roth/ Stange 2022: 203f.).

Hinsichtlich der „Methoden der Beteiligung“ (BMFSFJ/ DBJR: 24) stehen die formalen Abläufe für die befragten Jugendlichen nicht im Vordergrund. Sie sind zwar an einen solchen idealtypischen Entscheidungsprozess angelehnt, werden aber themen- und projektspezifisch davon abweichen oder ergänzt. So stehen teilweise Entscheidungen am Anfang einer Beschäftigung, teilweise am Abschluss eines Projekts. Im Fall des Radschnellwegs wurde in der Stellungnahme vor dem Gemeinderat die unterschiedlichen Meinungen des Jugendgemeinderats dargestellt.

Beim Kickkäfig schloss sich an den politischen Prozess die Umsetzung und das Sammeln von Spenden an. Diese anpassungsfähige Gestaltung von Arbeitsprozessen sehen auch Roth und Stange als wichtiges Merkmal von Jugendparlamenten an. Sie bieten ihnen in ihrer Kontinuität die Möglichkeit, auf die Eigenheiten von politischem Engagement Jugendlicher einzugehen (vgl. Roth/ Stange 2022: 201). So werden projektartige Vorgehensweisen mit zeitlicher Begrenzung, themenspezifischer Anpassung und nachvollziehbaren Ergebnissen in die kontinuierliche Arbeitsweise von Jugendparlamenten übertragen.

Ergänzend zu den genannten institutionellen und strukturellen Aspekten ist die Schlüsselrolle der Betreuungspersonen des Jugendgemeinderats noch einmal hervorzuheben. Die Aussagen der Interviewten zeigen, dass der Jugendbeauftragte und die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle besonders in der Vermittlung zu Gemeinderat und Stadtverwaltung wichtige Kommunikation übernehmen. Diese Vermittlung wurde auch von Stadtplaner\*innen als zentral für das Gelingen von Partizipationsprozessen eingeschätzt (vgl. Hennig et al. 2024: 224f.). Die Einflüsse der Betreuungspersonen geben dem Jugendgemeinderat gleichzeitig Handlungsspielräume, beispielsweise durch langfristiges Weiterführen von Projekten wie dem Kickkäfig, andererseits können sie durch ihre Machbarkeitseinschätzungen auch als Gatekeeper in Erscheinung treten.

Zusammenfassend bietet der Jugendgemeinderat seinen Mitgliedern gute Partizipationsmöglichkeiten. Das Angebot ist geeignet, um auf Bedürfnisse unterschiedlicher Jugendlicher und unterschiedlicher Themen angepasst zu werden. Dabei können sowohl selbst initiierte als auch von Verwaltung oder Gemeinderat eingebrachte Themen diskutiert werden. Die dauerhafte Grundlage hierfür bildet die strukturelle Verankerung der Kompetenzen, Arbeitsweisen und des eigenen Budgets in der Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats. Getragen wird er außerdem durch seine Betreuungspersonen. Die zentralen Herausforderungen liegen in der transparenten Kommunikation von Möglichkeiten und Einschränkungen von Beteiligung an kommunalpolitischen Themen. Hier sind vor allem frühzeitige Einbindung durch den Gemeinderat in anliegende Planungsvorhaben und die transparente Berücksichtigung von Ergebnissen des Jugendgemeinderats im Gemeinderat zu nennen.

## **Ansätze für die Weiterentwicklung des Jugendgemeinderats**

Die Herausforderungen aufgreifend liegt in folgenden Punkten Potenzial zur Weiterentwicklung des Partizipationsangebots Jugendgemeinderat:

- Eine Strategie zur frühzeitigen Identifikation von jugendrelevanten Themen, die den Jugendgemeinderat mit einbezieht, könnte eine frühzeitige Einbindung des Jugendgemeinderats ermöglichen und Konflikten vorbeugen. Die Stadt könnte so ihrem Auftrag der Beteiligung Jugendlicher an den für sie relevanten Entscheidungen besser nachkommen (vgl. §41a Abs. 1 GemO BW).
- Die bestehende Verknüpfung zwischen dem Jugendgemeinderat und dem Gemeinderat und seinen Fraktionen durch mit der Kooperation beauftragte Mitglieder könnte verbessert werden, indem ein Bezug zu konkreten Anliegen hergestellt wird. Ergänzend zu Stellungnahmen der Sprecher\*innen des Jugendgemeinderats könnten Mitglieder des Gemeinderats, seiner Fraktionen und des Jugendgemeinderats jeweils durch ihre

Gremien beauftragt werden, mit Anliegen oder Themen an das andere Gremium heranzutreten. Besonders bei komplexeren Themen, die in der Entscheidungsfindung mehrfach zwischen beiden Gremien zirkulieren, würden persönliche, themenspezifische Partnerschaften Verbindlichkeit und Transparenz fördern (vgl. Bätge et al. 2021: 17). Eine Orientierung könnten Partnerschaften im Rahmen von Jugendforen beispielsweise in Augsburg dienen (vgl. Stadt Augsburg 2021: 12).

- Insgesamt ist Transparenz in Hinsicht auf Themen und Beteiligungsverfahren von zentraler Bedeutung und muss somit zentrales und gelebtes Ziel von Seiten der Verwaltung und des Gemeinderats sein. Dabei spielen die Betreuungspersonen des Jugendgemeinderats eine Schlüsselrolle. In ihrer besonderen Verantwortung ist es, diese Machtposition zu reflektieren. Sie sollte genutzt werden, um dem Jugendgemeinderat Gestaltungsspielräume zu eröffnen, Partizipationserfahrungen im Umgang mit den anderen Akteur\*innen der Kommunalpolitik zu machen und Frustrationen durch unklare Prozesse zu vermeiden.

## **Bewertung der Forschungsmethode**

Die Erhebung durch leitfadengestützte Interviews kann insgesamt als geeignet eingeschätzt werden, die subjektiven Sichtweisen von Mitgliedern des Jugendgemeinderats auf ihre Partizipationschancen zu erfassen. Detaillierte Beschreibungen und Erläuterungen anhand von Beispielen geben einen tiefen Einblick in die Arbeit des Jugendgemeinderats unter Beteiligung verschiedener Akteure. Motivation und Gesamtbewertung geben die Einschätzung der Interviewten und ihren persönlichen Kontext wieder. Im Forschungsprozess zeigten sich hinsichtlich Leitfadens und Interviewführung Herausforderungen.

Der Leitfaden ist stark an einem formalisierten Entscheidungsprozess ausgerichtet. Die Ergebnisse zeigen, dass dieser Ablauf sehr idealtypisch gedacht ist. Insbesondere die Unterteilung in Themenauswahl, Bearbeitung und Entscheidung/Auswirkungen von Ergebnissen stimmt nur bedingt mit den von den Jugendlichen erlebten, themenspezifisch angepassten Arbeitsprozessen des Jugendgemeinderats überein. In der Folge weisen die Interviews teilweise Wiederholungen auf. Beispiele wurden an passenden Stellen eingefügt und mussten später erneut aufgegriffen werden. Durch offenere Fragestellungen, wie nach Akteur\*innen und Einflüssen, nach Arbeitsprozessen und nach Einflussnahmen durch das Jugendparlament hätten möglicherweise mehr Raum gelassen, die Sichtweise der interviewten Jugendlichen aufzugreifen und dann zu vertiefen.

Mit Blick auf die Erhebung muss die Interviewführung kritisch betrachtet werden. Besonders im Interview 1 weichen die gestellten Fragen stark vom Leitfaden ab. Nachfragen sind teilweise als geschlossene Ja/Nein-Fragen gestellt und damit suggestiv.

Die Antworten sind trotzdem differenziert, geben inhaltlich wichtige Einblicke und wurden deshalb in der Auswertung weiter berücksichtigt.

Die Auswertung der Interviews mit nach Themen geordneter Darstellung erweist sich bei dem vorliegenden Stichprobenumfang von vier Interviewten als ideal. Zur Identifikation von Typen von Mitgliedern des Jugendgemeinderats wäre eine umfangreichere Stichprobe und ein angepasster Leitfaden notwendig. Die Ordnung der deduktiv aus Leitfaden und Literatur gewonnenen Codes wurde für die Darstellung im Ergebnisteil leicht angepasst. Die Unterscheidung zwischen Akteur\*innen und Vorgehensweisen ermöglicht eine eindeutige Zuordnung und vermeidet Doppelungen.

Insgesamt war das Vorgehen im Forschungsprozess – mit kleinen Ausnahmen und Anpassungen – zur Beantwortung der Fragestellung gut geeignet.

## **7.4 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse**

Die drei Teilprojekte – Schule, Studierende und Jugendgemeinderat – zeigen übergreifend, dass junge Menschen grundsätzlich bereit sind, sich aktiv an kommunalen Gestaltungsprozessen zu beteiligen. In allen Gruppen wurde der Wunsch nach Mitbestimmung deutlich, verbunden mit konkreten Vorstellungen zur Gestaltung ihres Umfelds. Gemeinsame Themen waren unter anderem der Bedarf an funktionalen und sozialen Räumen, bessere Kommunikation, Transparenz in Entscheidungsprozessen sowie Rückmeldung über den Umgang mit eingebrachten Vorschlägen. Ebenso einte alle Zielgruppen das Bedürfnis, frühzeitig und ernsthaft in Planungsprozesse einbezogen zu werden.

Unterschiede zeigen sich insbesondere in den institutionellen Rahmenbedingungen, der methodischen Umsetzung und der Dauerhaftigkeit der Beteiligung. Während der Jugendgemeinderat auf festen Verfahren und klaren Zuständigkeiten basiert, ist die Beteiligung von Studierenden in ein offenes Kooperationsformat zwischen Stadt und Hochschule eingebettet. Dieses bietet zwar Möglichkeiten der Zusammenarbeit, verfügt aber nicht über standardisierte, verbindliche Beteiligungsprozesse, wie sie im Jugendgemeinderat vorhanden sind. Die Beteiligung der Schüler\*innen erfolgte projektbezogen und im schulischen Kontext, ohne formale Anbindung an kommunale Gremien.

Ein weiterer Unterschied besteht in der zeitlichen Perspektive der Zielgruppen: Kinder und Jugendliche leben in der Regel dauerhaft in Weingarten, während Studierende häufig nur vorübergehend vor Ort sind. Das führt zu wiederkehrendem Informationsbedarf und erschwert eine langfristige Einbindung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen drei Projekten Potenziale für gelingende Beteiligung erkennbar sind, deren Wirksamkeit jedoch stark von strukturellen Voraussetzungen, Kommunikationswegen und der Verbindlichkeit und Transparenz der Verfahren abhängt.

## 8. Fazit

Die Ergebnisse der drei Teilprojekte – Schule, Studierende und Jugendgemeinderat – zeigen sowohl große Herausforderungen als auch vielversprechende Chancen für die Jugendpartizipation in Weingarten.

Im Teilprojekt Schule wurde mit Schüler\*innen der dritten und vierten Klasse der Schussentalschule gearbeitet. Hier stand die Mitwirkung an der Planung eines neuen Schulgebäudes im Mittelpunkt. Mittels der Methode der Zukunftswerkstatt konnten die Kinder ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ideen zur räumlichen und sozialen Gestaltung ihrer Lernumgebung artikulieren. Deutlich wurde dabei, dass auch junge Kinder in der Lage sind, differenzierte und realistische Vorschläge einzubringen – etwa zu Spielmöglichkeiten im Pausenhof, zur Ausstattung der Klassenzimmer oder zum Bedürfnis nach Rückzugs- und Bewegungsräumen. Der sogenannte „Superwunsch“ – ein Baumhaus – wurde als Symbol für das kindliche Bedürfnis nach kreativer Freiheit und naturnahen Erfahrungsräumen formuliert. Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass bereits in jungen Jahren ein hohes Maß an Gestaltungskompetenz vorhanden ist, wenn geeignete Methoden zur Verfügung gestellt werden.

Anknüpfend daran wurde im Teilprojekt Studierende die Perspektive junger Erwachsener auf Beteiligungsmöglichkeiten in Weingarten beleuchtet. Zwar existieren prinzipiell Formate wie der Hochschulausschuss oder thematische Arbeitskreise, jedoch werden diese von den befragten Studierenden als wenig wirksam, intransparent und stark hierarchisch geprägt beschrieben. Partizipation werde vor allem dann ermöglicht, wenn die Stadt einen direkten Nutzen davon habe – ein Gefühl echter Mitgestaltung stelle sich nur selten ein. Besonders kritisch wurde der fehlende Zugang zu Informationen, die geringe Sichtbarkeit studentischer Anliegen und die häufig reaktive Ausgestaltung der Partizipationsangebote bewertet. Gleichzeitig betonten die Studierenden die Bereitschaft zur Mitarbeit und sahen in der Zusammenarbeit mit der Stadt eine große Chance – sowohl für innovative Stadtentwicklung als auch für den Erwerb praktischer Kompetenzen. Hier zeigen sich erhebliche Potenziale, die bislang kaum ausgeschöpft werden, etwa durch die gezielte Einbindung studentischer Expertise in Fragen der nachhaltigen Mobilität oder der Gestaltung urbaner Freiräume.

Ergänzt wurde diese Perspektive durch das dritte Teilprojekt zum Jugendgemeinderat, in dem ein formell verankertes Beteiligungsgremium untersucht wurde. Die Mitglieder des Jugendgemeinderats bewerten ihr Engagement überwiegend positiv. Sie erleben sich als handlungsfähig und gestalten eigene Projekte wie den Bau eines Kickkäfigs mit hoher Eigenverantwortung. Gleichzeitig wird auch hier deutlich, dass Einfluss und Wirkung stark vom jeweiligen Thema, der Unterstützung durch Erwachsene und dem politischen Willen im Gemeinderat abhängig sind. Während manche Projekte als Paradebeispiele gelungener Kooperation erscheinen, berichten andere Jugendliche von symbolischer Beteiligung ohne echte Mitspracherechte. Besonders problematisch wird empfunden, wenn jugendrelevante Themen ohne Einbindung des Jugendgemeinderats behandelt werden und deren Stellungnahmen wenig Berücksichtigung finden.

Auch hier zeigt sich: Die strukturelle Einbindung allein garantiert noch keine wirksame Partizipation – es braucht darüber hinaus transparente Entscheidungswege und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Anliegen junger Menschen.

Auf Grundlage dieser drei Perspektiven lässt sich nun die Forschungsfrage „Inwieweit werden junge Menschen aktiv an politischen und Verwaltungsentscheidungen der Stadt Weingarten beteiligt?“ wie folgt beantworten: Die aktive Beteiligung junger Menschen ist derzeit in Ansätzen vorhanden, aber ausbaufähig.

Konkret zeigt sich, dass junge Menschen in Weingarten an verschiedenen Stellen bereits in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und durchaus Gestaltungsspielräume wahrnehmen. Gleichzeitig bestehen noch Hürden, die eine wirksamere Beteiligung erschweren – etwa unklare Kommunikationswege, begrenzte Mitentscheidungsspielräume oder fehlende feste Verfahren in bestimmten Bereichen. Diese Herausforderungen mindern mitunter die Wirksamkeit des Engagements und können dazu führen, dass Beiträge junger Menschen nicht in dem Maß berücksichtigt werden, wie es ihrem Engagement und ihren Ideen entspricht. Gleichwohl zeigt sich in allen Projekten ein hohes Maß an Bereitschaft und Potenzial zur Mitgestaltung, das durch gezielte Weiterentwicklung der Beteiligungsstrukturen und transparente Rückkopplung deutlich gestärkt werden kann.

Neben den inhaltlichen Erkenntnissen war auch die methodische Herangehensweise von Bedeutung. Die Verwendung verschiedener Forschungsmethoden – die Zukunftswerkstatt in einem Teilprojekt und Interviews in zwei weiteren – ermöglichte es, ein vielschichtiges Bild der Jugendpartizipation in Weingarten zu zeichnen. Die Aktionsforschung bot die Möglichkeit, Partizipationsprozesse direkt zu beobachten und zu gestalten, während die Interviews tiefere Einblicke in die Perspektiven und Erfahrungen der Beteiligten lieferten. Diese methodische Vielfalt erwies sich als wertvoll, um sowohl eigene praktische Erfahrungen zu sammeln als auch Einblicke aus Perspektiven verschiedener Akteur\*innen in der städtischen Politik und Verwaltung zu erhalten. Gleichzeitig stellte die Integration der unterschiedlichen methodischen Ansätze eine Herausforderung dar, die zusätzliche Koordination und Abstimmung erforderte.

Insgesamt belegen die drei Teilprojekte, dass junge Menschen bereit und in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitzugestalten – wenn entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Untersuchung zeigt jedoch auch, dass Partizipation nicht bei punktuellen Anhörungen enden darf. Sie erfordert ernsthafte Einbindung, klare Strukturen und echte Mitbestimmung. Fehlende Transparenz, unklare Kommunikationswege und zu wenig Einflussmöglichkeiten waren in allen Projekten zentrale Kritikpunkte. Um das volle Potenzial der Jugendpartizipation auszuschöpfen, braucht es mehr: flexible, niedrighschwellige Formate, zeitnahe Umsetzung von Jugendideen, transparente Entscheidungsprozesse sowie eine langfristige Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen.

Die zentrale Erkenntnis daraus ist: Jugendpartizipation ist kein einmaliges Projekt, sondern ein dynamischer Lernprozess für alle Beteiligten. Junge Menschen bekommen dadurch die Chance, Verantwortung zu übernehmen, demokratische Prozesse zu verstehen und ihre Perspektiven aktiv in die Stadtentwicklung einzubringen.

Gleichzeitig fordert Partizipation auch die kommunalen Entscheidungsträger heraus – es gilt, gewohnte Strukturen zu hinterfragen und neue, inklusivere Formen der Beteiligung zu entwickeln. Mit einer gezielten Weiterentwicklung bestehender Formate, einer wertschätzenden Haltung gegenüber jugendlichen Perspektiven sowie der notwendigen strukturellen Unterstützung können solche Projekte entscheidend dazu beitragen, eine lebendige und zukunftsorientierte kommunale Demokratie zu gestalten. Die drei Teilprojekte zeigen eindrucksvoll: Echte Jugendpartizipation ist möglich – sie muss nur ernsthaft gewollt und gefördert werden.

Abschließend bleibt kritisch zu reflektieren, dass unsere Forschungsarbeit aufgrund ihrer lokalen Begrenzung auf die Stadt Weingarten nur bedingt generalisierbare Aussagen zulässt. Die Ergebnisse bieten jedoch exemplarische Einblicke in die komplexen Bedingungen kommunaler Jugendbeteiligung und liefern wertvolle Impulse für zukünftige Forschung und Praxis in diesem Bereich.

# Literaturverzeichnis

**Amthor**, Ralph-Christian/ **Goldberg**, Brigitta/ **Hansbauer**, Peter/ **Landes**, Benjamin/ **Wintergerst**, Theresia (Hrsg.) (2021): *Kreft | Mielenz Wörterbuch Soziale Arbeit*. Weinheim: Beltz Juventa.

**Anselm**, Sabine/ **Hammer-Bernhard**, Eva/ **Hoiß**, Christian (2021): *Zukunftswerkstatt*. Oder: Wie stellst du dir das Leben in x Jahren vor? Online: <https://www.bne-box.lehrerbildung-at-lmu.mzl.lmu.de/zukunftswerkstatt/>, letzter Zugriff: 06.01.2025.

**Bätge**, Frank/ **Effing**, Klaus/ **Möltgen-Sicking**, Katrin/ **Winter**, Thorben (2021a): Politische Partizipation (Einführung, Begriffserklärung, Einordnung). In: Bätge, Frank et al. (Hrsg.): *Politische Partizipation, Kommunale Politik und Verwaltung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 3-27.

**Bätge**, Frank/ **Effing**, Klaus/ **Möltgen-Sicking**, Katrin/ **Winter**, Thorben (Hrsg.) (2021b): *Politische Partizipation. Kommunale Politik und Verwaltung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

**BBSR** Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2016): *Jugend.Stadt.Labor. Wie junge Menschen Stadt gestalten*. Online: <https://platzprojekt.de/wp-content/uploads/2019/08/jugend-stadt-labor-dl-2.pdf>, letzter Zugriff: 12.01.2025.

**Benevol** Schweiz (Hrsg.) (2016): *Stufenmodell der Partizipation*. Online: [https://www.wirredenmit-vereine.ch/de/component/cck/?task=download&file=plan\\_pdf&id=29](https://www.wirredenmit-vereine.ch/de/component/cck/?task=download&file=plan_pdf&id=29), letzter Zugriff: 14.01.2025.

**Bertelsmann** Stiftung (Hrsg.) (2007): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

**BMFSFJ** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/**DBJR** Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2023): *Mitwirkung mit Wirkung. Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. Impulse zum Weiterdenken*. Online: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/204010/affa15d77c0b4a8da7e6c476e77446fc/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-data.pdf>, letzter Zugriff: 12.01.2025.

**BMZ** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2024): *Partizipation*. Online: [www.bmz.de/de/service/glossar/P/partizipation.html](http://www.bmz.de/de/service/glossar/P/partizipation.html), letzter Zugriff: 16.08.2024.

**BMWSB** Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2024): *Welches sind die aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung?* Online: [https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Praxis/ArbeitshilfenLeitfaeden/ISEK/0\\_Einstieg/AktuelleTrends/aktuelletrends\\_node.html](https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Praxis/ArbeitshilfenLeitfaeden/ISEK/0_Einstieg/AktuelleTrends/aktuelletrends_node.html), letzter Zugriff: 25.08.2024.

**Brettschneider**, Frank (Hrsg.) (2023): *Smart Cities, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung. Die Sicht von Politik und Verwaltung*. Wiesbaden: Springer VS.

**De Haan, Gerhard/ Bergier, Tomasz** (2013): Jugend begegnet Zukunft Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutsch-polnischen Jugendaustausch. Online: [https://dpjw.org/wp-content/uploads/2019/10/Ekspertyza\\_DE\\_interactive.pdf](https://dpjw.org/wp-content/uploads/2019/10/Ekspertyza_DE_interactive.pdf), letzter Zugriff: 12.01.2025.

**Deutscher Städtetag** (2024): Beteiligungskultur in der Stadtplanung und Stadtentwicklung Ansprüche und Herausforderungen einer weiterentwickelten Beteiligungskultur. Online: <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publicationen/WeiterePublicationen/2024/Handreichung-Beteiligungskultur-in-der-Stadtplanung-undStadtentwicklung.pdf>, letzter Zugriff: 25.08.2024

**Deutscher Verein** für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.) (2022): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden: Nomos.

**Dresing, Thorsten/ Pehl, Thorsten** (2018): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 8. Auflage. Marburg: Eigenverlag.

**Dziomba, Maike/ Krajewski, Christian/ Wiegandt, Claus-Christian** (Hrsg.) (2023): Angewandte Geographie. Arbeitsfelder, Tätigkeiten und Methoden in der geographischen Berufspraxis, Paderborn: Brill Schönigh.

**Döring, Nicola** (2023): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften (6. vollständig überarbeitete, aktualisierte Aufl.). Berlin und Heidelberg: Springer-Verlag.

**Fatke, Rainhard** (2007): Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland Entwicklungsstand und Handlungsansätze (19-38). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

**Flick, Sabine/ Herold, Alexander** (2021): Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie. Weinheim: Beltz.

**Flick, Sabine/ Hoppe, Katharina** (2021): Voraussetzungen und Grenzen partizipativer Forschung. In: Flick, Sabine/Herold, Alexander (Hrsg.): Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie. Weinheim: Beltz, S. 18-41.

**Reichert, Jo** (2024): Kommunikationsmacht, Wissen, Kommunikation und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

**Gürlevik, Aydin/ Hurrelmann, Klaus/ Palentien, Christian** (Hrsg.) (2016): Jugend und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

**Hanselmann, Alisa/ Melcher, Laura/ Schott, Marie** (o. J.): Umfrage zur Hochschulstadt Weingarten. Präsentation. Zur Verfügung gestellt von Frau Koller, Stadt Weingarten.

**Hansen, Rüdiger/ Knauer, Rainard/ Sturzenhecker, Benedikt** (2015): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Weimar: Verlag das Netz.

**Haumann, Sebastian** (2018): Partizipation als Konsens Die ‚68er‘-Bewegung und der Paradigmenwechsel in der Stadtplanung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Jg. 6, Nr. 2/3, S. 189-196. Online: [https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/download/442/615&ved=2ahUKEwjT3cOi17-HAxXjBNsEHfe9BVw4ChAWegQICBAB&usg=AOvVaw3PIYPouqcDOon\\_qecVgqsn](https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/download/442/615&ved=2ahUKEwjT3cOi17-HAxXjBNsEHfe9BVw4ChAWegQICBAB&usg=AOvVaw3PIYPouqcDOon_qecVgqsn), letzter Zugriff: 25.08.2024.

**Hennig, Sabine/ Vogler, Robert/ Walzl, Daniela/ Schötz, Tim** (2024): Zur Situation und Verbesserung von Partizipation junger Menschen in der Stadtplanung. In: Standort, Jg. 48, S. 217–226.

**Hermann, Michael C.** (2016): 30 Jahre Jugendgemeinderäte in Deutschland – Rückblick und Ausblick. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palenti, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 337–348.

**Krüger, Dirk/ Parchmann, Ilka/ Schecker, Horst** (Hrsg.) (2014): Methoden in der naturwissenschaftsdidaktischen Forschung. Springer Berlin Heidelberg.

**Kuckartz, Udo** (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

**LpB Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg** (Hrsg.) (2024): Studie Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2023. Online: [https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung\\_III/jugend/pdf/studie\\_beteiligung\\_2023/Studie\\_Jugendbeteiligung\\_2024\\_bf.pdf](https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/studie_beteiligung_2023/Studie_Jugendbeteiligung_2024_bf.pdf), letzter Zugriff: 10.01.2025.

**Lemmermeier, Yasmin** (2022): Jugendbeteiligung in der Großstadt. Jugendparlament oder doch ganz anders? In: deutsche jugend, Jg. 70, Nr. 11, S. 467-473.

**LEU Landesinstitut für Erziehung und Unterricht** (Hrsg.) (2003): Auszug aus: Projektarbeit in Theorie und Praxis. H-02/03, Stuttgart, S. 88-95. Online: [https://lehrerfortbildung-bw.de/st\\_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden\\_a\\_z/zukunftswerkstatt/DL\\_Zukft\\_Werkst.doc](https://lehrerfortbildung-bw.de/st_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden_a_z/zukunftswerkstatt/DL_Zukft_Werkst.doc), letzter Zugriff: 12.01.2025.

**May, Michael** (2008): Die Handlungsforschung ist tot. Es leben die Handlungsforschung. In: May, Michael/Alisch, Monika (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum: Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen: Budrich, S. 207-238.

**May, Michael/ Alisch, Monika** (Hrsg.) (2008): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen: Budrich.

**Mayring, Philipp** (2015): Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken. 12. Auflage. Weinheim: Beltz.

**Mayrberger, Kerstin** (2012): Partizipatives Lernen mit dem Social Web gestalten. Zum Widerspruch einer verordneten Partizipation. In: MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, Jg. 21, S. 1–25. doi:10.21240/mpaed/21/2012.01.12.X.

- Menze, Lorena** (2024): Partizipation von Schülerinnen und Schülern bei der Leistungsbeurteilung: Eine qualitative Studie aus der Perspektive von Sportlehrkräften. Wiesbaden: Springer VS.
- Müller, Sebastian/ Unkauf, Urs** (2016): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. In: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.), Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden: Springer, S. 317-340.
- Niebert, Kai/ Gropengießer, Harald** (2014): Leitfadengestützte Interviews. In Krüger, Dirk/Parchmann, Ilka/Schecker, Horst (Hrsg.): Methoden in der naturwissenschaftsdidaktischen Forschung. Springer Berlin Heidelberg, S. 121–132.
- Nohlen, Dieter/ Grotz, Florian** (Hrsg.) (2011): Kleines Lexikon der Politik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Peyerl, Katrin/ Zürcher, Ivo** (Hrsg.) (2022): Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Weinheim: Beltz.
- Rebhan, Stefanie** (2023): Weingartener Eltern wehren sich gegen Trennung der Schulkinder. Schwäbische Zeitung: Weingarten.  
<https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/weingarten/weingartener-eltern-wehren-sich-gegen-trennung-der-schulkinder-2083927>, letzter Zugriff: 14.01.2025.
- Roth, Roland/ Stange, Waldemar** (2022): Kommunale Kinder- und Jugendparlamente. Ein unterschätzter Ort politischer Bildung und Beteiligung. In: deutsche jugend, Jg. 70/5, S. 199–208.
- Schneekloth, Ulrich/ Albert, Mathias** (2024): Jugend und Politik. In: Shell Deutschland GmbH (Hrsg.): Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim, Basel: Beltz, S. 43–100.
- Schröder, Richard** (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Weinheim: Beltz.
- Schwieger, Frederik** (2023a): Wer wird hier wirklich beteiligt? Soziale Teilhabe als blinder Fleck von Jugendbeteiligung. In: deutsche jugend, Jg. 71, Nr. 10, S. 419-425.
- Schwieger, Frederik** (2023b): Politik spielen(d) lernen. Jugendparlamente als Antizipation des Sachzwangs. In: deutsche jugend, Jg. 71, Nr. 7-8, S. 319-326.
- Shell Deutschland GmbH** (Hrsg.) (2024): Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim, Basel: Beltz.
- Schnurr, Stefan** (2022): Zur Bedeutung von Partizipation für die Kinder- und Jugendhilfe. In: Peyerl, Katrin; Zürcher, Ivo (Hrsg.): Partizipation in der Kinder und Jugendhilfe. Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Weinheim: Beltz, S. 14-25.

- Stadt Augsburg** (Hrsg.) (2021): Partizipation junger Menschen in Augsburg. Rahmenkonzept. Online: [https://www.augsburg.de/fileadmin/user\\_upload/umwelt\\_soziales/soziales/kinder\\_und\\_jugend/partizipation/20220201\\_Rahmenkonzept\\_Partizipation.pdf](https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/umwelt_soziales/soziales/kinder_und_jugend/partizipation/20220201_Rahmenkonzept_Partizipation.pdf), letzter Zugriff: 30.01.2025.
- Stadt Weingarten** (o. J.a): Städtische Projekte. Online: <https://www.stadt-weingarten.de/mitwirken-und-gestalten/buergerbeteiligung/staedtische-projekte>, letzter Zugriff: 02.01.2025.
- Stadt Weingarten** (o. J.b): Jugendgemeinderat. Wer wir sind. Online: <https://wgt.jetzt/startseite/jugendgemeinderat/wer-wir-sind/>; letzter Zugriff: 30.01.2025.
- Stuke, Annika** (2023): Kooperative Stadtentwicklung und Planungskommunikation. In: Brettschneider, Frank (Hrsg.), Smart Cities, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung. Die Sicht von Politik und Verwaltung. Wiesbaden: Springer VS, S. 11-87.
- Stüve, Liebgard/ Gänsebauer, Marlene/Bierig, Luisa** (2024): Rückenwind für die Mobilitätswende im Schussental. Weiterentwicklung des Verleihradsystems am Hochschulcampus. Eine Fallstudie im Rahmen der Veranstaltung "Kommunales Umweltrecht und – politik" an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Zur Verfügung gestellt von Frau Koller, Stadt Weingarten.
- Thabe, Stefan/ Wiegandt, Claus-Christian** (2023): Stadtplanung. In: Dziomba, Maike/ Krajewski, Christian/Wiegandt, Claus-Christian (Hrsg.): Angewandte Geographie. Arbeitsfelder, Tätigkeiten und Methoden in der geographischen Berufspraxis, Paderborn: Brill Schönigh, S. 50-61.
- Tremmel, Jörg/ Rutsche, Markus** (Hrsg.) (2016): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen - Perspektiven - Fallstudien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Unger, Hella** (2014): Partizipative Forschung: Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer.
- Wiesendahl, Elmar** (2011): Partizipation. In: Nohlen, Dieter; Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 437- 440.
- Winter, Nadya** (2021): Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen. In: Bätge, Frank et al. (Hrsg.), Politische Partizipation, Kommunale Politik und Verwaltung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 171-189.
- Wurtzbacher, Jens** (2022): Partizipation. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.), Fachlexikon der Sozialen Arbeit, 9., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Baden-Baden: Nomos, S. 635-636.

# Anhänge

## Teilprojekt Studierende:

### Interviewleitfäden:

#### Leitfaden für das Interview mit der Hochschulbeauftragten Person der Stadt Weingarten:

##### Einstieg:

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, um an diesem Interview teilzunehmen. Ziel unseres Gesprächs ist es, Ihre Erfahrungen mit den Partizipationsprozessen der Stadt Weingarten, insbesondere im Bereich der Stadtplanung, besser zu verstehen. Wir möchten erfahren, wie Sie diese Prozesse wahrgenommen haben, welche Rolle Studierende dabei spielen und welche Verbesserungen Sie sich wünschen würden. Ihre Meinung ist für uns besonders wichtig, um herauszufinden, inwiefern die Partizipation von Studierenden in städtische Entscheidungen erfolgreich eingebunden wird.

Forschungsziel/Aspekte	Einleitung	Leitfragen	Optionale Fragen
<b>Allgemeine Beteiligungsmöglichkeiten von Studierenden</b>	Studierende können eine Rolle bei der Gestaltung ihrer Lebensumgebung spielen.	Welche Möglichkeiten haben Studierende in Weingarten, sich aktiv und partizipativ in die Stadtplanung einzubringen?	Gibt es spezielle Programme oder Projekte, die auf diese Zielgruppe zugeschnitten sind?
<b>Kommunikation und Zusammenarbeit mit Studierenden:</b>	Wenn sie an ihre berufliche Praxis denken:	Wie erfolgt die Kommunikation zwischen der Stadt und den Studierenden bzw. Studierendenvertretungen?	Welche Kanäle werden genutzt, um Informationen über Partizipationsmöglichkeiten zu verbreiten?
<b>Herausforderungen von Partizipation</b>		Welche Herausforderungen und Chancen sehen Sie in der Einbindung von Studierenden in städtische Planungsprozesse?	Welche Hindernisse gibt es? Und welche Erfolgsfaktoren sind wirksam und nachhaltig?
<b>Konkrete Beispiele für bereits vollzogener Partizipation</b>	Wenn sie auf ihre bisherigen Erfahrungen schauen:	Können Sie uns konkrete Beispiele nennen, bei denen Studierende in den letzten Jahren aktiv am Planungs- oder Entscheidungsprozess der Stadt beteiligt waren?	Wie wurden diese Prozesse organisiert, und was waren die Ergebnisse?
<b>Umgang mit den Ergebnissen von Studierenden-Befragungen</b>	Darauf aufbauend interessiert uns außerdem:	Welche Rolle spielen die Ergebnisse von Befragungen oder Umfragen unter Studierenden in der Stadt Weingarten?	Wie werden diese Daten genutzt, um Entscheidungen oder Planungen in der Stadt zu beeinflussen?
<b>Bedeutung der Partizipation für die Stadt</b>	Wenn sie einmal an die Bedeutung der Partizipation denken:	Welche Bedeutung messen Sie der Partizipation von jungen Menschen und insbesondere Studierenden in der Stadtplanung bei?	In welchen Bereichen sind die Meinung und Beteiligung dieser Gruppe besonders wichtig?
<b>Evaluationsprozess und Wahrnehmung der Partizipation</b>		Wie wird die Zielgruppe in den Evaluationsprozess einbezogen und wie nehmen sie die Partizipation wahr?	
<b>Zukunftsvision</b>	Wir haben viele unterschiedliche Aspekte angesprochen:	Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Partizipation von Studierenden in der Stadt Weingarten?	Welche Projekte oder Initiativen könnten in den kommenden Jahren verstärkt werden?  Gibt es noch was sie Gerne ergänzen oder sagen möchten zu diesem Thema?

### Leitfaden für das Interview mit Studierenden:

#### Einstieg:

Vielen Dank, dass Du dir die Zeit für dieses Interview genommen hast. Wir möchten heute deine persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen zu den Partizipationsprozessen in der Stadt Weingarten, speziell im Hinblick auf die Stadtplanung, erfragen. Uns interessiert, wie stark Studierende in diese Prozesse eingebunden werden, welche Erfahrungen du gemacht hast und wo du Potenzial für Verbesserungen siehst. Deine Perspektive hilft uns, ein besseres Verständnis davon zu bekommen, wie die Stadt Weingarten die Beteiligung von Studierenden gestalten kann, um deren Bedürfnisse und Ideen stärker zu berücksichtigen.

Forschungsziel/Aspekte	Einleitung	Leitfragen	Optionale Frage
Einstiegsfrage		Wie wichtig ist es aus deiner Sicht, dass Studierende die Stadt mitgestalten und wie könnte das konkret aussehen?	
Erste Berührungspunkte mit Partizipation in der Stadtplanung	Wenn Du an die vergangenen Semester denkst:	An welchen Partizipationsprozessen zur Stadtplanung hast Du bereits teilgenommen?	Workshops? Umfragen?
Beteiligung und Mitbestimmung		Wie waren deine Erfahrungen mit diesen Prozessen und hattest Du das Gefühl, aktiv an Entscheidungen in der Stadtplanung mitwirken zu können?	Inwiefern waren deine Meinungen und Ideen Teil der Diskussion?
Zufriedenheit mit der Einbindung	Wenn Du an die vergangenen Prozesse zurückdenkst:	Hast Du das Gefühl, dass deine Perspektive als Studierende wertgeschätzt und berücksichtigt wurde?	Kannst Du das bitte näher erläutern.
Gesamteinschätzung /Vorschläge zur Verbesserung	Abschließend noch dein Urteil zu den partizipativen Prozessen:	Wie würdest Du insgesamt die Partizipationsmöglichkeiten für Studierende in der Stadtplanung der Stadt Weingarten einschätzen und was könnte gegeben falls noch verbessert werden?	
Abschlussfrage		Wir haben jetzt vieles besprochen, gibt es noch etwas was du ergänzen möchtest?	

## Teilprojekt Jugendgemeinderat

Interviewleitfaden:

**Einstiegsfrage: Warum engagierst du dich im Jugendgemeinderat?**

Optionale Fragen:

- Wie bist du in den JGR gewählt worden?
- Wer oder was hat dich dazu motiviert?
- Welche Ziele verfolgst du im Jugendgemeinderat?
- Was ist für dich politische Beteiligung oder Partizipation?

**Leitfrage 2: Wie werden neue Themen ausgewählt, mit denen sich der Jugendgemeinderat beschäftigt?**

- Optionale Fragen:
- Welche Themen bringt ihr selbst mit ein?
- Welche Themen werden von außen eingebracht? Von wem?

- Akteure abfragen: OB, Stadtverwaltung, Jugendarbeit, Gemeinderat, Schüler:innen, Freundeskreis

**Leitfrage 3: Wie beschäftigt sich der Jugendgemeinderat mit den ausgewählten Themen?  
Wie werden Entscheidungen getroffen?**

Optionale Fragen:

- Wie werden Themen für eine Sitzung vorbereitet?
- Wie informiert sich der Jugendgemeinderat oder einzelne Mitglieder über ein Thema?
- Wie wird über ein Thema im Jugendgemeinderat beraten oder diskutiert?
- Welche Rahmenbedingungen tragen zum Gelingen bei oder stören?
- Werden die Themen aus dem JGR auch außerhalb besprochen? In der Schule? Mit Freund:innen? Mit der Familie? Im Verein? Inwieweit das zu deiner Meinung bei? Inwieweit findet Interaktion mit dem Gemeinderat oder mit der Stadtverwaltung statt? Zu welchen Anlässen? Mit welchen Zielen und Ergebnissen?

**Leitfrage 4: Welche Auswirkungen haben getroffene Entscheidungen und Diskussionen, die ohne Entscheidung abgeschlossen werden?**

Optionale Fragen:

- An wen werden Ergebnisse kommuniziert? Von wem werden sie aufgegriffen?
- Wie beurteilst du den Umgang mit euren Ergebnissen im Gemeinderat und in der Stadtverwaltung
- Falls unzureichend: Welche Auswirkungen müssten erzielt werden, dass für dich eine Aktion, eine Entscheidung, Einflussnahme gelungen wäre?
- Falls zureichend: Wann wäre eine Aktion, eine Entscheidung oder Einflussnahme für dich gescheitert?

**Gesamtbewertung Wie würdest du abschließend den politischen Einfluss von Jugendlichen durch den Jugendgemeinderat bewerten?**